

BOLLETTINO UFFICIALE DELLA REGIONE AUTONOMA TRENINO-ALTO ADIGE
 Registrazione Tribunale di Trento: n. 290 del 10.3.1979
 Iscrizione al ROC n. 10512 dell'1.10.2004 - Indirizzo della Redazione:
 Trento, via Gazzoletti 2 - Direttore responsabile: Dr. Alexander Steiner

AMTSBLATT DER AUTONOMEN REGION TRENINO-SÜDTIROL
 Eintragung beim Landesgericht Trient: Nr. 290 vom 10.3.1979
 Eintragung im ROC Nr. 10512 vom 1.10.2004 - Adresse der Redaktion:
 Trient, via Gazzoletti 2 - Verantwortlicher Direktor: Dr. Alexander Steiner

ANNO 68°
SEZIONE GENERALE

68. JAHRGANG
ALLGEMEINE SEKTION

BOLLETTINO UFFICIALE - AMTSBLATT

DELLA  DER
 REGIONE AUTONOMA AUTONOMEN REGION
 TRENINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL

N./Nr.

3 maggio 2016
Supplemento n. 4

18

3. Mai 2016
Beiblatt Nr. 4

SOMMARIO

Anno 2016

PARTE 1

Verbali

Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige

[178030]

COMITATO PARITETICO - di cui all'art. 8 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381

del 21 aprile 2016,

Adozione del progetto di Piano Generale
 per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche
 per la Provincia Autonoma di Bolzano

P. 2

INHALTSVERZEICHNIS

Jahr 2016

1. TEIL

Protokollen

Autonome Provinz Bozen - Südtirol

[178030]

PARITÄTISCHER AUSSCHUSS - gemäß Art. 8 des D.P.R. vom
 22.März 1974, Nr. 381
 vom 21. April 2016

Genehmigung des Entwurfes des Gesamt-
 planes für die Nutzung der öffentlichen
 Gewässer der Provinz Bozen

S. 2

178030

Protokollen - 1. Teil - Jahr 2016**Autonome Provinz Bozen - Südtirol****PARITÄTISCHER AUSSCHUSS - gemäß Art. 8 des
D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381**

vom 21. April 2016

**Genehmigung des Entwurfes des Gesamtpla-
nes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer
der Provinz Bozen****Verbali - Parte 1 - Anno 2016****Provincia Autonoma di Bolzano - Alto Adige****COMITATO PARITETICO - di cui all'art. 8 del D.P.R.
22 marzo 1974, n. 381**

del 21 aprile 2016

**Adozione del progetto di Piano Generale per
l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche per la
Provincia Autonoma di Bolzano**

Fortsetzung ➤➤➤

Continua ➤➤➤



MINISTERO
DELL' AMBIENTE E DELLA
TUTELA DEL TERRITORIO E
DEL MARE



PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

PARITÄTISCHER AUSSCHUSS

gemäß Art. 8 des D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381

PROTOKOLL DES BESCHLUSSES VOM 21. April 2016

Betreff: Genehmigung des Entwurfes des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Provinz Bozen

Am 21. April 2016 um 12.00 Uhr hat sich der paritätische Ausschuss gemäß Art. 8 des D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381, versammelt. Der Ausschuss ist mit Dekret des Präsidenten des Ministerrates vom 3. August 2012 und mit Beschluss der Landesregierung der Provinz Bozen Nr. 411 vom 8. April 2004 und nachfolgenden Änderungen eingesetzt worden und ist wie folgt zusammengesetzt.

Vertreter des Staates:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| - Dott. Ing. Francesco Gigliani | Leitender Beamte des Ministeriums für Umwelt und Schutz des Territoriums und des Meeres |
| - Dott.ssa Maddalena Mattei Gentili | Leitender Beamte des Ministeriums für Umwelt und Schutz des Territoriums und des Meeres |
| - Dott. Ing. Elio Carlo | Angestellter der Sogedid AG – Experte in Bereich der integrierten Bewirtschaftung der Wasservorkommen |

Vertreter des Landes

- | | |
|--------------------------|---|
| - Geom. Ernesto Scarperi | Direktor des Amtes für Gewässerschutz |
| - Dott. Rudolf Pollinger | Direktor der Agentur für Bevölkerungsschutz |
| - Dott. Helmut Schwarz | Direktor des Verwaltungsamtes für Umwelt |

Schriftführer:

- Geom. Ernesto Scarperi (Direktor des Amtes für Gewässerschutz der Autonomen Provinz Bozen)

Prämissen

Artikel 14, Absatz 3, des Sonderstatus von Trentino Südtirol (D.P.R. Nr. 670/1972) legt fest, dass "die Nutzung der öffentlichen Gewässer von Seiten des Staates und der Provinz, unter Berücksichtigung der jeweiligen Zuständigkeiten, sich auf einen Gesamtplan stützt, der durch die Zusammenarbeit zwischen Vertretern des Staates und der Provinz im Rahmen einer eigenen Kommission festgelegt wird". Der Plan muss, außer der Modellierung der verschiedenen Wassernutzungen, Grundsätze für die systematische Regulierung der Gewässerläufe mit besonderer Berücksichtigung des Bodenschutzes enthalten. Die gegenseitigen Kompetenzen der Staates und der betreffenden Provinz müssen dabei gewährt werden (Art. 8, Absatz 1 des D.P.R. Nr. 381/1974).

Laut Art. 5, Absatz 4 des D.P.R. Nr. 381/1974, ersetzt durch den Art. 2 des Staatsgesetzes Nr. 463/1999, "gilt der Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer (in Folge auch als WNP bezeichnet) für das jeweilige Gebiet auch als Plan der Wassereinzugsgebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung". Das Minister, als Präsident des institutionellen Komitees der entsprechenden nationalen Einzugsgebietsbehörde und der Landeshauptmann der betroffenen Provinz gewähren, durch entsprechende Einvernehmen, die Koordinierung und die Integration der Planungstätigkeiten im Bereich der ihnen von den Gesetzen zugewiesenen Zuständigkeiten.

Der Art. 8 des D.P.R. Nr. 381/1974 regelt die Vorgangsweise zur Genehmigung des generellen Planes und legt fest dass ein eigens dafür eingesetzter Ausschuss zwischen Staat und Provinz den Planentwurf vorbereitet und genehmigt. Der Ausschuss sorgt dafür, dass der Planentwurf im Gesetzblatt der Republik und im Amtsblatt der Region veröffentlicht wird. Innerhalb von 60 Tagen nach Veröffentlichung des Planentwurfes im Gesetzblatt der der Republik können die Gemeinden und die Betroffenen Bemerkungen vorbringen. Der Plan wird vom Ausschuss endgültig beschlossen und mit Dekret des Präsidenten der Republik auf Vorschlag des zuständigen Ministers und des Landeshauptmannes für durchführbar erklärt. Der Plan wird im Gesetzblatt der Republik und im Amtsblatt der Region veröffentlicht und ist zeitlich unbegrenzt gültig. Dieser Plan trägt auch zur Bildung des Bewirtschaftungsplanes der Östlichen Alpen gemäß Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG bei.

Durch in Kraft treten der Gesetzesvertretenden Verordnung Nr. 463/1999 hat die Autonome Provinz Bozen neue Kompetenzen im Bereich der Gewässernutzung übernommen.

Auf Grundlage des oben Genannten und unter Berücksichtigung des Urteiles des Verfassungsgerichtshofes Nr. 353/2001 vom August 2002 wurde ein Einvernehmensprotokoll von Seiten des Ministeriums für Umwelt und Schutz der Territoriums und des Meeres und die Landeshauptmänner der Autonomen Provinzen und der betroffenen Regionen unterzeichnet, „mit dem Ziel die Modalitäten für die Koordinierung und Ergänzung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer im Gebiet der Autonomen Provinz Bozen mit den Plänen der Wassereinzugsgebiete laut Gesetz Nr. 183/1989, festzulegen. Dabei ist es notwendig über angemessene Vorgangsweisen für die Vereinbarkeit der öffentlichen Interessen der Regionen und der Autonomen Provinz Bozen zu sichern, deren Gebiet zu hydrografischen Einzugsgebieten von nationalem Interesse gehört“. Die Zusammenarbeit setzt eine koordinierte und ergänzende Planung zwischen den involvierten institutionellen Körperschaften (Staat, Region Veneto und Autonome Provinzen Trient und Bozen) voraus.

Das Einvernehmensprotokoll, das am 01.08.2006 zwischen der Autonomen Provinz Bozen, dem Minister für Umwelt und Schutz der Territoriums und des Meeres, der Autonomen Provinz Trient und der Region Veneto abgeschlossen wurde, sieht die Koordinierung und Ergänzung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer

mit den Plänen der Wassereinzugsgebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung vor. Das genannte Protokoll sieht eine gemeinsame technische Prüfung des Planes von Seiten der Autonomen Provinz Bozen, des Generalsekretariats der Behörde des Wassereinzugsgebietes der Etsch und der oberen Adria, der Autonomen Provinz Trient und der Region Veneto vor.

Mit dem Beschluss vom 23. Juli 2007, Nr. 2458 hat die Autonome Provinz Bozen die erste Version des Vorentwurfes des Gesamtplanes verabschiedet und die Mitglieder der paritätischen Kommission, die die Autonome Provinz Bozen repräsentieren, ernannt. Der verabschiedete Vorentwurf des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer setzt sich aus vier Teilen zusammen:

- Parte I - Aktuelle Situation
- Parte II - Ziele und Kriterien der Nutzung
- Parte III - Normativer Teil
- Parte IV - Umweltbericht.

Der Plan stellt gleichzeitig einen Fachplan dar und daher ist die Veröffentlichung gemäß Art. 12 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 13, durchzuführen.

Im Sinne des Landesgesetzes vom 5. April 2007, Nr. 2, muss der Gewässerschutzplan einer strategischen Umweltprüfung unterzogen werden.

Nach Anhörung verschiedener Interessensgruppen wurde es als nötig erachtet, einige Abänderungen und Ergänzungen an der Version des am 23. Juli 2007 genehmigten Vorentwurfes des Gesamtplanes anzufügen.

Mit dem Beschluss der Landesregierung vom 29. Juni 2009, Nr. 1735, wurde die Abänderung des Vorentwurfes des WNP verabschiedet. Es wurde beschlossen den Plan einer gemeinsamen technischen Prüfung zu unterziehen. Gleichzeitig wurde der Umweltbeirat als beratendes Organ für die Bewertung der Einwände, Vorschläge und Gutachten der Gemeinden, der Öffentlichkeit oder jener Anmerkungen, die aus der gemeinsamen technischen Prüfung resultieren, ernannt.

Gleichzeitig wurde eine erneute Prüfung des Planes in der Landesregierung beschlossen, bevor der endgültige Text dem im Art. 8 des DPR 381/74 vorgesehenen Ausschuss unterbreitet wird.

Die gemeinsame technische Prüfung des Planes von Seiten der Autonomen Provinz Bozen, der Wassereinzugsgebietesbehörde der Etsch und der oberen Adria, der Autonomen Provinz Trient und der Region Veneto wurde mit dem dritten und abschließenden Treffen am 11. September 2009 abgeschlossen.

Mit dem Schreiben des Landeshauptmannes der Autonomen Provinz Bozen vom 22. September 2009 wurde der Vorentwurf des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer, zusammen mit dem Bericht, der am 11. September 2009 gemeinsam abgeschlossenen technischen Prüfung, der Autonomen Provinz Trient und der Region Veneto mit dem Ersuchen, entsprechende Meinungen und eventuelle Einwände zu formulieren, übermittelt.

Mit dem Beschluss vom 6. November 2009, Nr. 2639, im Sinne des Art. 3 des "Vereinbarungsprotokoll betreffend die Koordinierung und Ergänzung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen mit den Plänen der Wassereinzugsgebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung", hat die Landesregierung der Provinz Trient eine befürwortende Stellungnahme für den Plan abgegeben, vorausgesetzt es werden einige Änderungs- und Ergänzungsvorschläge angenommen.

Die Anmerkungen der Behörde des Wassereinzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione Prot. Nr. 1984/D1.26 vom 10.11.2009 werden zur Kenntnis genommen.

Dieser Plan wurde der strategischen Umweltprüfung gemäß L.G. Nr. 2/2007 und nachfolgende Änderungen unterzogen.

Der Umweltbeirat, unter Berücksichtigung der im Zuge der strategischen Umweltprüfung eingereichten Einwände, hat mit dem Gutachten vom 09.12.2009 die Inhalte des Planes positiv begutachtet und Abänderungsvorschläge formuliert.

Mit Beschluss vom 26.04.2010, Nr.704, hat die Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen den Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer genehmigt. Dieser Beschluss wurde im Amtsblatt der Region Trentino Südtirol Nr. 22/i-II vom 01.06.2010 veröffentlicht.

Mit dem Schreiben von 10.06.2010 hat der Landeshauptmann der Autonomen Provinz Bozen im Sinne des Art. 8 des D.P.R. Nr. 381/1974 den Vorentwurf des Gesamtplanes dem Ministerpräsidenten, dem Minister für Umwelt und Schutz des Territoriums und des Meeres und der Generaldirektion für den Schutz des Territoriums und der Wasservorkommen übermittelt, um die gemeinsame Prüfung und Genehmigung des Planes im Ausschuss vornehmen zu können.

Am 22.07.2010 fand die gemeinsame Sitzung der technischen Sekretariate für die Qualität des Lebens und zum Schutz des Territoriums zur Überprüfung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Provinz Bozen statt.

Mit Beschluss von 30.05.2011, Nr. 893, hat die Landesregierung beschlossen die eigene Position gegenüber dem Ministeriums zu unterstützen und eine Abänderung der Regelung betreffend die Restwassermengen, in Folge RWM genannt, genehmigt. Der Beschluss wurde im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol Nr. 23/I-II vom 07.06.2010 veröffentlicht und dem Ministerium für Umwelt mit Schreiben vom 07.06.2011 übermittelt.

Mit Beschluss vom 19.09.2011, Nr. 1427, hat die Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen beschlossen auf die bereits eingebrachten Gegenschlussfolgerungen, die in den Prämissen des eigenen Beschlusses vom 30.05.2011, Nr. 893, angeführt wurden, zu beharren und hat eine Ergänzung genehmigt mit der präzisiert wurde, dass die Ergänzungen, welche die Mindestrestwassermengen betreffen nur die großen hydroelektrischen Ableitungen betreffen. Der Beschluss ist dem Ministerium für Umwelt mit Schreiben vom 27.08.2011 übermittelt worden.

Die Mitglieder der Provinz Bozen im paritätischen Ausschuss gemäß Art. 8 des D.P.R. Nr. 381/1974 sind vorerst mit Beschluss vom 23.07.2007, Nr. 2458, und nachher mit Beschluss vom 26.06.2009, Nr. 1735, festgelegt worden. Diese Mitglieder haben die Provinz in den ersten gemeinsamen Akten und besonders in der technischen Kommission vertreten. Nachdem inzwischen Änderungen im Bezug auf die Zuständigkeiten der Abteilungen des Landes eingetreten sind, hat die Landesregierung mit Beschluss vom 08.04.2014, Nr. 411, neue Mitglieder im paritätischen Ausschuss ernannt.

Mit DPCM vom 3 August 2012 sind die Vertreter des Staates in den paritätischen Ausschuss gemäß Art. 8 des D.P.R. 381/1974 ernannt worden

Mit Schreiben vom 25.07.2012 hat die Generaldirektion zum Schutz des Territoriums und der Wasservorkommen des Umweltministeriums die Bemerkungen der technischen Sekretariate für die Qualität des Lebens und den Schutz des Territoriums übermittelt und mitgeteilt, dass diese von der Generaldirektion voll geteilt werden.

In Kenntnis des Protokolls der vorbereitenden Sitzung, welche am 17. Februar 2015 abgehalten wurde und an welcher die Vertreter des Umweltministeriums, der Autonomen Provinz Bozen und der nationalen Behörde des Wassereinzugsgebietes der Etsch teilnahmen.

Mit dem Schreiben vom 02.09.2015, Prot. Nr. 490815, haben die Mitglieder der Provinz Bozen in dem Paritätischen Ausschuss die staatlichen Mitglieder des Ausschusses hinsichtlich der Beschlüsse der Landesregierung vom 11.08.2015 informiert, die sich auf die offenen Punkte beziehen, welche bei der vorbereitenden Sitzung vom 17.02.2015 gestellt wurden.

Mit Schreiben vom 26.10.2015, Prot. Nr. 0016779, und nach Anhörung der staatlichen Mitglieder des Paritätischen Ausschusses, teilt die Generaldirektion für den Schutz des Territoriums und der Wasservorkommen mit, dass die beschlossenen Änderungen der Landesregierung zu den bei der Sitzung vom 17.02.2015 vorgebrachten Fragestellungen geteilt werden, führt aber einige Anmerkungen hauptsächlich in Bezug auf die Anwendung der Restwasservorschriften an.

Mit dem Schreiben vom 04.01.2016, Prot. Nr. 878, haben die Mitglieder der Provinz Bozen im Paritätischen Ausschuss die staatlichen Mitglieder des Ausschusses hinsichtlich der weiteren Beschlüsse der Landesregierung vom 15.12.2015 informiert, welche in Anbetracht der zusätzlichen Anliegen zu den Restwasservorschriften getroffen wurden.

Mit dem Schreiben Prot. Nr. 0002719 vom 16.02.2016 der Generaldirektion zum Schutz des Territoriums und der Wasservorkommen und die zusätzlichen Erklärungen die von den Mitglieder des Landes in den paritätischen Ausschuss mit Schreiben Prot. Nr. 172966 vom 24.03.2016 vorgebracht wurden sind alle noch offenen Fragen geklärt worden.

Schlussendlich sind Änderungen und Ergänzungen – technischer Natur oder um eine bessere Koordinierung mit den anderen programmatischen Instrumenten zu gewähren – an folgenden Teilen des Planentwurfes getätigt worden:

- Teil 1: Einleitung, Kapitel 1. und 10.8
- Teil 2: Kapitel 6 und Anlagen
- Teil 3: Artikel 10, 16, 38 und 39

Es hat sich so die endgültige Fassung des Planentwurfes ergeben, für welche die Genehmigung seitens des paritätischen Ausschusses vorgeschlagen wird. Der Planentwurf besteht aus den folgenden vier Teilen:

- Teil 1* - Aktuelle Situation
- Teil 2* - Ziele und Kriterien der Nutzung
- Teil 3* - Normativer Teil
- Teil 4* - Umweltbericht.

DER PARITÄTISCHE AUSSCHUSS gemäß Art. 8 des D.P.R. vom 22.März 1974, Nr. 381

- Nach Einsicht in das D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670;
- Nach Einsicht in das D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381, und insbesondere in die Art. 5 und 8;
- Nach Einsicht in die gesetzvertretende Verordnung vom 11. November 1999, Nr. 463;
- Nach Einsicht in das Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 6-7 November 2001, Nr. 353;

- Nach Einsicht in das im August 2002 unterzeichnete "Vereinbarungsprotokoll betreffend die Koordinierung und Ergänzung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen mit den Plänen der Wassereinzugsgebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung";
- Nach Einsicht in das im August 2006 unterzeichnete "Vereinbarungsprotokoll betreffend die Koordinierung und Ergänzung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen mit den Plänen der Wassereinzugsgebiete von gesamtstaatlicher Bedeutung";
- Nach Einsicht in den Art. 12 des Landesgesetzes vom 11. August 1997, Nr. 3;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 23. Juli 2007, Nr. 2458;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 29. Juni 2009, Nr. 1735;
- Nach Einsicht in das Protokoll der gemeinsamen technischen Bewertung vom 11. September 2009;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Trient vom 6. November 2009, Nr. 2639;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 26. April 2010 Nr. 704;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 30. Mai 2011, Nr. 893;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 19. September 2011, Nr. 1427;
- Nach Einsicht in das Dekret des Ministerpräsidenten vom 3. August 2012;
- Nach Einsicht in den Beschluss der Landesregierung der Autonomen Provinz Bozen vom 8. April 2014, Nr. 411;
- Nach Einsicht in den weiteren Unterlagen die in den Prämissen angeführt sind,

mit Stimmeinhelligkeit unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen

b e s c h l o s s e n

- 1) Den Entwurf des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer der Autonomen Provinz Bozen, bestehend aus den nachfolgend angeführten Dokumenten, die dem vorliegenden Entwurf beigelegt und integrierender und wesentlicher Bestandteil sind, zu genehmigen:
Teil 1 – Aktuelle Situation
Teil 2 – Ziele und Kriterien der Nutzung
Teil 3 – Normativer Teil
Teil 4 – Umweltbericht
- 2) Die vorliegenden Maßnahmen samt den Teil 3 des Planentwurfes betreffend den Normativen Teil im Gesetzesblatt der Republik und im Amtsblatt der Region Trentino-Südtirol Teil zu veröffentlichen, mit dem Vermerk, dass die gesamte Dokumentation unter folgender Internetseite abrufbar ist:
<http://www.provinz.bz.it/umweltagentur/wasser/entwurf-wassernutzungsplan.asp>
- 3) Die Autonome Provinz Bozen zu beauftragen, eine Kopie der vorliegenden Maßnahme und eine Kopie des Planentwurfes mittels elektronischen Datenträger der Autonomen Provinz Trient, der Region Veneto und den Einzugsgebietsbehörden Etsch und der oberen Adria, für die Formulierung eventueller Bemerkungen im Sinne des Art. 8, Absatz 4, des D.P.R. Nr. 381/1974, zu übermitteln.

- 4) Die Autonome Provinz Bozen zu beauftragen die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um nach der Veröffentlichung laut Punkt 2), die Zugänglichkeit der Entwurfsdokumente von Seiten der Gemeinden und jedem Interessierten zu gewährleisten. Außerdem ist für die systematische Erfassung von Einwänden, die eingehen sollten, zu sorgen um eine nachfolgende Prüfung von Seiten des Paritätischen Ausschusses zu ermöglichen.
- 5) Eventuelle Einwände von Seiten der Gemeinden und Interessierter sind innerhalb 60 Tage nach Veröffentlichung der vorliegenden Maßnahme im Gesetzesblatt der Republik gemäß Art. 8, Absatz 4, des D.P.R. Nr. 381/1974 an die Autonome Provinz Bozen – Landesagentur für Umwelt – Amt für Gewässerschutz, Amba Alagi Str. 35, 39100 Bozen (PEC gewaesserschutz.tutelaacque@pec.prov.bz.it) zu richten.

Dr. Ing. Francesco Gigliani

Geom. Ernesto Scarperi

Dr. Maddalena Mattei Gentili

Dr. Rudolf Pollinger

Dr. Ing. Elio Carlo

Dr. Helmut Schwarz



MINISTERO
DELL'AMBIENTE E DELLA
TUTELA DEL TERRITORIO E
DEL MARE



PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO

COMITATO PARITETICO

di cui all'art. 8 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381

VERBALE DELLA DELIBERAZIONE DI DATA: 21 aprile 2016

Oggetto: Adozione del progetto di Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche per la Provincia Autonoma di Bolzano

L'anno 2016, il giorno 21 del mese di aprile, alle ore 12.00, si è riunito il Comitato paritetico di cui all'art. 8 del D.P.R. del 22 marzo 1974, n. 381, istituito con decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri del 3 agosto 2012 e con deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 8 aprile 2004 n. 411 e successive modifiche, così composto:

Rappresentanti statali:

- | | |
|-------------------------------------|---|
| - Dott. Ing. Francesco Gigliani | Dirigente di ruolo di 2° fascia del Ministero dell'ambiente e la tutela del territorio e del mare |
| - Dott.ssa Maddalena Mattei Gentili | Dirigente di ruolo di 2° fascia del Ministero dell'ambiente e la tutela del territorio e del mare |
| - Dott. Ing. Elio Carlo | Funzionario della Sogedid S.p.A. – Esperto in materia di gestione integrata delle risorse idriche |

Rappresentanti provinciali

- | | |
|--------------------------|---|
| - Geom. Ernesto Scarperi | Direttore dell'Ufficio tutela acque |
| - Dott. Rudolf Pollinger | Direttore dell'Agenzia per la protezione civile |
| - Dott. Helmut Schwarz | Direttore dell'Ufficio amministrativo ambiente |

Assolve le funzioni di segretario:

- Geom. Ernesto Scarperi (Direttore – Ufficio tutela acque della Provincia Autonoma di Bolzano)

Premesso che:

L'articolo 14, comma 3, dello Statuto speciale del Trentino Alto Adige (D.P.R. n. 670/1972) stabilisce che "l'utilizzazione delle acque pubbliche da parte dello Stato e della Provincia, nell'ambito della rispettiva competenza, ha luogo in base a un piano generale stabilito d'intesa tra i rappresentanti dello Stato e della Provincia in seno ad un apposito comitato". Il piano programma l'utilizzazione delle acque per i diversi usi e contiene le linee fondamentali per una sistematica regolazione dei corsi d'acqua con particolare riguardo alle esigenze di difesa del suolo, nel reciproco rispetto delle competenze dello Stato e della provincia interessata (art. 8, comma 1 del D.P.R. n. 381/1974).

Ai sensi dell'art. 5, comma 4, del D.P.R. n. 381/1974, come sostituito dall'art. 2 del D.Lgs. n. 463/1999, "il piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche (di seguito denominato anche PGUAP) vale anche, per il rispettivo territorio, quale piano di bacino di rilievo nazionale". Il Ministro, quale presidente del comitato istituzionale delle relative autorità di bacino di rilievo nazionale, ed il presidente della provincia interessata assicurano, mediante apposite intese, il coordinamento e l'integrazione delle attività di pianificazione nell'ambito delle attribuzioni loro conferite dalla legge.

L'art. 8 del D.P.R. n. 381/1974 disciplina la procedura di approvazione del PGUAP; disponendo che un apposito comitato Stato-Provincia predisponga e adotti il progetto di piano e lo pubblichi poi nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica e nel Bollettino Ufficiale della Regione. I comuni e i soggetti interessati possono presentare osservazioni entro sessanta giorni dalla data di pubblicazione del progetto di piano nella Gazzetta Ufficiale. Il piano è deliberato in via definitiva dal comitato ed è reso esecutivo con decreto del Presidente della Repubblica su proposta del Ministro competente e del Presidente della Giunta provinciale. Il piano è quindi pubblicato nella Gazzetta Ufficiale e nel Bollettino Ufficiale e rimane in vigore a tempo indeterminato, fatta salva la sua revisione e i relativi aggiornamenti. Tale piano concorre inoltre alla formazione del piano di gestione per il distretto idrografico delle Alpi orientali ai sensi della direttiva quadro acque 2000/60/CE.

Con l'entrata in vigore del D.Lgs. 463/1999 la Provincia Autonoma di Bolzano ha assunto nuove competenze in materia di utilizzazione delle acque.

Sulla base di quanto sopra detto e nel rispetto di quanto stabilito dalla sentenza della Corte Costituzionale n. 353/2001, nell'agosto 2002 è stato sottoscritto un Protocollo di intesa da parte del Ministro dell'Ambiente e della Tutela del Territorio e del mare e dei Presidenti delle Province Autonome e delle Regioni interessate, "finalizzato ad assicurare le modalità per il coordinamento e l'integrazione del Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche relative al territorio della Provincia di Bolzano con la pianificazione di bacino prevista dalla legge n. 183/1989 in funzione anche della determinazione degli opportuni strumenti di raccordo per la compatibilizzazione degli interessi comuni alle Regioni e alla Provincia Autonoma di Bolzano il cui territorio ricade in bacini idrografici di rilievo nazionale". L'intesa prelude ad una pianificazione coordinata ed integrata tra i diversi soggetti istituzionali coinvolti (Stato, Regioni Veneto e Lombardia, Province autonome di Trento e Bolzano).

Il protocollo d'intesa stipulato in data 01.08.2006 tra la Provincia Autonoma di Bolzano, il Ministro dell'ambiente e della tutela del territorio, la Provincia Autonoma di Trento e la Regione Veneto prevede il coordinamento e l'integrazione del Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche con i piani di bacino di rilievo nazionale. Detto protocollo prevede una valutazione tecnica congiunta del piano da parte della Provincia Autonoma di Bolzano, delle Autorità di bacino del Fiume Adige e dell'Alto Adriatico, della Provincia Autonoma di Trento e della Regione Veneto.

Con delibera del 23 luglio 2007 n. 2458 la Provincia Autonoma di Bolzano ha approvato la prima versione del documento preliminare del piano e ha nominato i membri del comitato paritetico che rappresentano la Provincia Autonoma di Bolzano.

Il documento preliminare del Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche si compone di 4 parti:

- Parte I – Situazione esistenze
- Parte II – Obiettivi e criteri di gestione
- Parte III – Parte normativa
- Parte IV – Rapporto ambientale

Il Piano costituisce anche Piano di settore e pertanto segue la procedura di pubblicazione di cui all'art. 12 della legge provinciale del 11 agosto 1997 n. 13.

Ai sensi della legge provinciale del 5 aprile 2007, n. 2 il Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche deve essere sottoposto a valutazione ambientale strategica.

Sentiti i diversi gruppi d'interesse, si è ritenuto necessario apportare alcune modifiche ed integrazioni alla prima versione del documento preliminare del piano, approvato in data 23 luglio 2007.

Con delibera della Giunta provinciale del 29 giugno 2009 n. 1735 è stata approvata la modifica del documento preliminare del PGUAP, è stata deliberata la sua sottoposizione a valutazione tecnica congiunta ed è stato nominato quale organo consultivo per la valutazione delle osservazioni, proposte e pareri dei comuni, del pubblico o derivanti da valutazione tecnica congiunta il Comitato ambientale.

Contestualmente è stato deliberato di esaminare nuovamente il Piano in Giunta prima di sottoporre il testo definitivo al Comitato paritetico previsto dall'art. 8 del D.P.R. 381/74 dello Statuto.

La valutazione tecnica congiunta del Piano da parte della Provincia autonoma di Bolzano, delle Autorità di bacino del Fiume Adige e dell'Alto Adriatico, della Provincia Autonoma di Trento e della Regione Veneto è stata conclusa con il 3° e conclusivo incontro in data 11 settembre 2009.

Con nota del 22.09.2009 il Presidente della Provincia Autonoma di Bolzano ha trasmesso il documento preliminare di Piano, unitamente al verbale della valutazione tecnica congiunta del 11 settembre 2009, alla Provincia Autonoma di Trento e alla Regione Veneto con la richiesta di esprimere i rispettivi pareri e le eventuali osservazioni.

Con delibera del 6 novembre 2009 n. 2639, ai sensi dell'art. 3 del "Protocollo di intesa per il coordinamento e l'integrazione del Piano generale di utilizzazione delle acque pubbliche relativo alla Provincia Autonoma di Bolzano con i Piani di bacino di rilievo nazionale", la Giunta provinciale di Trento ha espresso parere favorevole al Piano, subordinatamente al recepimento di alcune proposte di modifica ed integrazione.

Vista la nota dell'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione prot. n. 1984/D1.26 del 10.11.2009.

Detto piano è stato sottoposto alla procedura di valutazione ambientale strategica di cui alla L.P. 2/2007 e successive modifiche.

Il Comitato ambientale, tenendo conto delle osservazioni pervenute nell'ambito della procedura di valutazione ambientale strategica, ha espresso con parere del 09.12.2009 un parere positivo ai contenuti del Piano, esprimendo proposte di modifica.

Con delibera del 26.04.2010 n. 704 la Giunta provinciale di Bolzano ha approvato il Piano Generale di Utilizzazione delle acque Pubbliche (PGUAP). Tale delibera è stata pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione Trentino Alto Adige n. 22/I-II del 01/06/2010.

Con nota del 10.06.2010 il Presidente della Provincia di Bolzano ha trasmesso ai sensi dell'art. 8 del D.P.R. 381/1974 il documento preliminare di piano al Presidente del Consiglio dei Ministri, al Ministro dell'Ambiente e della Tutela del Territorio e del Mare e alla Direzione generale per la Tutela del territorio e delle risorse idriche, al fine dell'esame congiunto e dell'approvazione del piano in seno al comitato.

In data 22.07.2010 si è svolta la riunione congiunta delle Segreterie Tecniche per la Qualità della Vita e per la Tutela del Territorio per esaminare il Piano di Utilizzazione delle Acque Pubbliche della Provincia di Bolzano.

Con delibera del 30.05.2011 n. 893 la Giunta provinciale ha deliberato di sostenere nei confronti del Ministero dell'Ambiente la propria posizione, approvando una modifica in merito alla determinazione del Deflusso Minimo Vitale, di seguito denominato DMV. La delibera è stata pubblicata sul Bollettino Ufficiale della Regione Trentino Alto Adige n. 23/I-II del 07/06/2010 e trasmessa al Ministero dell'Ambiente con nota del 07.06.2011.

Con delibera del 19.09.2011 n. 1427 la Giunta provinciale ha deliberato di insistere nelle controdeduzioni già esposte nelle premesse della propria deliberazione del 30.05.2011 n. 893, approvando un'integrazione con la quale si precisa, che le integrazioni in merito al DMV riguardano solo le grandi derivazioni a scopo idroelettrico. La delibera è stata trasmessa al Ministero dell'Ambiente con nota del 27.08.2011.

I rappresentanti della Provincia in seno al Comitato paritetico di cui all'art. 8 del D.P.R. 381/1974 sono stati designati prima con delibera del 23.07.2007 n. 2458 ed in seguito con delibera del 26.06.2009 n. 1735. Tali membri hanno rappresentato la Provincia nei primi atti congiunti per l'esame del piano ed in particolare nella commissione tecnica. Essendo intervenute nel frattempo modifiche in rapporto alle competenze interne alle Ripartizioni della provincia la Giunta provinciale con delibera del 08.04.2014 n. 411 ha provveduto a nominare i nuovi rappresentanti provinciali nel comitato paritetico.

Con DPCM del 3 agosto 2012 sono stati nominati i rappresentanti dello Stato in seno al Comitato paritetico di cui all'art. 8 del D.P.R. 381/1974.

Con nota del 25.07.2012 la Direzione generale per la Tutela del territorio e delle risorse idriche del Ministero dell'Ambiente ha trasmesso le osservazioni predisposte dalle Segreterie Tecniche per la Qualità della Vita e per la Tutela del territorio e comunicato che esse vengono pienamente condivise da questa Direzione generale.

Visto il resoconto della riunione preparatoria tenutasi il 17 febbraio 2015 alla quale hanno partecipato rappresentanti del Ministero dell'Ambiente, della Provincia Autonoma di Bolzano e dell'Autorità di Bacino nazionale del fiume Adige.

Con nota del 02.09.2015 prot. n. 490815 i membri della provincia di Bolzano in seno al Comitato paritetico hanno informato i membri statali del Comitato circa le deliberazioni assunte dalla Giunta provinciale nella seduta del 11.08.2015, in ordine alle questioni emerse durante la seduta preparatoria del 17.02.2015.

Con nota del 26.10.2015 prot. n. 0016779 la Direzione generale per la salvaguardia del territorio e delle acque, sentita la delegazione statale del Comitato paritetico, comunica di condividere la modifiche deliberate dalla Giunta provinciale in merito alle questioni emerse

durante la riunione del 17.02.2015 ma pone alcune nuove osservazioni prevalentemente in merito all'applicazione del DMV.

Con nota del 04.01.2016 prot. n. 878 i membri della provincia di Bolzano in seno al Comitato paritetico hanno informato i membri statali del Comitato circa le ulteriori deliberazioni assunte dalla Giunta provinciale nella seduta del 15.12.2015, in ordine alle ulteriori questioni poste in merito al DMV.

Con la nota del 16.02.2016 prot. n. 0002719 della Direzione generale per la salvaguardia del territorio e delle risorse idriche e le ulteriori delucidazioni fornite dai membri provinciali in seno al Comitato paritetico con nota prot. 172966 del 24.03.2016 tutte le questioni sollevate sono state risolte:

In definitiva sono state apportate modificazioni ed integrazioni – a carattere tecnico o finalizzate a garantire maggiormente il coordinamento con gli altri strumenti programmatici – alle seguenti parti del piano:

- Parte 1: introduzione, capitoli 1. e 10.8
- Parte 2: capitolo 6 e allegati
- Parte 3: articoli 10, 16, 38 e 39

Si è così venuta delineando la veste definitiva del progetto di piano per il quale ora si propone l'adozione da parte del Comitato paritetico. Essa si articola nelle seguenti quattro parti:

- Parte 1 – Situazione esistenze*
- Parte 2 – Obiettivi e criteri di gestione*
- Parte 3 – Parte normativa*
- Parte 4 – Rapporto ambientale*

IL COMITATO PARITETICO di cui all'art. 8 del d.P.R. n. 381/1974

- Visto il D.P.R. del 31 agosto 1972, n. 670;
- Visto il D.P.R. del 22 marzo 1974, n. 381, e in particolare gli artt. 5 e 8;
- Visto il decreto legislativo del 11 novembre 1999, n. 463;
- Vista la sentenza della Corte Costituzionale del 6-7 novembre 2001 n. 353;
- Visto il "Protocollo d'intesa per il coordinamento e l'integrazione del Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche relativo alla Provincia Autonoma di Bolzano con i piani di bacino di rilievo nazionale" sottoscritto nell'agosto 2002;
- Visto il "Protocollo di intesa per il coordinamento e l'integrazione del Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche relativo alla Provincia Autonoma di Bolzano con i piani di rilievo nazionale" sottoscritto nell'agosto 2006;
- Vista l'art. 12 della legge provinciale 11 agosto 1997, n. 3;
- Vista la deliberazione della Giunta della provincia Autonoma di Bolzano provinciale di Bolzano del 23 luglio 2007 n. 2458;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 29 giugno 2009 n. 1735;
- Visto il verbale della valutazione tecnica congiunta del 11 settembre 2009;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Trento del 6 novembre 2009 n. 2639;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 26 aprile 2010 n. 704;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 30 maggio 2011 n. 893;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 19 settembre 2011 n. 1427;

- Visto il Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri del 3 agosto 2012;
- Vista la deliberazione della Giunta provinciale di Bolzano del 08 aprile 2014 n. 411;
- Visti gli ulteriori atti citati in premessa,

a voti unanimi, legalmente espressi,

d e l i b e r a

- 1) di adottare il progetto di Piano generale per l'utilizzazione delle acque pubbliche per la Provincia Autonoma di Bolzano, costituito dai seguenti documenti che, allegati alla presente deliberazione, ne costituiscono parte integrante e sostanziale:
Parte I – Situazione esistenze
Parte II – Obiettivi e criteri di gestione
Parte III – Parte normativa
Parte IV – Rapporto ambientale
- 2) di disporre la pubblicazione del presente provvedimento nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica e nel Bollettino ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige, unitamente all'estratto di piano riferito alle sole Norme di Attuazione e con l'indicazione che tutta la documentazione è accessibile nel sito internet <http://www.provincia.bz.it/agenzia-ambiente/acqua/piano-generale-acqua.asp>.
- 3) di incaricare la Provincia Autonoma di Bolzano di trasmettere copia del presente provvedimento e copia, su supporto magnetico, del progetto di piano, alla Provincia Autonoma di Trento, alla Regione Veneto e alle Autorità di bacino dell'Adige e dell'Alto Adriatico, per la formulazione di eventuali osservazioni ai sensi dell'art. 8, quarto comma, del D.P.R. n. 381/1974;
- 4) di incaricare la Provincia Autonoma di Bolzano di assumere tutte le iniziative necessarie per assicurare, dopo le pubblicazioni di cui al precedente punto 2), l'accesso ai documenti di piano da parte dei Comuni e di chiunque vi abbia interesse, provvedendo inoltre alla raccolta sistematica delle osservazioni che dovessero pervenire per consentirne il successivo esame da parte del Comitato paritetico;
- 5) di dare atto che le eventuali osservazioni devono essere presentate dai comuni e dai soggetti interessati alla Provincia Autonoma di Bolzano – Agenzia provinciale per l'ambiente - Ufficio Tutela acque, via Amba Alagi 35, 39100 Bolzano (PEC gewaesserschutz.tutelaacque@pec.prov.bz.it) entro sessanta giorni dalla data di pubblicazione del presente provvedimento nella Gazzetta Ufficiale, ai sensi dell'art. 8 quarto comma, del D.P.R. n. 381/1974.

Dott. Ing. Francesco Gigliani

Geom. Ernesto Scarperi

Dott.ssa Maddalena Mattei Gentili

Dott. Rudolf Pollinger

Dott. Ing. Elio Carlo

Dott. Helmut Schwarz

AUTONOME PROVINZ
BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO - ALTO ADIGE

GESAMTPLAN FÜR DIE NUTZUNG DER ÖFFENTLICHEN GEWÄSSER

Planentwurf

Teil 3

Normativer Teil

**Von der Paritätischen Kommission gemäß Art. 8 des D.P.R. vom
22.März 1974, Nr. 381 mit Beschluss vom 21.04.2016 genehmigt**

INHALT TEIL 3

KAPITEL I – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	4
Art. 1 – Wassernutzungsplan	4
Art. 2 – Wirkung des Planes	4
Art. 3 – Teilpläne	5
Art. 4 – Abänderungen und Ergänzungen zum Plan	5
 KAPITEL II - WASSERBILANZ	 6
Art. 5 – Definition der Wasserbilanz	6
Art. 6 – Referenzgebiete	6
Art. 7 – Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet der Etsch	6
Art. 8 – Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet des Piave	7
Art. 9 – Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet der Donau	7
Art. 10 – Verbesserung und Gleichgewicht der Wasserbilanz	11
Art. 11 – Revision und Anpassung der Nutzungen	12
 KAPITEL III – NUTZUNG DER GEWÄSSER	 12
Art. 12 – Prinzipien des Managements	12
Art. 13 – Allgemeine Kriterien für die Ausstellung von Konzessionen	13
Art. 14 – Trinkwassernutzung	14
Art. 15 – Landwirtschaftliche Nutzung	15
Art. 16 – Hydroelektrische Nutzung	15
Art. 17 – Nutzung für industrielle Zwecke	17
Art. 18 – Nutzung für die technische Beschneidung	17
Art. 19 – Nutzung für Fischzucht	18
Art. 20 – Nutzung für andere Zwecke	18
Art. 21 – Nutzung von Wasser aus Seen und Seeuferstreifen	18
Art. 22 – Nutzung von Grundwasser und Quellen	18
Art. 23 – Technischer Zustand und Führung der Anlagen	18
Art. 24 – Daten über die Wasserverfügbarkeit für die Konzessionsausstellung	19
Art. 25 – Aufzeichnung der Nutzungen	19
Art. 26 – Anwendung der Bestimmungen	19
Art. 27 – Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen	20
 KAPITEL IV – GEFAHRENZONEN UND HYDROGEOLOGISCHE RISIKO-ZONEN	 20
Art. 28 – Gefahrenzonenpläne der Gemeinden	20
Art. 29 – Erlaubte Maßnahmen auf den Gefahren- und Risikozonenflächen	20
 KAPITEL V – VERBAUUNG DER WASSERLÄUFE UND DER HÄNGE	 21
Art. 30 – Zielsetzung	21
Art. 31 – Projektierung der hydraulisch-forstlichen Verbauungswerke	21
Art. 32 – Regelung der Wasserstände in Speichern und Betrieb der Pumpenanlagen bei besonderen Situationen	21
Art. 33 – Entnahme von Material aus den Flussbetten	22
Art. 34 – Behandlung der Ufervegetation	22
Art. 35 – Schutz des öffentlichen Wassergutes	22

Art. 36 – Entsorgung des Regenwassers	22
---------------------------------------	----

KAPITEL VI – MASSNAHMEN DES UMWELTSCHUTZES	23
---	-----------

Art. 37 – Mindestrestwassermenge	23
Art. 38 – Mindestrestwassermenge für neue Ableitungen	23
Art. 39 – Mindestrestwassermenge für bestehende Ableitungen	24
Art. 40 – Regelung des Restwassers in besonderen Situationen	25
Art. 41 – Management der Flussräume der Talböden	26
Art. 42 – Wiederherstellung des Fließgewässerkontinuums	26

KAPITEL VII – ABSCHLIESSENDE BESTIMMUNGEN	27
--	-----------

Art. 43 – Maßnahmen zur interregionalen Koordinierung	27
Art. 44 – Inkrafttreten und Durchführung des Planes	28

KAPITEL I

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer (Wassernutzungsplan)

1. Der vorliegende Gesamtplan für die Nutzung der öffentlichen Gewässer – in Folge „Wassernutzungsplan“ genannt - wird im Sinne und aufgrund der Wirkung des Art. 14 des D.P.R vom 31. August 1972, Nr. 670 und der Art. 5 und 8 des D.P.R. vom 22. März 1974, Nr. 381, zuletzt abgeändert durch das Gv.D. vom 11. November 1999, Nr. 463, sowie unter Berücksichtigung der vom "Abkommen zur Koordinierung und Integration des Wassernutzungsplanes der Autonomen Provinz Bozen mit den Plänen der Einzugsgebiete nationaler Bedeutung" mit Datum August 2006, welches vom Minister für Umwelt und den Schutz des Territoriums und den Landeshauptmännern der betroffenen Autonomen Provinzen und Regionen unterzeichnet wurde, festgelegten Verfahrensanleitung, genehmigt.
2. Der Wassernutzungsplan ist auf die Planung der Nutzung der Gewässer für die verschiedenen Nutzungsarten gerichtet und enthält die Grundlinien für eine systematische Regulierung der Wasserläufe mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Bodenschutzes und des Schutzes der Wasserressourcen.
3. Der Wassernutzungsplan trägt dazu bei, eine funktionell einheitliche Bewirtschaftung auf dem Wassereinzugsgebiet von nationaler Bedeutung der Etsch, innerhalb dessen das Provinzgebiet hineinfällt, zu gewährleisten. Er berücksichtigt den von der nationalen Gesetzgebung vorgesehenen "Plan für das Einzugsgebiet nationaler Bedeutung" und jeden anderen Teilplan dieses, einschließlich jenen die von speziellen Gesetzen vorgeschrieben sind. Der Wassernutzungsplan ist Bestandteil des Planes für die Flussgebietseinheit im Sinne des Art. 65 des Gv.D. Nr. 152/2006 und des Bewirtschaftungsplanes für die Flussgebietseinheit Ostalpen im Sinne des Art. 117 des Gv.D. Nr. 152/2006. Der Wassernutzungsplan erfüllt auf Landesebene die Vorgaben der Richtlinie 2000/60/EG.
4. Die spezifischen Formen der Zusammenarbeit zwischen der Autonomen Provinz Bozen, der Autonomen Provinz Trient, der Region Venetien und der Behörde des nationalen Einzugsgebietes der Etsch sowie der Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione werden vom vorliegenden Plan definiert.

Art. 2

Wirkung des Planes

1. Unter Berücksichtigung der aufgrund des Autonomiestatutes und der entsprechenden Durchführungsverordnungen, der Autonomen Provinz vorbehaltenen Zuständigkeiten, bestimmen der Wassernutzungsplan und der zugehörige Hydrogeologische Risikoplan im Sinne des nachfolgenden Art. 3, Absatz 2, die Richtlinien, Ausrichtungen und die Bindungen, an welche sich die Pläne und Programme der Provinz, mit Bezug auf die Fachgebiete, die im Art. 65 des Gv.D. Nr. 152, vom 3. April 2006.
2. Die ausdrücklich vom Wassernutzungsplan und vom Hydrogeologischen Risikoplan festgelegten Bindungen und die Maßnahmen haben in jedem Fall sofortige Wirkung, wenn sie restriktiver als die entsprechenden Bindungen und Maßnahmen sind, welche von geltenden Plänen oder Programmen der Provinz vorgesehen sind oder sofern es sich um Bindungen und Maßnahmen handelt, die von den zuvor genannten Plänen oder Programmen nicht vorgesehen sind.

3. Diese Bestimmungen werden auch bezüglich des Landesentwicklungs- und Raumordnungsplanes und der ihm untergeordneten Bauleitpläne der Gemeinden, sowie in Bezug auf die Programme der lokalen Institutionen oder Verwaltungen angewandt.

4. Der vorliegende Plan und der Hydrogeologische Risikoplan ersetzen jede andere Bestimmung und Weisung, auch kartografischer Art, welche in den von den Behörden der Wassereinzugsgebiete nationaler Bedeutung durchgeführten oder genehmigten Programmen und Vorkehrungen enthalten ist und eventuell auf dem Provinzgebiet bis zum Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Planes anwendbar ist.

Art. 3 Teilpläne

1. Der Wassernutzungsplan der Provinz Bozen wird von zwei Teilplänen die Funktionssektoren betreffen, welche mit dem Inhalt des Planes in Wechselbeziehung stehen, ergänzt; ihre Abfassung erfolgt im Sinne des Art. 65, Absatz 8 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 152, vom 3. April 2006.

2. Der Hydrogeologische Risikoplan: Dieser Teilplan ermittelt und grenzt die hydrogeologischen Gefahren und Risikogebiete ab und schreibt für diese die Schutzmaßnahmen vor, im Sinne des Art. 67 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 152, vom 3. April 2006. Der Hydrogeologische Risikoplan wird im Sinne der Art. 5 und 8 des D.P.R. Nr. 381 vom 22. März 1974 genehmigt.

3. Der Gewässerschutzplan: Dieser Teilplan verfolgt den Schutz der Gewässer in ihren quantitativen und qualitativen Aspekten; die entsprechenden Inhalte sind im Art. 27 des L.G. Nr. 8 vom 18. Juni 2002 definiert. Die Autonome Provinz Bozen genehmigt den Gewässerschutzplan in Übereinstimmung mit dem Wassernutzungsplan und dem hydrogeologischen Risikoplan im Sinne des Art. 27 des L.G. Nr. 8 vom 18. Juni 2002, nach Berücksichtigung des Gutachtens der gebietsmäßig betroffenen Behörden der Wassereinzugsgebiete nationaler Bedeutung. Die Behörden der Wassereinzugsgebiete äußern sich innerhalb von neunzig Tagen nach Erhalt der Anfrage der Autonomen Provinz; nach Ablauf dieser Frist sorgt die Autonome Provinz Bozen in jedem Fall, auch bei Fehlen der angeforderten Gutachten, für den Abschluss des Verfahrens.

Art. 4 Abänderungen und Ergänzungen zum Plan

1. Ordentliche Prozedur:

Für die Einführung wesentlicher Abänderungen im Wassernutzungsplan und im hydrogeologischen Risikoplan, auch wenn diese zum Zweck der Anpassung der Inhalte an die staatliche und die EU-Gesetzgebung notwendig sind, wird die im Vereinbarungsprotokoll enthaltene Verfahrensanleitung eingehalten, welche vom Minister für Umwelt und den Schutz des Territoriums und den Landeshauptmännern der betroffenen Autonomen Provinzen und Regionen unterzeichnet wurde.

2. Vereinfachte Prozedur:

Die Autonome Provinz Bozen kann Abänderungen und Ergänzungen am Wassernutzungsplan und am hydrogeologischen Risikoplan mit der vereinfachten Prozedur vornehmen, sofern die oben genannten Abänderungen und Ergänzungen nicht im Widerspruch mit dem Gesamtaufbau und -muster des Planes stehen und keine bedeutenden Veränderungen zur einheitlichen funktionellen Bewirtschaftung oder zur Ordnung der Wassereinzugsgebiete nationaler Bedeutung mit sich bringen.

Es werden diesbezüglich zwei verschiedene vereinfachte Verfahrenstypen unterschieden:

- a) Wenn die genannten Abänderungen und Ergänzungen bedeutende und eindeutig erkennbare Auswirkungen außerhalb des Landesgebietes mit sich bringen oder die Normen des Planes betreffen, ruft die Autonome Provinz Bozen eine Dienstkonferenz ein, an der jeweils

ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt und den Schutz des Territoriums, der Behörde des nationalen Einzugsgebietes der Etsch, der Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione sowie der Region Venetien und der Autonomen Provinz Trient teilnehmen. Die Konferenz beurteilt ob die Umstände zutreffen, welche die Anwendung der vereinfachten Verfahrens ermöglichen, und stellt ihr technisches Gutachten zum Vorschlag der Abänderung oder der Ergänzung des Planes aus. Die Autonome Provinz Bozen sorgt dann für die entsprechende Genehmigung der Maßnahmen, falls sich die bei der Konferenz Anwesenden einstimmig positiv äußern.

- b) Wenn die genannten Abänderungen und Ergänzungen keine bedeutenden, erkennbaren Auswirkungen außerhalb des Provinzgebietes mit sich bringen, übermittelt die Autonome Provinz Bozen die Abänderungen und Ergänzungen des Wassernutzungsplanes oder des Hydrogeologischen Risikoplanes an die Autonome Provinz Trient, die Region Venetien und an die Behörde des nationalen Wassereinzugsgebietes der Etsch sowie der Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione. Falls keine von diesen innerhalb der folgenden dreißig Tage eine begründete Missbilligung äußert, fährt die Provinz mit der Genehmigung fort und sieht von den Verfahrensmodalitäten ab, welche unter Buchstabe a) vorgesehen sind.

3. Die Beschlüsse, welche die Landesregierung im Rahmen des vereinfachten Verfahrens erlässt, werden in Amtsblatt und im Amtsblatt der Region Trentino - Südtirol veröffentlicht und treten am fünfzehnten Tag nach dem Tag der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

KAPITEL II

Wasserbilanz

Art. 5

Definition der Wasserbilanz

1. Die Wasserbilanz ist die Bilanz zwischen den in einem bestimmten Bezugsgebiet verfügbaren oder auffindbaren Wasserressourcen und dem Wasserbedarf der bestehenden oder für die Zukunft vorgesehenen Nutzungen. Die Wasserbilanz stellt ein Untersuchungsinstrument dar, auf dessen Grundlage es möglich ist, Bewirtschaftungsszenarien für die Wasserressourcen zu entwickeln, welche mit ihrem quantitativen und qualitativen Schutz vereinbar sind. Die Kenntnis der Komponenten des Wasserkreislaufes und der daraus folgenden Verfügbarkeit der Wasserressourcen ist nämlich zum Schutz dieser Ressourcen nicht nur aus quantitativer Sicht, indem langfristig eine nachhaltige Nutzung gefördert wird, sondern auch aus qualitativer Sicht, indem gewährleistet wird, dass die vorgesehenen Nutzungen das Erreichen der Umweltziele nicht beeinträchtigen, notwendig.

Art. 6

Referenzgebiete

1. Im vorliegenden Plan wird das Gleichgewicht der Wasserbilanz auf Ebene der hydrografischen Einzugsgebiete der Flüsse Etsch, Donau und Piave, sowie deren Untereinzugsgebiete bewertet.

Art. 7

Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet der Etsch

1. In Tabelle 1 wird das Schema der Wasserbilanz für den Südtiroler Bereich des hydrografischen Einzugsgebietes des Flusses Etsch dargestellt. Das Wassereinzugsgebiet der Etsch und ihrer Zuflüsse in der Provinz Bozen bedeckt eine Fläche von 7375 km². Das Wasser dieses Einzugsgebietes

verlässt das Landesgebiet und erreicht die unterliegende Provinz Trient. Die Wasserbilanz setzt sich aus folgenden Posten zusammen:

- a) Der Punkt "Aktuelle Wasserführung" bezeichnet die derzeit verfügbaren Wasserressourcen, welche mit Hilfe eines hydrologischen Modells bestimmt wurden. Der angeführte Wert stellt den mittleren Gesamtabfluss in den einzelnen Monaten des Jahres in Richtung der angrenzenden Provinz Trient dar.
- b) Im Punkt "Aktuelle Entnahmen" werden die monatlichen Mittelwerte des Wasserverbrauchs aufgrund der bestehenden Nutzungen sowie die Veränderungen des Abflussregimes aufgelistet, welche auf den Betrieb der künstlichen Staubecken zurückzuführen sind, aufgelistet.
- c) Der Punkt "Natürliche Wasserführung" bezeichnet die natürliche Wasserressource, welche ausgehend von den verfügbaren Wasserressourcen unter Berücksichtigung der derzeitigen Entnahmen bestimmt wurde. Diese stellt das Wasservolumen dar, welches in Abwesenheit der durch die menschlichen Nutzungen geschaffenen Veränderungen, eine hypothetische Abschlusssektion des Südtiroler Teiles des Wassereinzugsgebietes der Etsch durchlaufen würde.
- d) Der Punkt "Zukünftige Nutzungen" bezeichnet die für die nächsten Jahre vorgesehene Entwicklung des Wasserverbrauchs infolge der menschlichen Nutzungen und der Änderungen des Abflussregimes.
- e) Der Punkt "Bilanzwasserführung" stellt schließlich die in Zukunft verfügbaren Wasserressourcen dar, d.h. jene Wasservolumen, welche im Mittel, für die einzelnen Monate des Jahres für die südlich der Landesgrenze entlang des Flusslaufes der Etsch gelegenen Provinzen gewährleistet werden.

2. In den Tabellen 2-15 wird das Schema der Wasserbilanzen der einzelnen Untereinzugsgebiete angeführt, welche zum Südtiroler Einzugsgebiet der Etsch zählen.

Art. 8

Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet des Piave

1. In Tabelle 16 wird das Schema der Wasserbilanz jenes Bereiches des Wassereinzugsgebietes des Piave angegeben, welches auf das Landesgebiet der Provinz Bozen entfällt. Das vom Piave und seinen Zuflüssen entwässerte Einzugsgebiet deckt sich auf Landesebene mit einer Fläche von 27 km². Diese Gewässer verlassen das Landesgebiet und erreichen die südlich gelegene Provinz Belluno.

Art. 9

Schema der Wasserbilanz für das Einzugsgebiet der Donau

1. In Tabelle 17 wird das Schema der Wasserbilanz jenes Bereiches des Wassereinzugsgebietes der Drau angegeben, welches auf das Landesgebiet der Provinz Bozen entfällt. Das von der Drau und deren Zuflüssen entwässerte Einzugsgebiet deckt sich auf Landesebene mit einer Fläche von 160 km². Diese Gewässer verlassen das Landesgebiet und erreichen das österreichische Staatsgebiet.

2. In Tabelle 18 wird das Schema der Wasserbilanz jenes Bereiches des Wassereinzugsgebietes des Inn angegeben, welches auf das Landesgebiet der Provinz Bozen entfällt. Das vom Inn und seinen Zuflüssen entwässerte Einzugsgebiet deckt sich auf Landesebene mit einer Fläche von 21 km². Diese Gewässer verlassen das Landesgebiet und erreichen das österreichische Staatsgebiet.

Wassereinzugsgebiet der Etsch in der Provinz Bozen (7375 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss (m ³ /s)												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	78.96	72.80	77.36	96.91	225.40	290.00	255.45	184.94	153.03	159.09	135.65	95.02	152.05
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0.00	0.00	0.00	4.51	6.96	13.83	13.39	9.64	5.53	2.68	0.00	0.00	4.71
Andere Nutzungen m ³ /s	0.26	0.29	0.16	0.21	0.29	0.44	0.43	0.35	0.28	0.21	0.27	0.26	0.29
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-8.93	-13.75	-12.82	-4.34	9.22	28.78	10.96	10.88	-0.79	-4.11	-6.43	-9.44	
Natürlicher Abfluss	70.29	59.35	64.71	97.29	241.87	333.06	280.23	205.82	158.06	157.87	129.49	85.85	157.05
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0.00	0.00	0.00	5.45	8.08	16.05	15.53	11.18	6.42	3.11	0.00	0.00	5.48
Andere Nutzungen m ³ /s	0.36	0.40	0.17	0.22	0.31	0.47	0.45	0.37	0.30	0.22	0.37	0.36	0.33
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-8.93	-13.75	-12.82	-4.34	9.22	28.78	10.96	10.88	-0.79	-4.11	-6.43	-9.44	
Bilanzwasserführung m³/s	78.86	72.70	77.35	95.96	224.27	287.77	253.29	183.38	152.13	158.65	135.55	94.93	151.24
Differenz (aktuelle und zukünftige Sit.)	-0.09	-0.10	-0.01	-0.95	-1.13	-2.24	-2.16	-1.56	-0.90	-0.44	-0.10	-0.09	-0.81

Tab. 1
Darstellung der Wasserbilanz für den Südtiroler Teil des Wassereinzugsgebietes der Etsch

Untereinzugsgebiet Obere Etsch (1680 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	20,6	17,7	17,7	19,3	32,4	47,5	46,0	38,8	35,5	36,6	33,0	26,0	30,9
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,83	1,89	3,76	3,63	2,62	1,50	0,73	0,00	0,00	1,2
Andere Nutzungen m ³ /s	0,03	0,03	0,02	0,04	0,09	0,17	0,16	0,12	0,08	0,05	0,03	0,03	0,1
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-6,6	-10,0	-9,7	-3,7	5,1	24,1	8,6	9,7	-1,1	-4,6	-5,0	-7,3	0,0
Natürlicher Abfluss	14,0	7,8	8,0	16,5	39,5	75,5	58,4	51,2	36,0	32,7	28,0	18,7	32,2
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	1,29	2,11	4,20	4,06	2,93	1,68	0,81	0,00	0,00	1,4
Andere Nutzungen m ³ /s	0,04	0,04	0,02	0,05	0,10	0,18	0,17	0,13	0,08	0,05	0,04	0,04	0,1
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-6,6	-10,0	-9,7	-3,7	5,1	24,1	8,6	9,7	-1,1	-4,6	-5,0	-7,3	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	20,6	17,7	17,7	18,8	32,2	47,1	45,6	38,5	35,4	36,5	33,0	26,0	30,7

Tab. 2
Darstellung der Wasserbilanz für das Untereinzugsgebiet der Oberen Etsch

Untereinzugsgebiet Falschauer (282 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	3,9	4,7	4,4	3,6	8,8	8,2	4,4	2,9	3,6	7,5	8,0	5,3	5,4
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,12	0,36	0,72	0,70	0,50	0,29	0,14	0,00	0,00	0,2
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,01	0,03	0,05	0,05	0,04	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-1,5	-2,7	-2,2	-0,4	2,6	3,1	1,4	1,1	0,4	0,5	-1,1	-1,6	0,0
Natürlicher Abfluss	2,4	2,0	2,3	3,3	11,8	12,1	6,6	4,5	4,3	8,1	6,9	3,7	5,7
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,41	0,82	0,79	0,57	0,33	0,16	0,00	0,00	0,3
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,01	0,03	0,05	0,05	0,04	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-1,5	-2,7	-2,2	-0,4	2,6	3,1	1,4	1,1	0,4	0,5	-1,1	-1,6	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	3,9	4,7	4,4	3,5	8,7	8,1	4,3	2,8	3,6	7,5	8,0	5,3	5,4

Tab. 3
Darstellung der Wasserbilanz für das Untereinzugsgebiet der Falschauer

Untereinzugsgebiet Passer (414 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	4,5	3,2	4,9	8,1	27,4	28,0	16,0	11,4	12,2	18,3	16,1	6,9	13,1
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,39	0,78	0,76	0,55	0,31	0,15	0,00	0,00	0,3
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Natürlicher Abfluss	4,5	3,2	4,9	8,2	27,8	28,8	16,8	11,9	12,5	18,5	16,1	6,9	13,3
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,42	0,83	0,81	0,58	0,33	0,16	0,00	0,00	0,3
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,03	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	4,5	3,2	4,9	8,1	27,4	27,9	15,9	11,3	12,2	18,3	16,1	6,9	13,1

Tab. 4
Darstellung der Wasserbilanz für das Untereinzugsgebiet der Passer

Untereinzugsgebiet Talfer (425 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	5,1	3,7	5,5	7,1	12,2	11,4	10,6	9,3	8,8	11,7	11,8	7,6	8,7
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,03	0,09	0,18	0,18	0,13	0,07	0,04	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Natürlicher Abfluss	5,1	3,8	5,5	7,2	12,3	11,6	10,7	9,5	8,8	11,7	11,8	7,7	8,8
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,31	0,30	0,21	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	5,1	3,7	5,5	7,1	12,1	11,2	10,4	9,2	8,7	11,7	11,8	7,6	8,7

Tab. 5
Darstellung der Wasserbilanz für das Untereinzugsgebiet der Talfer

Untereinzugsgebiet Oberer Eisack (666 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	7,6	6,1	7,5	12,1	30,9	35,3	26,3	19,0	18,8	23,1	19,4	11,3	18,1
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,03	0,11	0,21	0,20	0,15	0,08	0,04	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,02	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Natürlicher Abfluss	7,6	6,1	7,5	12,1	31,0	35,5	26,5	19,2	18,9	23,2	19,4	11,4	18,2
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,31	0,30	0,21	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,02	0,03	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	7,6	6,1	7,5	12,1	30,9	35,2	26,2	19,0	18,8	23,1	19,3	11,3	18,1

Tab. 6
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Oberen
Eisack

Untereinzugsgebiet Ahr (633 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	6,5	5,4	6,4	9,1	34,2	51,1	36,2	21,8	18,7	19,6	14,7	9,1	19,4
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,08	0,16	0,15	0,11	0,06	0,03	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-0,8	-1,1	-1,0	-0,2	1,4	1,5	1,0	0,1	-0,1	0,0	-0,4	-0,6	0,0
Natürlicher Abfluss	5,7	4,3	5,4	8,9	35,7	52,9	37,3	22,0	18,7	19,7	14,3	8,6	19,5
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,04	0,13	0,25	0,25	0,18	0,10	0,05	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m ³ /s	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,02	0,02	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	-0,8	-1,1	-1,0	-0,2	1,4	1,5	1,0	0,1	-0,1	0,0	-0,4	-0,6	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	6,5	5,4	6,4	9,1	34,1	51,0	36,1	21,7	18,6	19,6	14,7	9,1	19,4

Tab. 7
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet der Ahr

Untereinzugsgebiet Rienz (1110 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	12,2	10,1	11,7	15,5	28,1	30,2	28,0	23,3	22,5	27,0	24,1	17,3	20,8
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,12	0,36	0,72	0,70	0,50	0,29	0,14	0,00	0,00	0,2
Andere Nutzungen m ³ /s	0,03	0,03	0,01	0,01	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,01	0,03	0,03	0,0
Natürlicher Abfluss	12,2	10,2	11,7	15,7	28,4	30,9	28,7	23,9	22,8	27,1	24,1	17,3	21,1
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,18	0,56	1,12	1,08	0,78	0,45	0,22	0,00	0,00	0,4
Andere Nutzungen m ³ /s	0,04	0,04	0,01	0,01	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,01	0,04	0,04	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m ³ /s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	12,2	10,1	11,7	15,5	27,9	29,8	27,6	23,1	22,4	26,9	24,1	17,3	20,7

Tab. 8
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet der Rienz

Untereinzugsgebiet Gader (394 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	4,8	4,3	5,2	6,6	11,2	11,2	10,4	8,8	9,1	10,6	8,9	6,3	8,1
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m ³ /s	0,02	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03	0,02	0,0
Natürlicher Abfluss	4,8	4,3	5,2	6,6	11,2	11,2	10,4	8,8	9,1	10,6	8,9	6,3	8,1
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,06	0,13	0,12	0,09	0,05	0,02	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m ³ /s	0,04	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	0,04	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	4,8	4,2	5,2	6,5	11,1	11,1	10,3	8,7	9,0	10,6	8,8	6,3	8,1

Tab. 9
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet der Gader

Untereinzugsgebiet Gröden (197 km ²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m ³ /s]												Q _{mittel} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	2,4	1,9	2,6	3,0	6,0	6,1	5,7	4,5	4,4	5,4	4,2	3,2	4,1
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,02	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,02	0,0
Andere Nutzungen m ³ /s	0,02	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,02	0,0
Natürlicher Abfluss	2,4	2,0	2,6	3,0	6,0	6,2	5,7	4,5	4,4	5,4	4,3	3,2	4,1
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,06	0,11	0,11	0,08	0,04	0,02	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m ³ /s	0,03	0,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	0,03	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	2,4	1,9	2,6	3,0	6,0	6,0	5,6	4,4	4,3	5,4	4,2	3,2	4,1

Tab. 10
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet Gröden

Untereinzugsgebiet	Mittlerer monatlicher Abfluss [m^3/s]												Q_{mittel} [m^3/s]
Untere Eisack (765 km ²)	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	8,7	7,3	8,3	10,1	12,3	14,0	14,9	13,1	14,2	17,0	16,5	12,6	12,4
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,29	0,85	1,69	1,64	1,18	0,68	0,33	0,00	0,00	0,6
Andere Nutzungen m^3/s	0,03	0,03	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,0
Natürlicher Abfluss	8,7	7,3	8,3	10,4	13,2	15,8	16,6	14,3	14,9	17,4	16,5	12,6	13,0
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,44	0,97	1,94	1,87	1,35	0,77	0,37	0,00	0,00	0,6
Andere Nutzungen m^3/s	0,04	0,04	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,02	0,02	0,04	0,04	0,0
Speicherung/Abfluss Staubecken m^3/s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzwasserführung m^3/s	8,7	7,2	8,3	9,9	12,2	13,8	14,7	12,9	14,1	17,0	16,4	12,5	12,3

Tab. 11
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Unteren
Eisack

Untereinzugsgebiet	Mittlerer monatlicher Abfluss [m^3/s]												Q_{mittel} [m^3/s]
Untere Etsch (614 km ²)	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	5,4	4,5	5,9	6,5	5,3	5,5	5,5	4,0	4,3	10,1	13,4	8,1	6,5
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	2,18	2,19	4,36	4,22	3,04	1,74	0,84	0,00	0,00	1,5
Andere Nutzungen m^3/s	0,07	0,08	0,07	0,07	0,08	0,09	0,09	0,08	0,08	0,07	0,08	0,07	0,1
Natürlicher Abfluss	5,5	4,6	5,9	8,7	7,5	9,9	9,8	7,2	6,1	11,0	13,4	8,2	8,2
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	2,29	2,37	4,71	4,55	3,28	1,88	0,91	0,00	0,00	1,7
Andere Nutzungen m^3/s	0,08	0,09	0,07	0,08	0,08	0,09	0,09	0,09	0,09	0,08	0,08	0,08	0,1
Speicherung/Abfluss Staubecken m^3/s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bilanzwasserführung m^3/s	5,4	4,5	5,9	6,3	5,1	5,1	5,1	3,8	4,1	10,0	13,4	8,1	6,4

Tab. 12
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet der Unteren
Etsch

Untereinzugsgebiet	Mittlerer monatlicher Abfluss [m^3/s]												Q_{mittel} [m^3/s]
Noce (61 km ²)	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	0,5	0,4	0,5	0,7	2,4	2,3	1,1	0,8	0,8	1,7	1,5	0,8	1,1
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,29	0,28	0,20	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Natürlicher Abfluss	0,5	0,4	0,5	0,7	2,5	2,6	1,4	1,0	0,9	1,8	1,5	0,8	1,2
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,06	0,18	0,37	0,35	0,26	0,15	0,07	0,00	0,00	0,1
Andere Nutzungen m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Bilanzwasserführung m^3/s	0,5	0,4	0,5	0,7	2,4	2,2	1,1	0,7	0,8	1,7	1,5	0,8	1,1

Tab. 13
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Noce

Untereinzugsgebiet	Mittlerer monatlicher Abfluss [m^3/s]												Q_{mittel} [m^3/s]
Avisio (16 km ²)	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Natürlicher Abfluss	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Bilanzwasserführung m^3/s	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3

Tab. 14
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Avisio

Untereinzugsgebiet	Mittlerer monatlicher Abfluss [m^3/s]												Q_{mittel} [m^3/s]
Kalterer Graben (132 km ²)	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss <i>hydrologische Daten</i>	1,2	1,0	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	0,9	0,9	2,2	2,9	1,8	1,4
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,71	0,45	0,89	0,86	0,62	0,36	0,17	0,00	0,00	0,3
Andere Nutzungen m^3/s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Natürlicher Abfluss	1,2	1,0	1,3	1,9	1,6	2,1	2,1	1,5	1,3	2,4	2,9	1,8	1,8
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m^3/s	0,00	0,00	0,00	0,74	0,47	0,93	0,90	0,65	0,37	0,18	0,00	0,00	0,4
Andere Nutzungen m^3/s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Bilanzwasserführung m^3/s	1,2	1,0	1,3	1,1	1,1	1,2	1,2	0,9	0,9	2,2	2,9	1,8	1,4

Tab. 15
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Kalterer
Grabens

Untereinzugsgebiet Piave (27 km²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m³/s]												Q _{mittel} [m³/s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Natürlicher Abfluss	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6

Tab. 16
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Piave in
der
Provinz Bozen

Untereinzugsgebiet Drau (160 km²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m³/s]												Q _{mittel} [m³/s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	4,9	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,7
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Natürlicher Abfluss	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	5,0	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,7
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	4,9	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,6

Tab. 17
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet der Drau in
der
Provinz Bozen

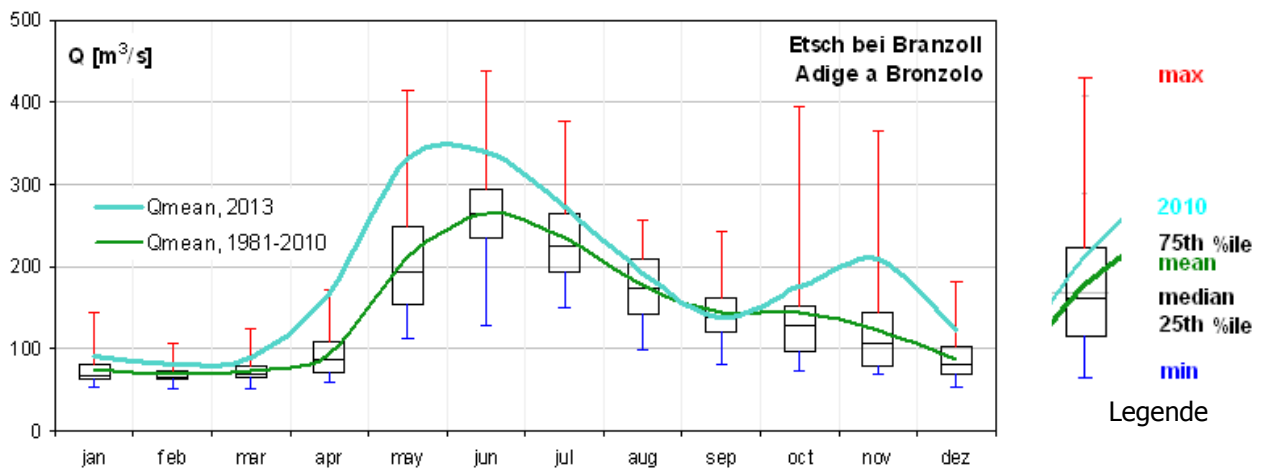
Untereinzugsgebiet Inn (21 km²)	Mittlerer monatlicher Abfluss [m³/s]												Q _{mittel} [m³/s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Aktueller Abfluss hydrologische Daten	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,4
Aktuelle Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,02	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Natürlicher Abfluss	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,4
Zukünftige Entnahmen													
Landwirtschaft m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,02	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
Andere Nutzungen m³/s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Bilanzwasserführung m³/s	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,4

Tab. 18
Darstellung der
Wasserbilanz für
das Untereinzugs-
gebiet des Inn in
der
Provinz Bozen

Art. 10

Verbesserung und Gleichgewicht der Wasserbilanz

1. Die Autonome Provinz Bozen sorgt - unter Einhaltung der Durchführungsbestimmungen des Statutes - für das hydrometeorologische Monitoring, die klimatologische Beobachtung, die Führung und Aktualisierung des Gletscherkatasters und um die Erfüllung aller an diese Tätigkeiten gebundenen Aufgaben. Sie sorgt außerdem für die Qualitätskontrolle, die Archivierung und Analyse der gesammelten Daten sowie für die Automatisierung der Systeme für die Datenerfassung und Datenauswertung, mit der Gewährleistung des Austausches mit den staatlichen, regionalen und inter-regionalen Institutionen - die Behörden der Einzugsgebiete nationaler Bedeutung eingeschlossen - gemäß den Kriterien der Optimierung, welche die Effizienz des Systems nicht beeinträchtigen und die Informationsquellen und -kanäle nicht in übertriebener Weise diversifizieren.
2. Für die Verbesserung der hydrologischen Kenntnisse auf Ebene der Einzugsgebiete des Planes, fördert die Autonome Provinz Bozen die Installation von hydrometrischen Messstationen mit Abflussmessungen in geeigneten Positionen in der Nähe ihrer Abschlusssektionen sowie auf eventuellen anderen Wasserläufen, bei denen die Überwachung für die Definition des Abflussregimes der einzelnen Untereinzugsgebiete nützlich ist.
3. Zum Zweck der Definition der Gesamtwasserbilanz für das jeweilige Wassereinzugsgebiet sichern sich die Organisationsstrukturen der Provinz und die zuständigen Behörden der Wassereinzugsgebiete gegenseitig die Verfügbarkeit, die Übermittlung und konstante Aktualisierung der Daten, die sich in ihrem Besitz befinden, zu.
4. Sobald aktuellere Daten vorliegen werden diese in die Wasserbilanzen der verschiedenen Einzugsgebiete integriert und in den Abbildungen der mittleren Abflussvariabilität sowie der Maximal- und Minimalabflüsse dargestellt, wie in den Abbildungen weiter oben angegeben.



Grafick der mittleren Abflussvariabilität sowie der Maximal-und Minimalabflüsse

Art. 11

Revision und Anpassung der Nutzungen

1. Auf Grundlage der Wasserbilanz und der Erhebungen oder des allgemeinen Kenntnisstandes zu den auf dem jeweiligen Gewässer bestehenden Nutzungen, kann die Autonome Provinz Bozen, wo nötig, zur Sicherstellung des Gleichgewichtes zwischen Ressourcen und Bedarf, die Revision dieser Nutzungen vorsehen und dabei Vorschriften bzw. zeitliche oder quantitative Beschränkungen ohne Entrichtung von Entschädigungen von Seiten der öffentlichen Verwaltung, abgesehen von der Verringerung der Konzessionsgebühr, anordnen.

2. Die Konzessionen und die Genehmigung zur Ableitung von öffentlichen Gewässern bzw. deren Erneuerung, werden unter Beachtung des Gleichgewichtes der Wasserbilanz und unter der Bedingung erteilt, dass die Erhaltung oder das Erreichen der im Gewässerschutzplan des Landes für den Wasserlauf definierten Qualitätsziele nicht beeinträchtigt und das vorgesehene Restwasser gewährleistet wird.

KAPITEL III

Nutzung der Gewässer

Art. 12

Prinzipien des Managements

1. Das Management der Wassernutzungen richtet sich in Südtirol nach folgenden Prinzipien:
 - integriertes Management der quali- und quantitativen Aspekte für einen wirksamen Schutz der Wasserressourcen unter Einhaltung der für die Gewässer vorgesehenen Qualitätsziele und ihrer spezifischen Bestimmung;
 - Rationalisierung der Nutzungen durch Vorantreiben der Politik zur Steigerung der Wassereinsparung und der Förderung von Projekten durch öffentliche Ressourcen zum Erreichen dieser Ziele;
 - Management aufgrund der Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit unter Berücksichtigung der effektiven Kosten der bereitgestellten Dienstleistungen, aber zugleich die

Gewährleistung von sozial vertretbaren Tarifen, insbesondere für die prioritären Nutzungen;

- Ausweisung von Gebieten mit verschiedener Empfindlichkeit für den Schutz der Wasserressourcen und der Festlegung ihrer Eignung für unterschiedliche Nutzungen;
- Schutz der ökologischen Besonderheiten der Wasserkörper und Erhaltung ihrer landschaftlichen Funktionen bzw. der Freizeitnutzung;
- zusätzliche Verbesserung der Datenqualität zu bestehenden Nutzungen als Stütze für Entscheidungen im Bereich der Bewirtschaftung;
- Durchführung einer Überwachung auf Ebene der Einzugs- und Untereinzugsgebiete für die Überprüfung des Gleichgewichtes der Wasserbilanz und der Nachhaltigkeit des Managements der Nutzungen.

Art. 13

Allgemeine Kriterien für die Ausstellung von Konzessionen

1. Bei der Ausstellung der Konzessionen wird aufgrund der Nutzungsart folgende Rangordnung der Prioritäten eingehalten.

- a. Die Nutzung für die öffentliche Trinkwasserversorgung muss immer gewährleistet sein. Die anderen Nutzungen sind nur zulässig, wenn die Wasserverfügbarkeit für diese prioritäre Nutzung ausreichend ist und die Trinkwasserqualität dadurch nicht beeinträchtigt wird;
- b. private Ableitungen für Trinkwasser und Löschwasser, dort wo ein Anschluss an das öffentliche Netz nicht möglich ist;
- c. landwirtschaftliche Bewässerung und Frostschtzberegnung;
- d. technische Beschneigung;
- e. Nutzungen für industrielle Prozesse und für Zyklen für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte;
- f. hydroelektrische Nutzung;
- g. Wärmetausch (Heizung und Kühlung);
- h. Fischzucht und Sportfischerei;

2. Zur Einhaltung der Prioritäten für die Nutzungen für Trinkwasser und für landwirtschaftliche Zwecke, wird mit Inkrafttreten des Planes für bestehende und für neue Konzessionen für hydroelektrische Ableitungen vorgesehen, dass diese in deren Einzugsgebieten oder in deren Ausleitungsstrecken, bei erwiesener Notwendigkeit und ohne Entschädigung zu Lasten der Begünstigten, Wassermengen für die Konzessionsausstellung für folgende Ableitungen zur Verfügung stellen:

- neue Ableitungen für Trinkwasser mit den in der Regelung für diese Nutzung festgelegten Einheitsmengen;
- neue Ableitungen für Bewässerungs- und Frostschtzzwecke mit den in der Regelung der für diese Nutzung festgelegten Einheitsmengen, im Jahreszeitraum der entsprechenden Nutzung, für eine durchschnittliche Wassermenge während des Konzessionszeitraumes von bis zu 0,5 l/s/km² des von der hydroelektrischen Ableitung betroffenen Wassereinzugsgebietes. In den ausgewiesenen Trockengebieten kann diese Menge auf 0,6 l/s/km² erhöht werden. Die kurzzeitig ableitbare, maximale Wassermenge kann diesen Mittelwert überschreiten.

Die Betreiber sind verpflichtet, diese Wassermengen für die prioritären Nutzungen des Trinkwassers und der Landwirtschaft, nicht nur durch Dotation an der Fassungsstelle, sondern, in Alternative dazu, auch an den jeweiligen Ableitungs- und Zuleitungsanlagen, den Speichern oder entlang des Triebwasserweges zu gewährleisten. Die Kosten für die eventuell durchzuführenden technischen Maßnahmen oder Anpassungen der Anlage sind von den Begünstigten zu tragen. Die Betreiber der hydroelektrischen Anlagen können von der Landesverwaltung eine proportionale Verringerung der Konzessionsgebühren für die Nutzung des Wassers beantragen.

Die Kriterien, auf Basis welcher die offenkundige Notwendigkeit für die Ausstellung einer neuen Konzession zu Beregnungs- oder Trinkwasserzwecken im Wassereinzugsgebiet oder in der Rest-

wasserstrecke einer hydroelektrischen Ableitung festgelegt wird, werden mit Beschluss der Landesregierung bestimmt.

Art. 14

Trinkwassernutzung

1. Die Konzessionen für die Trinkwassernutzung werden auf Grundlage der unten quantifizierten Einheitswerte des Bedarfs ausgestellt, welche auch die Entwicklung für die nächsten 30 Jahre berücksichtigen, ausgestellt:

- 300 Liter am Tag pro Einwohner und pro Bett in Tourismusstrukturen und Krankenhäusern;
- 100 Liter am Tag pro Großvieheinheit (GVE).

2. Bei der Ausweisung neuer Wohn-, Gewerbe-, und Industriegebiete und von Gebieten für touristische Infrastrukturen oder bei der Erweiterung dieser, muss im Voraus die Verfügbarkeit der notwendigen Wasserressourcen nachgewiesen werden. Die betreffende Versorgung muss in diesem Falle, grundsätzlich, mit dem nächstgelegenen öffentlichen Trinkwassernetz erfolgen.

3. Die Betreiber der Anlagen für die Trinkwasserversorgung sorgen auch für die Verteilung in der Zone ihrer Zuständigkeit. Sie sind zudem für die Versorgung mit Löschwasser zuständig. Diese Zuständigkeit kann nur in Ausnahmefällen an andere Verteiler übergeben werden. Die Betreiber gewährleisten grundsätzlich die Versorgung mit Hauswasser und mit Wasser für die industriellen Nutzungen, für die im Normalfall getrennte Versorgungssysteme eingerichtet sind.

4. Mit den öffentlichen Trinkwasserleitungen kann unter der Bedingung, dass es sich im Verhältnis zur Wasserverfügbarkeit und zur Speicherkapazität um geringe Wassermengen handelt, auch der Bedarf für andere Nutzungen, wie die Bewässerung von Sportanlagen und öffentlichen Grünflächen, die Versorgung von Handwerksbetrieben, von Eishallen, Eislaufplätzen, öffentlichen Schwimmbädern und auch für einzelne, zeitlich begrenzte Veranstaltungen, abgedeckt werden. Die Wassermengen, die für diese Nutzungen bestimmt sind, müssen mit Wasserzählern erhoben und in den Betriebsregistern getrennt gekennzeichnet werden.

5. Für eine rationelle Nutzung der verfügbaren Ressourcen, versucht jeder Betreiber, soweit es aus technischer und ökonomischer Sicht möglich ist, einen Austausch mit den Anlagen zur Trinkwasserversorgung der anliegenden Zonen zu gewährleisten.

6. Die Gemeinden haben in Gebieten mit Trinkwasserwasserknappheit die Möglichkeit, beim Bau neuer Gebäude oder bei der vollständigen Sanierung alter Wohngebäude die Errichtung von Anlagen zur Nutzung des Regenwassers bindend vorzuschreiben. In diesen Zonen können Verteilungsnetze für Hauswasser eingerichtet und an den Betreiber des Trinkwasserverteilungsnetzes übergeben werden.

7. Für die Fassung von Trinkwasser aus Quellen wird in der Regel kein Restwasser vorgeschrieben und die entsprechende Entnahme wird eventuell durch einen Durchflussregler begrenzt. Das Speichersystem für das gefasste Wasser muss so gestaltet werden, dass das Überwasser direkt an der Quelle zurückgegeben wird.

8. Die Ausnutzung des hydroelektrischen Potentials im Bereich der Versorgungsnetze für den menschlichen Verbrauch ist nur gestattet, wenn günstige technisch-ökonomische Bedingungen gegeben sind. Die für die Trinkwassernutzung konzessionierte Wassermenge darf jedoch nicht überschritten werden und der Betrieb der hydroelektrischen Anlage muss durch den Betreiber des Trinkwassernetzes erfolgen. Für diese zusätzliche Nutzung der Wasserressourcen wird eine eigene Konzession benötigt.

Art. 15**Landwirtschaftliche Nutzung**

1. Für die Bewässerung der landwirtschaftlichen Böden kann eine mittlere spezifische Wassermenge bewilligt werden, welche 0,5 l/s/ha nicht überschreitet. Die momentan abgeleiteten Wassermengen müssen durch Errichtung von Speichern und Turnuseinteilung so weit wie möglich reduziert werden; jedenfalls kann eine maximale Wassermenge über 12 l/s/ha nicht genehmigt werden. In den Zonen mit geringer Wasserverfügbarkeit werden diese Mengen verringert.
2. Die bestehenden Konzessionen für Bodenbewässerung mit einer mittleren spezifischen Wassermenge von 2 l/s/ha können nur erneuert werden, wenn der Umstieg auf Techniken, welche die Wasserersparnis ermöglichen, nicht möglich oder aus technischer und wirtschaftlicher Sicht vertretbar ist, oder dort, wo ökologische oder landschaftsästhetische Gründe ihre Beibehaltung befürworten. Für die Zukunft ist die Ausstellung von neuen Konzessionen für Bodenbewässerung mit einer spezifischen Wassermenge von 2 l/s/ha ausgeschlossen.
3. Für die Frostschutzberegnung wird eine maximale spezifische Wassermenge von 12 l/s/ha bewilligt.
4. Die Wassernutzung für Bewässerungszwecke ist ausschließlich auf landwirtschaftliche Böden beschränkt. Der Inhaber der Konzession für die Nutzung der Bewässerung muss mit dem Betreiber der Speicher-, Leitungs-, und Verteilereinrichtungen übereinstimmen.
5. In Zonen mit geringer Wasserverfügbarkeit können die Anlagen für die Bewässerung mittels Vereinbarung mit der betroffenen Gemeinde, die Versorgung mit Hauswasser auch in Gebieten gewährleisten, welche sich außerhalb des landwirtschaftlichen Grün befinden.
6. Im Umkreis von 100 Metern der Brunnen für die Bewässerung muss, sofern die Notwendigkeit nachgewiesen ist, ein Anschluss für andere Nutzer gewährleistet werden. Das gepumpte Wasser eines Brunnens sollte mindestens eine Fläche von 3 Hektar bewässern. Für das Pumpen des Wassers sollte das Verteilernetz für die elektrische Energie benutzt werden, vorausgesetzt, dass dies aus technischer und wirtschaftlicher Sicht möglich und vertretbar ist.
7. Im Falle der Ausstellung von Konzessionen für neue Ableitungen oder für die Erneuerung bestehender besteht die Möglichkeit, die Anwendung von Beregnungssystemen, welche die Wassereinsparung ermöglichen, den Bau von Speicherbecken, die Begrenzung der Wassernutzung im Laufe des Tages, sowie die Verpflichtung einer turnusweisen Nutzung, vorzuschreiben. Die eventuellen Turnusse müssen das Verhältnis zwischen den bewässerten Flächen berücksichtigen. Die bestehenden Turnusse müssen an dieses Verhältnis innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Planes angepasst werden.
8. Im Falle mehrerer Gesuche für Wasserableitungen für landwirtschaftliche Nutzungen, wird jenen mit gemeinsamen Anlagen für mehrere Nutzer der Vorzug gegeben. Ein weiteres Vorzugskriterium betrifft die Nutzung von Speicherbecken und den Einsatz von Techniken zur Wassereinsparung.

Art. 16**Hydroelektrische Nutzung**

1. Zum Zwecke der umwelttechnisch nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen, wird prinzipiell entschieden, in den nächsten Jahren den Bau von neuen hydroelektrischen Anlagen einzuschränken, indem folgende Fließgewässer von der hydroelektrischen Nutzung ausgeschlossen werden.
 - a) Die Fließgewässer mit Wassereinzugsgebiet an der Fassungsstelle von geringer Ausdehnung, d.h. kleiner als 6 km². Die kleinen Fließgewässer besitzen empfindliche ökologische Gleichgewichte und können durch Ableitungen eines beträchtlichen Teiles des Abflusses über den gesamten Jahreszeitraum in wesentlicher Weise gefährdet werden. Diesbezüglich

muss auch, die im Verhältnis zu den beträchtlichen ökologischen Auswirkungen, geringe Bedeutung der hydroelektrischen Produktion der kleinen Anlagen für die Allgemeinheit, berücksichtigt werden.

- b) Die Abschnitte der Fließgewässer mit geringem Gefälle, welche die großen Talböden durchfließen, insbesondere jene, die dem menschlichen Einfluss, vor allem durch das Vorhandensein von Siedlungen und intensiver Landwirtschaft, unterworfen sind:
- die Etsch unterhalb der Einmündung der Passer;
 - der Eisack zwischen der Einmündung des Pfitscherbaches und der Einmündung des Maulserbaches für die hydroelektrische Nutzung für Groß- und Kleinableitungen;
 - der Eisack zwischen der Einmündung des Maulserbaches und dem Stausee von Franzensfeste für die hydroelektrische Nutzung für Großableitungen;
- und die Abschnitte der Gewässer mit hoher naturalistischer Bedeutung, deren ökologische Bereiche von hohem Wert bewahrt werden sollen:
- die Ahr unterhalb der Einmündung des Reinbaches;
 - die Passer unterhalb der Einmündung des Waltnerbaches.
- c) Die Fließgewässer, für die das definierte Umweltziel nicht erreicht wurde oder für jene, wo die Verwirklichung einer Ableitung die Erhaltung dieser Qualitätsziele gefährden kann. Diesbezüglich müssen insbesondere die Gewässerabschnitte berücksichtigt werden, welche das Wasser der großen Kläranlagen aufnehmen, da die Verringerung des Abflusses, der benetzten Fläche, der Geschwindigkeit der Strömung und der mittleren Wassertiefen – alles Elemente die bei der eventuellen Verwirklichung einer Ableitung entstehen – eine Verschlechterung des vom Gewässerschutzplan definierten Umweltzustandes und eine unzureichende Selbstreinigungskapazität oder Verdünnung der Restverschmutzung zur Folge haben würden.
- d) Die Abschnitte der Fließgewässer mit Funktion der Speisung des Grundwassers, welches aufgrund seiner Qualität und Quantität für die Trinkwasserversorgung geeignet ist. In diesem Zusammenhang müssen auch die Endabschnitte der kleinen Zuflüsse berücksichtigt werden, welche auch eine äußerst wichtige Funktion für die Fortpflanzung des Fischbestandes ausüben.
- e) Die Zubringer von den Hauptgewässern der Talsohle (Etsch, Eisack, Rienz, Ahr, Gader, Talfer, Passer, Falschauer, Grödnerbach und Drau), wenn sie über eine Beileitung gemeinsam mit dem Hauptgewässer abgeleitet werden.

2. In teilweiser Abweichung der gemäß Punkt 1 angeführten Ausschlussprinzipien können dennoch Konzessionen für neue hydroelektrische Anlagen, nach vorheriger Überprüfung der Vereinbarkeit mit den Bedürfnissen des Umweltschutzes, auch in den folgenden Fällen ausgestellt werden:

- für die hydroelektrische Versorgung von Schutzhütten oder Almen;
- für Wohnstrukturen, für die ein Anschluss an das öffentliche Stromnetz aus technischer und wirtschaftlicher Sicht nicht vertretbar ist;
- im Falle der Erneuerung von Anlagen, bei denen mit dem Einsatz von fortschrittlichen Technologien und geringer Erhöhung des genutzten Gefälles eine Verbesserung der bestehenden Kraftwerke erreicht wird;
- im Falle von Anlagen, welche zwei oder mehrere bestehende Ableitungen vereinen und ersetzen und dabei den Umweltzustand verbessern und Anlagen, welche die negativen Auswirkungen des Schwallbetriebes verringern oder beseitigen;
- im Falle von neuen hydroelektrischen Anlagen in Wassereinzugsgebieten, die kleiner als 6 km² sind und durch die Nutzung eines beträchtlichen Gefälles, eine Nennleistung von mehr als 220 kW erreichen;
- im Falle von neuen hydroelektrischen Anlagen, mit denen Wasser abgeleitet und mit Hilfe von Pumpen in einen oder mehrere auf höheren Koten gelegene Speicher gepumpt, dort gespeichert und dann in den Perioden mit höherem Bedarf für die Produktion von elektrischer Energie abgearbeitet wird;

- Die hydroelektrische Nutzung durch neu errichtete Anlagen darf keine Umleitung von Wasser zwischen den in Kapitel 2 des ersten Teiles des Planes ermittelten Untereinzugsgebieten mit sich bringen. Die Verwirklichung von weiteren Ableitungen auf einem Abschnitt, welcher bereits für hydroelektrische Zwecke genutzt wird (Restwasserstrecke) ist nicht gestattet.

Im Bereich der Genehmigungen zur Verwirklichung neuer hydroelektrischer Anlagen sind die Gesuche für Anlagen zu bevorzugen, welche zwei oder mehrere bereits bestehende Ableitungen vereinen, den Umweltzustand verbessern und die negativen Auswirkungen des Schwallbetriebes beseitigen oder verringern.

Art. 17

Nutzung für industrielle Zwecke

1. Für die Nutzungen für industrielle Zwecke erfolgt die Bestimmung der konzessionierten Wassermenge anhand der spezifischen Bedürfnisse des Prozesses oder der Kühlung, unter Berücksichtigung der aktuellen technologischen Standards, welche die höchstmögliche Verringerung des Verbrauchs gestatten. Dort wo es möglich ist, muss auf hochwertiges Wasser verzichtet werden.
2. Prinzipiell muss ein geschlossener Kreislauf verwendet werden. Eine Ausnahme zu diesem Prinzip kann nur gewährt werden, wenn der Umstieg auf den geschlossenen Kreislauf aus technisch-ökonomischer Sicht nicht möglich oder vertretbar ist.
3. Die Wärmeaustauschprozesse müssen vorzugsweise unter Verwendung geothermischer Sonden für den geschlossenen Kreislauf erfolgen. Nur in Ausnahmefällen werden Wasserentnahmen zu diesem Zwecke genehmigt; diese Entnahmen müssen in jedem Fall mittels Wasserzähler aufgezeichnet werden.

Art. 18

Nutzung für technische Beschneigung

1. Für die technische Beschneigung kann eine mittlere Einheitswassermenge von nicht mehr als 0,4 l/s pro Hektar Piste genehmigt werden. Sämtliche Entnahmen müssen mit einem eigens dafür vorgesehenen Zähler aufgezeichnet werden.
2. Die neuen Gesuche für Ableitungen für technische Beschneigung müssen das gesamte betroffene Schigebiet berücksichtigen und in diesem die rationalste Quelle zur Gewährleistung der notwendigen Wasserverfügbarkeit ausfindig machen.
3. Für die Produktion von technisch erzeugtem Schnee kann nur Wasser, für welches die chemische und mikrobiologische Eignung bestätigt wird, genutzt werden.
4. Es muss die Möglichkeit des Anschlusses an bereits bestehende Ableitungsanlagen überprüft und das Wasser muss prinzipiell aus dem größten Gewässer des betroffenen Wassereinzugsgebietes entnommen werden; es müssen diesbezüglich auch die Energiekosten für den Transport des Wassers berücksichtigt werden.
5. Für die Speicherung des entnommenen Wassers ist in der Regel und dort, wo es die Geländestruktur erlaubt, die Errichtung und Verwendung von Speicherbecken mit einem Fassungsvermögen von etwa 700 m³ Wasser pro Hektar beschneite Piste vorgesehen. Eine Ausnahme kann für relativ bescheidene Wasserentnahmen aus großen Wasserläufen gewährt werden.

Art. 19**Nutzung für Fischzucht**

1. Die Wassermenge, welche für diese Nutzungsart konzessioniert wird, berücksichtigt den gehaltenen Fischbestand und den artspezifischen Bedarf. Auf jedem Fall, darf die maximal genutzte Wassermenge nicht höher sein als jene, welche für die Durchführung eines 15maligen täglichen Wasseraustausches des in den Zuchtbecken vorhandenen Wasservolumens benötigt wird.

Art. 20**Nutzung für andere Zwecke**

1. Die Festlegung der konzessionierbaren Wassermenge für andere, als die oben angeführten Zwecke, muss unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse mit Bevorzugung der Nutzung von wenig wertvollem Wasser und technischer Lösungen erfolgen, die eine höchstmögliche Einschränkung des Verbrauchs ermöglichen.

Art. 21**Nutzung von Wasser aus Seen und Seeuferstreifen**

1. Die Ausstellung von Konzessionen für Wasserableitungen aus Seen, ihren Zuflüssen oder aus dem Grundwasser, welches in direktem Kontakt mit den Seen steht, ist nur gestattet, wenn die Entnahmen kein Absinken des Wasserspiegels bewirken, sodass die Qualität des Sees und der von ihm gespeisten Ökosysteme nicht negativ beeinflusst wird. Es kann ein Wasserpegel festgelegt werden, unterhalb dessen jegliche Ableitung verboten ist.

Art. 22**Nutzung von Grundwasser und Quellen**

1. Die Nutzung des Grundwassers hat in einer Weise zu erfolgen, dass das hydrodynamische Gleichgewicht und der Zustand der Umweltqualität des Wassers nicht beeinträchtigt werden. Jene Grundwasserkörper und Quellen, die qualitative Eigenschaften aufweisen, aufgrund derer sie für die Trinkwassernutzung geeignet sind, müssen im Prinzip ausschließlich dieser Nutzung vorbehalten werden. Die anderen Nutzungen sind nur unter der Bedingung gestattet, dass sie die Trinkwasserversorgung aus qualitativer und quantitativer Sicht - auch für die Zukunft - nicht beeinträchtigen.

2. Für die Ausstellung der Konzession kann die Ausarbeitung eines spezifischen hydrogeologischen Berichtes verlangt werden.

3. Die Erzeugung elektrischer Energie aus Grundwasser und Quellen ist nur gestattet, sofern sie gemeinsam mit den anderen bestehenden Nutzungen und mit den dafür bereits genehmigten Wassermengen erfolgt.

Art. 23**Technischer Zustand und Führung der Anlagen**

1. Alle Anlagen für die Ableitung, einschließlich der Speicher-, Transport-, und Verteilungsanlagen, müssen unter Nutzung der besten verfügbaren Techniken gebaut und geführt werden zum Zweck der Einschränkung der Verluste und der bestmöglichen Verringerung des Verbrauchs.

2. Die Erneuerung der Konzessionen für die Wassernutzungen oder die Erweiterung der bestehenden Ableitungen kann nur bei Vorweisung einer geeigneten technischen Dokumentation genehmigt

werden, welche beweist, dass die Verluste begrenzt sind, oder Werte haben, die jedenfalls für die betreffende Ableitung von der zuständigen Landesabteilung als zulässig erachtet werden.

3. Es wird eine Rationalisierung der Nutzungen, mit Bevorzugung der Entstehung neuer konsortialer Formen oder die Neuordnung bestehender konsortialer Nutzungen, gefördert. Es wird insbesondere die Verbesserung der Effizienz der Transportnetze und der Bewässerungsmethoden für die Ableitungen aus Oberflächengewässern und aus unterirdischen Wasservorkommen verlangt.

4. In den Gebieten mit der Notwendigkeit, die Wasserversorgung für die unterschiedlichen Nutzungen zu verbessern, wird die Errichtung von Wasserspeichern gefördert, welche gemeinschaftliche Nutzungen garantieren und zugleich die Versorgung für Brand- und Zivilschutzzwecke darstellen.

Art. 24

Daten über die Wasserverfügbarkeit für die Konzessionsausstellung

1. Jedes vorgelegte Projekt für die Konzessionsausstellungen von Wassernutzungen muss verlässliche Angaben über die mittlere monatliche Wasserverführung oder jedenfalls über die Wasserverfügbarkeit in den von der entsprechenden Nutzung betroffenen Wasserkörpern enthalten. Die zuständige Behörde kann die Durchführung von spezifischen Abflussmessungen in einem festgelegten Zeitrahmen anfordern, um über verlässliche Daten zu verfügen.

Art. 25

Aufzeichnung der Nutzungen

1. Die Wasserentnahmen für industrielle Zwecke, für die technische Beschneidung und die hydroelektrische Nutzung sowie für die Versorgung mit Trinkwasser aus den öffentlichen Wasserleitungen müssen mittels geeigneter Zähler aufgezeichnet werden; es muss außerdem ein Betriebsregister geführt werden. Die entsprechende Dokumentation muss für 5 Jahre vom Konzessionsinhaber aufbewahrt und im Falle von Kontrollen durch die zuständige Behörde dieser vorgezeigt werden.

2. Zur Quantifizierung des jährlichen Wasserverbrauchs für die Nutzung für Bewässerung, bedient sich die Landesverwaltung eines geeigneten Kontrollnetzes, welches aus repräsentativ über die landesweit bewässerte Fläche verteilten Zählern besteht.

3. Für besonders komplexe Ableitungsanlagen, welche in sensiblen Ökosystemen liegen, und für hydroelektrische Anlagen kann die Installation von telematischen Vorrichtungen für die Übermittlung der wichtigsten, die Ableitung betreffenden Daten an das für die Ausstellung der Konzessionen zuständige Amt verlangt werden.

Art. 26

Anwendung der Bestimmungen

1. Für die bestehenden Konzessionen, treten die im Plan enthaltenen Normen, sofern im vorliegenden Plan nicht anders spezifiziert, nach Verfall der betreffenden Konzession in Kraft und werden mit dem entsprechenden Erneuerungsakt vorgeschrieben.

2. Die Erneuerung der Konzessionen für bestehende Nutzungen kann verweigert werden, wenn diese in Widerspruch zum „guten Wasserhaushalt“ stehen. Diesbezüglich können keine Konzessionen für Ableitungen erlassen werden, die eine Verschwendung von Wasserressourcen mit sich bringen oder wenn die Nutzung nicht mit dem Erreichen des Qualitätszieles, des von der Ableitung betroffenen Gewässers, vereinbar ist.

3. Die Einführung von neuen Mindestrestwasserwerten bringt außer der proportionalen Verringerung der Konzessionsgebühr für die Wassernutzung, keine Verpflichtung der Entschädigung zu Lasten der öffentlichen Verwaltung mit sich.

4. Die vom vorliegenden Plan vorgesehenen Kriterien für die Ausstellung von Konzessionen kommen auch für jene Konzessionsanfragen zur Anwendung, welche nach dem 23.07.2007 eingereicht wurden, und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Planes das wasserrechtliche Untersuchungsverfahren noch nicht eingeleitet worden ist

Art. 27

Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen

1. Neue Wasserableitungen mit Entnahmen ab durchschnittlich 100 l/s müssen entsprechende Milderungs- und Ausgleichsmaßnahmen vorsehen, sofern durch ihre Inbetriebnahme eine wesentliche Beeinträchtigung des aquatischen Lebensraumes zu erwarten ist.

KAPITEL IV

Gefahrenzonen und hydrogeologische Risikozonen

Art. 28

Gefahrenzonenpläne der Gemeinden

1. Die Gemeindebauleitpläne sind, im Sinne vom Art. 22/bis des L.G. 13/1997 mit einem Gefahrenzonenplan ergänzt. Die Gefahrenzonenpläne der Gemeinden beinhalten die Erkennung, Abgrenzung und Klassifizierung der Gefahrenzonen und der Gebiete mit spezifischem Risiko.

2. Die Autonome Provinz Bozen hat, durch Beschluss der Landesregierung Nr. 2741 vom 28. Juli 2008, die Richtlinien für die Erstellung der Gefahrenzonenpläne der Gemeinden und für die Klassifizierung des spezifischen Risikos, genehmigt.

3. Die Gesamtheit der zu den bereits genehmigten Gefahrenzonenplänen gehörenden kartografischen Unterlagen fließt in den Hydrogeologischen Risikoplan ein im Sinne vom Art. 3, Absatz 2.

Art. 29

Erlaubte Maßnahmen auf den Gefahren- und Risikozonenflächen

1. Mit Durchführungsverordnung zu Art. 22/bis des L.G. 13/1997, genehmigt mit Dekret Nr. 42 des Landeshauptmannes vom 5. August 2008, werden die Bestimmungen hinsichtlich der zulässigen Vorhaben und der Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren oder Schäden durch Naturereignisse festgelegt, differenziert nach Grad und Art der festgestellten Gefahr.

2. Eventuelle Änderungen oder Ergänzungen zur Durchführungsverordnung zum Art. 22/bis des L.G. 13/1997 werden im Sinne der Verfahren gemäß Art. 4 angeführt.

KAPITEL V

Verbauung der Wasserläufe und der Hänge

Art. 30

Zielsetzung

1. Die Verbauungs- und Instandhaltungsaktivitäten an den Wasserläufen und Hängen sind ausgerichtet auf die Vorbeugung der Auswirkungen von Naturereignissen und Überschwemmungen. Sie beinhalten sämtliche Maßnahmen, extensive wie intensive, die der Festigkeit und dem Schutz des Bodens, der Verbesserung der Schutzwirkung des Waldes und der Weiden, sowie der Gestaltung der Gerinne und ihrer Uferbereiche dienen.
2. Die Gestaltung der Gerinne muss geeignete Abfluss-, Laminations- und Ablagerungsbedingungen für die flüssigen und festen Bestandteile von Hochwässern und zugleich ökologische und landschaftliche Ansprüche berücksichtigen.
3. Bei der Errichtung von Wasserschutzbauten in den Wasserläufen muss ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass die Überschwemmungsgefahr in den talabwärts gelegenen Teilen des Einzugsgebietes nicht gesteigert wird; es muss außerdem das gesamte Rückhaltevermögen des Einzugsgebietes erhalten, oder dort wo möglich, erhöht werden.
4. Die Errichtung von Schutzbauten gegen hydrogeologische Gefahren wird unter Wahrung der Inhalte des folgenden Artikels 43, Absatz 4, auf der Grundlage von Dreijahres- und Jahresprogrammen durchgeführt, die auf Anfrage den betroffenen Einzugsgebietsbehörden übermittelt werden.

Art. 31

Projektierung der hydraulisch-forstlichen Verbauungswerke

1. Die Dimensionierung von Wasserschutzbauten, Brücken oder anderen Überquerungen von Wasserläufen erfolgt bezüglich eines Bemessungsabflusses, der durch die statistische Eintrittswahrscheinlichkeit definiert ist, d.h. auf der Grundlage der Wiederkehrdauer oder jener Zeitspanne, die im Mittel zwischen zwei Ereignissen einer bestimmten Intensität verstreicht.
2. Die Wiederkehrzeit wird aufgrund des Ereignistyps, der sich im Wasserlauf ereignen kann, sowie aufgrund der umliegenden Raumnutzung und des Typs und der Funktion der Bauwerke, festgelegt. Sie bewegt sich für die Wasserschutzbauten in einem Zeitraum zwischen 30 und 200 oder mehr Jahren und für Brücken und anderen Überquerungen zwischen 100 und 200 oder mehr Jahren. Von dieser Bestimmung kann in Bezug auf Querungen in Leichtbauweise, sofern sie keine Hindernisse für den regulären Abfluss des Hochwassers bilden, abgewichen werden.
3. Die Berechnung der flüssigen und festen Bemessungsabflüsse wird in Funktion der Größe und der Eigenschaften des Einzugsgebietes und des Ereignistyps durchgeführt, wobei Methoden angewendet werden, die sich auf geomorphologische Kriterien stützen, welche auf die räumlichen und zeitlichen Änderungen der Niederschläge reagieren. Bis solche, genügend zuverlässige Studien vorliegen ist jedenfalls die Verwendung von statistischen Methoden zulässig.

Art. 32

Regelung der Wasserstände in Speichern und Betrieb der Pumpenanlagen bei besonderen Situationen

1. Unter Einhaltung der Bestimmungen für das Restwasser, kann die Autonome Provinz Bozen gegenüber den Inhabern von Ableitungs- und Nutzungsrechten jeglicher Art aus öffentlichen Gewässern Maßnahmen erlassen bzw. vorschreiben, welche auf die dauerhafte, zeitlich beschränkte oder

periodische Regulierung der Wasserstände der Speicherbecken und des Abflusses der Wasserläufe ausgerichtet sind. Die eventuellen Vorgänge zur Öffnung der Ablassorgane müssen, wenn technisch möglich, vor der vollständigen Füllung des Speichers beginnen, um plötzliche Flutwellen talseitig der Stauanlagen zu vermeiden.

2. Für die Regulierung der Abflüsse kann die Autonome Provinz Bozen die Betätigung der Schleusen der Staudämme anordnen, falls dies die Hochwasserereignisse erfordern. Außerdem kann sie zur Reduzierung des Wasserstandes der Etsch die Betätigung der Pumpstationen der Bonifizierungskonsortien steuern. Im Falle von Eingriffen bei den Speicherbecken, welche bedeutende Veränderungen des Wasserstandes auf außerhalb des Provinzgebietes liegende Flussabschnitte hervorrufen können, benachrichtigt die Autonome Provinz Bozen rechtzeitig die Autonome Provinz Trient, die Region Venetien und die Behörde des Wassereinzugsgebietes der Etsch über die vorgesehenen oder die stattfindenden Maßnahmen.

3. Die Autonome Provinz Bozen kann, nach Anhörung der betroffenen Konzessionäre, die Anwendung von Maßnahmen und Vorschriften für die dauerhafte, zeitlich beschränkte oder periodische Regulierung der Wasserstände der Speicherbecken verfügen, auch aus begründeten Überlegungen zum Schutz und Wiederherstellung der Umwelt oder der Landschaft.

Art. 33

Entnahme von Material aus den Flussbetten

1. Die Entnahme von Material aus den Flussbetten und Ablagerungsbecken ist ausschließlich zum Zweck der Sicherheit und der hydraulischen Instandhaltung gestattet und wird von der zuständigen Landesbehörde direkt, oder aufgrund deren Ermächtigung von Dritten, durchgeführt.

Art. 34

Behandlung der Ufervegetation

1. Die Maßnahmen zur Behandlung der Ufervegetation im Flussbett müssen die Sicherung eines ausgeglichenen Verhältnisses zwischen hydraulischer und ökologischer Funktionsfähigkeit der Gewässer anstreben. Es werden spezifische Formen der Behandlung der Baumvegetation im Flussbett verwirklicht, unter Berücksichtigung der Natur und der Ausdehnung der gewöhnlichen und der Hochwasserabflüsse.

Art. 35

Schutz des öffentlichen Wassergutes

1. Für die Flächen des öffentlichen Wassergutes, welche auch nur gelegentlich vom Abfluss der Wasserläufe betroffen sind, können Nutzungskonzessionen ausschließlich für Kulturen und Tätigkeiten erlassen werden, welche keine Hindernisse jeglicher Art im Flussbett verursachen, mit Ausnahme von besonderen Maßnahmen, welche die Behörde mit spezifischen Begründungen ermächtigen kann.

2. Ab dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Planes fördert die Autonome Provinz Bozen im Zuge der Erneuerung bestehender Konzessionen die stufenweise Einstellung der Tätigkeiten, welche die hydraulische Sicherheit beeinträchtigen könnten.

Art. 36

Entsorgung des Regenwassers

1. Um dem schnellen Abfluss des Regenwassers in das Gewässernetz entgegen zu wirken, wird ei-

ne angemessene Versickerung des Wassers in den Boden begünstigt, wenn möglich auf direktem Weg oder über eigens vorbereitete Versickerungsflächen. Darüber hinaus muss, wenn möglich, die Versiegelung der Böden vermieden und der Einsatz von Bodenbelägen mit sehr hoher Entwässerungskapazität bevorzugt werden.

KAPITEL VI

Maßnahmen des Umweltschutzes

Art. 37

Mindestrestwassermenge

1. Unter der Mindestrestwassermenge versteht man den Abfluss, der im Flussbett des von einer Verringerung der natürlichen Wasserführung in Folge von Wasserentnahmen betroffenen Gewässers verbleiben muss. Die Restwassermenge muss ausreichend sein, um die ökologische Funktionsfähigkeit des Gewässerlebensraumes und seiner Besonderheiten zu gewährleisten und muss folgendes bewahren:

- die physikalischen Eigenschaften des Gewässers, das bedeutet die natürlichen morphologischen und hydrologischen Entwicklungstendenzen;
- die chemischen und physikalischen Eigenschaften, d.h. den Qualitätszustand der Gewässer
- die typischen unter natürlichen Bedingungen vorkommenden Lebensgemeinschaften.

Art. 38

Mindestrestwassermenge für neue Ableitungen

1. Alle Wasserableitungen aus Oberflächengewässern sind zur Abgabe einer Mindestrestwassermenge von 2 l/s pro km² Wassereinzugsgebiet verpflichtet. Diese Mindestmenge muss dort erhöht werden wo es nötig ist, das Gleichgewicht der betroffenen Ökosysteme zu gewährleisten, die typischen Lebensgemeinschaften und die ökologische Funktionsfähigkeit des Gewässerlebensraumes zu erhalten und somit das Erreichen und Erhalten der Qualitätsziele zu sichern.

2. Die Festlegung des Restwassers für neue Ableitungen erfolgt unter Berücksichtigung der Mindestrestwassermenge von 2 l/s/km², auf Grundlage der Kriterien des Landesgesetzes, welches die Beurteilung der Umweltauswirkung von Plänen und Projekten regelt.

3. Die Ausarbeitung einer limnologischen Studie als technische Unterstützung zur Bestimmung der Mindestrestwassermenge ist für Ableitungen ab durchschnittlich 100 l/s vorgeschrieben. Sie geht in jedem Falle zu Lasten des Antragstellers der Konzession. Bei Wasserläufen mit hohem naturalistischen Wert oder mit besonders empfindlichem, ökologischen Zustand, kann sie außerdem für Ableitungen von geringeren Wassermengen vorgeschrieben werden.

4. Die Ableitungen aus Quellen für die Trinkwasserversorgung, für Mineral- und Thermalwasser können von der Abgabe einer Restwassermenge befreit werden.

5. Das Restwasser, in den von hydroelektrischen Ableitungen betroffenen Gewässerstrecken, setzt sich im Allgemeinen wie folgt zusammen:

- ein fixer, auf die Fläche des Einzugsgebietes betreffend die Ableitung bezogener Wert (l/s/km²). Dieser fixe Anteil der Restwassermenge wird folglich in Funktion der Ausdehnung des betreffenden Wassereinzugsgebietes festgelegt. Dieser Anteil wird als einheitlicher Wert pro km² des betreffenden Wassereinzugsgebietes ausgedrückt und erhöht sich progressiv bei abnehmender Ausdehnung des Wassereinzugsgebietes.

- eine hydrologische Variable, d.h. eine variable Quote in Prozent des natürlichen Abflusses, damit das Restwasser ähnliche Dynamiken aufweist wie der natürliche Abfluss. Der variable Anteil des Restwassers muss, zusätzlich zum fixen Anteil, für das gesamte Jahr oder nur für einen Teil dieses, auf Grundlage der limnologischen Eigenschaften des Gewässers abgegeben werden. In besonderen Situationen, in denen Schwierigkeiten technischer Natur auftreten, kann dieser variable Anteil in einen fixen umgewandelt werden, dessen Ausmaß über das Jahr aufgeteilt ist, damit in guter Annäherung, die natürliche Dynamik des Gewässers wiedergegeben wird.

Die in Tabelle 19 angeführten Richtwerte sind Mindestwerte, welche für günstige Umweltbedingungen vorzusehen sind. Für Wassereinzugsgebiete mit Ausdehnungen, welche zwischen jenen der in der Tabelle angeführten liegen, wird der fixe und der variable Anteil mittels linearer Interpolation berechnet.

Ausdehnung Wassereinzugsgebiet (km ²)	fixer Mindestanteil (l/s*km ²)	Variabler Mindestanteil (% des natürlichen Abflusses)
≥ 1500	2,0	3%
1000	2,0	5%
500	2,3	7%
200	2,7	10%
50	3,0	15%
10	3,5	20%
≤ 5	4,0	25%

Tab. 19 Richtwerte für die Mindestrestwassermengen für Ableitungen zur hydroelektrischen Nutzung

6. Die Ableitungen für Bewässerungszwecke sind zur Abgabe einer Restwassermenge von 2 l/s pro km² des entsprechenden Wassereinzugsgebietes verpflichtet, mit Ausnahme der offensichtlichen Notwendigkeit einer Erhöhung dieser Menge zum Erreichen der Qualitätsziele des betroffenen Gewässers.

7. Für die anderen Nutzungsarten mit Ableitungen aus Fließgewässern wird die Restwassermenge festgelegt, indem die in Tabelle 20 angeführten Mindestwerte als Orientierungswerte zur Anwendung kommen. Für Wassereinzugsgebiete deren Ausdehnung zwischen denen der Tabelle liegt, wird der Wert mittels linearer Interpolation errechnet. Im Falle von Gewässern mit besonderem ökologischen Wert kann dem fixen Anteil ein variabler, bis zu 30% des natürlichen Abflusses entsprechender Anteil hinzugefügt werden.

Wassereinzugs- gebiet (km ²)	Restwasser - fixer Anteil l/s/km ²
≥ 10	2
5	3
≤ 1	4

*Tab. 20
Richtwerte für die Mindestrestwassermengen
für andere Nutzungsarten*

8. Im Falle von Ableitungsanlagen mit mehreren Entnahmestellen, kann die Abgabe des gesamten Restwassers nur auf einer Fassungsstelle, oder auf einigen davon, vorgesehen werden. In diesem Falle wird für die Festlegung der Restwassermenge die Summe der zu den einzelnen Wasserfassungen gehörenden Wassereinzugsgebiete herangezogen.

Art. 39

Mindestrestwassermenge für bestehende Ableitungen

1. Bereits bestehende Ableitungen von Oberflächengewässern sind zur Abgabe einer Mindestrestwassermenge von zumindest 2 l/s/km² des zugehörigen Wassereinzugsgebietes verpflichtet. Diese Menge muss dort erhöht werden, wo es für die Sicherstellung der Gleichgewichte der betroffenen Ökosysteme, zur Erhaltung der typischen Biozönosen und für die ökologische Funktionsfähigkeit

des Wasserlebensraumes notwendig ist. Dadurch wird das Erreichen oder die Erhaltung jder Qualitätskriterien sichergestellt.

2. Die Ableitungen aus Quellen für die Trinkwasserversorgung, für Mineral- und Thermalwasser können von der Abgabe einer Restwassermenge befreit werden.

3. Die Festlegung der Restwassermengen bei der Erneuerung von Konzessionen für die hydroelektrische Nutzung orientiert sich an den in der Tabelle 19 angeführten Richtwerten und wendet die Prozeduren und Vorschriften des Landesgesetzes 2/2015 und der entsprechenden Leitlinien an. Bei der Erneuerung von Konzessionen für die hydroelektrische Nutzung von Kraftwerken mit einer Nennleistung von mehr als 3000 kW führt die Landesverwaltung präventiv geeignete Studien durch, um die Mindestrestwassermenge definieren zu können, welche ausreicht um die Qualitätsziele zu erreichen bzw. zu erhalten. Dabei kann die vorgeschlagene Mindestrestwassermenge auch geringer als die in Tabelle 19 angegebenen Werte sein, diese kann aber erst dann als definitiv bestätigt werden, wenn das Monitoring innerhalb der ersten beiden Jahren nach Erneuerung der Konzession das Erreichen bzw. die Erhaltung des guten ökologische Zustandes bestätigt; im gegenteiligen Fall muss die Restwasservorschrift angehoben werden.

4. Im Falle von Ableitungsanlagen mit mehreren Entnahmestellen, kann die Abgabe des gesamten Restwassers nur auf einer Fassungsstelle, oder auf einigen davon, vorgesehen werden. In diesem Falle wird für die Festlegung der Restwassermenge die Summe der zu den einzelnen Wasserfassungen gehörenden Wassereinzugsgebiete herangezogen.

Art. 40

Regelung des Restwassers in besonderen Situationen

1. Der Landeshauptmann kann vorübergehend die Festlegung von höheren Restwassermengen, als den in der Konzession vorgesehenen, anordnen, wenn dies für die Verbesserung oder Sanierung von Situationen besonderer Verschmutzung oder hydraulischer Degradierung, sowie anderer begründeter Bedürfnisse im Bereich der Umwelt oder der Wasserversorgung für landwirtschaftliche Zwecke notwendig ist. In diesen Fällen hat der Konzessionär keinen Anspruch auf Entschädigung.

2. Im Gewässerschutzplan können Zonen festgelegt werden, welche durch Trockenheit bzw. wiederholte Engpässe in der Wasserversorgung gekennzeichnet sind. In diesen Zonen kann für die landwirtschaftliche Nutzung eine Abweichung von der Mindestrestwassermenge von 2 l/s/km² vorgesehen und ein geringerer Abflusswert festgelegt werden. Für diese Zonen muss jedoch innerhalb von mit Beschluss der Landesregierung bestimmten Fristen, von den Konzessionären in Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesämtern ein spezifischer Plan ausgearbeitet werden, um eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten und den guten Umweltzustand zu erreichen. Dieser Plan muss unter Berücksichtigung von Strategien zur Wassereinsparung, der Nutzung alternativer Möglichkeiten der Wasserversorgung und des Einsatzes von Speicherbecken ausgearbeitet und durchgeführt werden. Bis zur Genehmigung dieser Pläne, ersetzt für die Wasserableitungen für landwirtschaftliche Zwecke, welche auf Basis von Nutzungsanerkennungen ausgeführt werden, die Definition der maximalen ableitbaren Wassermenge die Mindestrestwassermenge.

3. Im Sinne von Art. 12 des L.G. 7/2005, kann zur Bewältigung von Situationen von Wassermangel in extremen Trockenperioden, welche vom Landeshauptmann als solche ausgerufen werden, unter den für die Gewährleistung der öffentlichen und privaten Trinkwasserversorgung und der Bewässerung vorgesehenen Maßnahmen auch die vorübergehende Verringerung der Restwassermengen bis zur Aufhebung des Notstandes verfügt werden, dabei ist jedoch die gänzliche Austrocknung des Gewässers auszuschließen.

4. Im Falle von Wasserfassungen, welche sich an der Grenze zweier Provinzen oder von Provinz und Region befinden, wird die Mindestrestwassermenge im Einvernehmen zwischen den angrenzenden Provinzen oder zwischen Provinz und Region festgelegt.

Art. 41**Management der Flussräume der Talböden**

1. Die Autonome Provinz Bozen sieht die Ausarbeitung von Managementplänen für die Flussräume der Talsohle vor, welche sich nicht nur auf die hydraulische Sicherheit und Bewirtschaftung der Wasserressourcen beschränken, sondern versuchen, diese Aspekte mit den Bereichen der territorialen Planung, dem Umweltschutz und der Nutzung von Seiten der Allgemeinheit in Einklang zu bringen.

2. Für die Gewährleistung der Umweltverträglichkeit dieser Bewirtschaftung und für die Koordinierung derselben mit den oben genannten Managementplänen für die Talböden, sowie mit dem Bonifizierungsplan auf Landesebene, sorgen die Bonifizierungskonsortien für die Erstellung eines Planes zum Betrieb der Bonifizierungsgräben in den jeweiligen Gebieten, innerhalb von **3** Jahren nach Inkrafttreten des Wassernutzungsplanes. Dieser Plan muss mit der Teilnahme eines Experten der Limnologie verfasst werden und wird von der Landesregierung genehmigt, nachdem zuvor das Gutachten einer Dienstkonferenz der zuständigen Behörden im Bereich Wasserschutzbauten, Gewässernutzung, Landwirtschaft, Gewässerschutz und Fischerei ausgestellt wurde.

Art. 42**Wiederherstellung des Fließgewässerkontinuums**

1. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit verlangt Maßnahmen zur Abänderung der Bauten für Wasserableitungen und für Hochwasserschutz. Diese Maßnahmen werden in den Bereichen, in denen die Wanderungen ein Faktor von primärer Wichtigkeit für die Erhaltung der autochthonen Fischpopulationen sind, als vorrangig angesehen. Zudem müssen bei der Wiederherstellung der Durchgängigkeit nach Möglichkeit auch Aspekte des Geschiebetransportes, des Ufersaums sowie der Durchgängigkeit für das Zoobenthos mit einbezogen werden. Die Flussräume, in denen die Wiederherstellung des Kontinuums vorgesehen ist, werden durch Beschluss der Landesregierung definiert.

2. Die vorrangigen Eingriffe zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit werden wie folgt festgelegt:

- Der Konzessionär einer Ableitung, bei welcher das Fassungsbauwerk eine Unterbrechung des Kontinuums eines der betreffenden Flussräume im Sinne von Punkt 1 darstellt, muss zum Zweck der Konzessionserneuerung, und jedenfalls innerhalb des Jahres 2012, ein Projekt zur Abänderung des Fassungsbauwerkes vorlegen, durch welches die Durchgängigkeit für die Fische gewährleistet wird. Dieses Projekt wird auf Grundlage der Prozeduren des Landesgesetzes genehmigt, welches die Umweltprüfung der Pläne und Projekte vorsieht und muss bis zum Jahre 2015 verwirklicht werden.
- Die für die Wasserschutzbauten zuständige Landesabteilung erarbeitet in Zusammenarbeit mit den im Bereich Fischerei und Gewässerschutz zuständigen Landesämtern einen mehrjährigen Maßnahmenplan zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Flüsse und Bäche der Talsohlen sowie der untersten Abschnitte ihrer Zuflüsse, mit einer entsprechenden Auflistung der Prioritäten.

3. Die Wiederherstellung der Durchgängigkeit wird nicht verlangt, wo der technische und wirtschaftliche Aufwand für die Verwirklichung dieser nicht der ökologischen Bedeutung des Eingriffes entspricht, wie es z.B. bei den Hindernissen durch die großen Staudämme von Graun, Töll, Franzensfeste, Mühlbach und Welsberg der Fall ist.

4. Weitere Eingriffe zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit können bei der Erneuerung der Konzessionen für Wasserableitungen verlangt werden, dort wo durch den Abbau eines unüberwindbaren Hindernisses die Passierbarkeit für die Fische auf einer bedeutenden Strecke eines Fließgewässers mit einem hochwertigen Fischlebensraum gewährleistet wird. Bei Wasserschutz-

bauten sind die Maßnahmen für die Wiederherstellung der Passierbarkeit in den mehrjährigen Maßnahmenplänen der zuständigen Abteilung Wasserschutzbauten vorgesehen.

5. Bei der Verwirklichung neuer Ableitungsbauwerke oder Wasserschutzbauten muss besonders darauf geachtet werden, dass keine weiteren für die Fisch- und Benthosfauna unüberwindbaren Hindernisse errichtet werden, welche den vorhandenen Lebensgemeinschaften Schaden zufügen können.

6. Für die Gewährleistung der Sicherheit des Abflusses in Oberflächengewässern, sowie für die Erhaltung ihrer ökologischen und landschaftsgestaltenden Funktionen, muss der offene Wasserabfluss gewährleistet werden. Neue Verrohrungen und Überdeckungen sind nicht erlaubt, mit Ausnahme der dringend notwendigen für Straßen- und Bahnüberquerungen oder für den Bau von nicht verlegbaren öffentlichen Einrichtungen. Die Landesverwaltung fördert, wo möglich, den stufenweisen Abbau der bestehenden Verrohrungen und Überdeckungen von Gerinnen.

KAPITEL VII

Abschließende Bestimmungen

Art. 43

Maßnahmen zur interregionalen Koordinierung

1. Die Autonome Provinz Bozen übt die Funktionen laut Art. 14 des D.P.R. 381/1974 gemäß der Prinzipien der aufrichtigen Zusammenarbeit mit der Provinz Trient und der Region Venetien aus und fördert mit diesen eigens vorgesehene Abkommen im Sinne des Artikels 15 des Gesetzes Nr. 241 vom 7. August 1990 oder im Sinne der anderen geltenden Normen, die auf die Regelung der Aspekte der Koordinierungsverfahren und auf jeden anderen die Bewirtschaftung der Ableitungen betreffenden Aspekt, ausgerichtet sind. Im Besonderen haben die zuvor genannten Formen der Zusammenarbeit den Schutz der Umwelt und des Wassergutes, sowie die Interessen und die Sicherheit der betroffenen Bevölkerung mit Bezug auf die technischen, geschäftlichen, finanziellen und das Vermögen wie auch die Aufsicht betreffenden Aspekte, die an die Nutzung der öffentlichen Gewässer gebunden sind, zum Gegenstand und sind auf die Gewährleistung der Einheitlichkeit der Verwaltungstätigkeit und auf die Harmonisierung der Interessen ausgerichtet, welche von den Gebieten ausgesprochen werden, auf die sich die Ableitung auswirkt.

2. Die Autonome Provinz Bozen übt in Beachtung des Prinzips der aufrichtigen Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Verwaltungen und der Modalitäten, die im vorhergehenden Absatz angeführt sind, die ihr vorbehaltenen Funktionen im Bereich der Konzessionen für Wasserableitungen aus, wenn:

- sich die Ableitungen in bedeutender Weise auf das Regime der Gewässer, der Staubecken und der Seen mit überregionalen Charakter auswirken;
- dieselben Gewässer, Staubecken und Seen mit überregionalen Charakter von mehreren Ableitungen, auch zum Zweck der Trinkwassernutzung betroffen sind oder spezielle Maßnahmen zur Regelung der Pegelstände oder des Austausches der Wasservolumen oder andere besondere Tätigkeiten zur Kontrolle und zum Schutz, auch der Umwelt, erforderlich sind.

3. Die Abkommen zur Zusammenarbeit mit der Autonomen Provinz Trient und der Region Venetien können die technische Unterstützung der Behörde des nationalen Einzugsgebietes der Etsch sowie der Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione zu Gunsten der betroffenen Region und der Autonomen Provinzen vorsehen, sowie die koordinierte Ausübung der technisch-wissenschaftlichen Tätigkeiten und die Kontrolltätigkeit der entsprechenden Umweltagenturen der Provinzen und der Region, vorsehen.

4. Für die Genehmigung von Wasserschutzbauten, welche bedeutende, deutlich erkennbare Auswirkungen auf das Regime der Gewässer außerhalb des Landes- oder Regionalgebietes bewirken, wird das Gutachten der zuständigen Behörde des nationalen Einzugsgebietes und werden die Provinz oder Region angehört, auf deren Gewässerregime sich diese Auswirkungen möglicherweise niederschlagen werden. Diese äußern sich innerhalb von sechzig Tagen nach Erhalt des Projektvorschlages; nach Ablauf dieser Frist sorgt die Autonome Provinz Bozen in jedem Fall für den Abschluss des entsprechenden Verfahrens auch bei Fehlen des angeforderten Gutachtens. Diese Bestimmungen finden im Falle von Projekten, die von der Autonomen Provinz Bozen vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Planes genehmigt wurden, keine Anwendung.

5. Innerhalb von zwei Jahren nach Genehmigung des zugrunde liegenden Planes schließen die Autonomen Provinzen Trient und Bozen, sowie die Region Veneto unter der Berücksichtigung des Gutachtens der zuständigen Behörden des Einzugsgebietes Abkommen, um Notständen entgegenzutreten, welche durch Trockenheits-, Hochwasser- und Verschmutzungserscheinungen der Gewässer bedingt sind. Sofern es die Verhältnisse erfordern, werden diese Abkommen auch im Einverständnis mit den zuständigen hydraulischen und Zivilschutzbehörden festgelegt.

6. Wenn die Sicherung der Flächen mit hydrogeologischem Risiko in den Gebieten, die nicht in den Bereich der Provinz Bozen fallen, die Verwirklichung von strukturellen und nicht strukturellen Maßnahmen innerhalb des Landes Südtirols verlangt, schlägt die Behörde für das nationale Einzugsgebiet der Etsch sowie die Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione die Eingliederung der Maßnahmen in die mehrjährigen und jährlichen Programme zur Errichtung von Schutzbauten für hydrogeologische Gefahren der Autonomen Provinz Bozen vor und beantragt, die entsprechende Abänderung des Wassernutzungsplanes oder des hydrogeologischen Risikoplanes.

Art. 44

Inkrafttreten und Durchführung des Planes

1. Der vorliegende Plan tritt, im Sinne der Absätze 5 und 6 des Art. 8 des D.P.R. Nr. 381 vom 22. März 1974, am fünfzehnten Tag nach dem Tag der Veröffentlichung des Dekretes des Präsidenten der Republik im Amtsblatt in Kraft, welches ihn wirksam macht.

2. Mit dem selben Datum wird die Anwendung des Gesamtplanes für die Nutzung der öffentlichen Gewässer im Gebiet der Autonomen Provinz Bozen eingestellt, der mit dem D.P.R. Nr. 748 vom 11. April 1986 rechtskräftig wurde, eingestellt, mit Ausnahme der Wirkungen und der Akte, welche durch ihn entstanden sind.

3. Die Autonome Provinz Bozen übt die Überwachungstätigkeiten zum Stand der Durchführung des Wassernutzungsplanes aus.

4. Die Autonome Provinz Bozen kann zur Durchführung des vorliegenden Planes, soweit von der eigenen Rechtsordnung vorgesehen, außerdem mit geeigneten Gesetzesbestimmungen und Verwaltungsbestimmungen sorgen, welche im Besonderen die eventuell notwendigen Verwaltungsverfahren und das Sanktionssystem sowie die organisatorischen und finanziellen Maßnahmen regeln. Insbesondere im Rahmen der Kompetenzen, die ihr vom Autonomiestatut und den entsprechenden Durchführungsbestimmungen zuerkannt sind, sorgt die Autonome Provinz Bozen mit den eigenen finanziellen Ressourcen für die Verwirklichung der Bauten und der Durchführungsmaßnahmen des vorliegenden Planes. Die Bestimmungen des Art. 5, Absatz 5 des D.P.R. Nr. 381/74 bleiben aufrecht.

5. Falls die im vorliegenden Plan enthaltenen Normen auf spezifische Organe, Körperschaften oder Planungsinstrumente verweisen, welche auf die Gesetzgebungsbefugnis der Autonomen Provinz Bozen zurückzuführen sind, bleibt die Möglichkeit aufrecht, diese Verweise mit Landesgesetz abzuändern.

6. Zum Zweck der Gewährleistung einer systematischen Betrachtung des Gebietes arbeitet die Autonome Provinz Bozen mit der nationalen Behörde für das Einzugsgebiet der Etsch sowie mit der Behörde des Einzugsgebietes der Flüsse Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave und Brenta-Bacchiglione zusammen, für:

- die Definition eines integrierten und koordinierten Planungsrahmen
- die Überwachung des Durchführungsstandes der Planungsinstrumente der Einzugsgebiete und ihrer gesamtheitlichen Wirksamkeit
- den Austausch von Kenntnissen
- die Übereinstimmung der Strategien zur Aktualisierung und Anpassung der Planungsinstrumente.

AUTONOME PROVINZ
BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO - ALTO ADIGE

PIANO GENERALE DI UTILIZZAZIONE DELLE ACQUE PUBBLICHE

Progetto di piano

PARTE 3

Parte normativa

**Adottato dal Comitato paritetico di cui all'art. 8 del D.P.R. 22 marzo
1974, n. 381 con deliberazione del 21.04.2016**

INDICE - PARTE TERZA

CAPO I – DISPOSIZIONI GENERALI	4
Art. 1 – Piano Generale per L'Utilizzazione delle Acque Pubbliche	4
Art. 2 - Effetti del piano	4
Art. 3 - Piani stralcio	5
Art. 4 - Modifiche e integrazioni del Piano	5
 CAPO II - BILANCIO IDRICO	 6
Art. 5 - Definizione del bilancio idrico	6
Art. 6 - Aree di riferimento	6
Art. 7 - Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Adige	6
Art. 8 - Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Piave	7
Art. 9 - Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Danubio	7
Art. 10 - Miglioramento ed equilibrio del bilancio idrico	11
Art. 11 - Revisione ed adeguamento delle utilizzazioni	12
 CAPO III - UTILIZZAZIONE DELLE ACQUE	 12
Art. 12 - Principi gestionali	12
Art. 13 - Criteri generali per il rilascio di concessioni	13
Art. 14 - Utilizzo a scopo potabile	14
Art. 15 - Utilizzo a scopo agricolo	14
Art. 16 - Utilizzo a scopo idroelettrico	15
Art. 17 - Utilizzo a scopo industriale	17
Art. 18 - Utilizzo per innevamento programmato	17
Art. 19 - Utilizzo per piscicoltura	17
Art. 20 - Utilizzi per altri scopi	18
Art. 21 - Utilizzi da laghi e fasce lacuali	18
Art. 22 - Utilizzo di acque sotterranee e sorgenti	18
Art. 23 - Stato tecnico e gestione degli impianti	18
Art. 24 - Dati di disponibilità idrica per il rilascio delle concessioni	19
Art. 25 - Registrazione degli utilizzi	19
Art. 26 - Applicazioni delle disposizioni	19
Art. 27 – Provvedimenti di mitigazione e compensazione	20
 CAPO IV - AREE A PERICOLO E RISCHIO IDROGEOLOGICO	 20
Art. 28 - Piani comunali delle zone di pericolo	20
Art. 29 - Interventi consentiti nelle aree a pericolo e rischio idrogeologico	20
 CAPO V - SISTEMAZIONE DEI CORSI D'ACQUA E DEI VERSANTI	 20
Art. 30 - Finalità	20
Art. 31 - Progettazione delle opere di sistemazione idraulico-forestale	21
Art. 32 - Gestione dei livelli di invaso dei serbatoi e degli impianti idrovori in situazioni particolari	21
Art. 33 - Estrazione di inerti dagli alvei	22
Art. 34 - Interventi sulla vegetazione in alveo	22
Art. 35 - Tutela del demanio idrico	22

Art. 36 - Smaltimento delle acque di pioggia	22
CAPO VI - MISURE DI TUTELA AMBIENTALE	23
Art. 37 – Deflusso minimo vitale (DMV)	23
Art. 38 – Determinazione del DMV per nuove derivazioni	23
Art. 39 - Determinazione del DMV per derivazioni già esistenti	24
Art. 40 - Regolamentazione del DMV in situazioni particolari	25
Art. 41 - Gestione degli ambiti fluviali di fondovalle	25
Art. 42 - Ripristino del continuum	26
CAPO VII - NORME FINALI E ABROGAZIONE	27
Art. 43 – Misure di coordinamento interregionale	27
Art. 44 – Entrata in vigore e attuazione del piano	28

CAPO I

Disposizioni generali

Art. 1

Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche

1. Il presente Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche è approvato ai sensi e per gli effetti dell'articolo 14 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670 e degli articoli 5 e 8 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381, come da ultimo modificato dal D.Lgs. 11 novembre 1999, n. 463, nonché osservando le indicazioni procedurali stabilite dal Protocollo d'intesa, datato agosto 2006, per il coordinamento e l'integrazione del Piano per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche relativo alla Provincia autonoma di Bolzano con i piani di bacino di rilievo nazionale, sottoscritto dal Ministro dell'ambiente e della tutela del territorio e dai Presidenti delle Province autonome e Regioni interessate.
2. Il Piano Generale è diretto a programmare l'utilizzazione delle acque per i diversi usi e contiene le linee fondamentali per una sistematica regolazione dei corsi d'acqua, con particolare riguardo alle esigenze di difesa del suolo, e per la tutela delle risorse idriche.
3. Il Piano Generale concorre a garantire il governo funzionalmente unitario del bacino idrografico di rilievo nazionale del Fiume Adige, all'interno del quale ricade il territorio provinciale. Esso tiene luogo del Piano di bacino di rilievo nazionale previsto dalla normativa nazionale e di qualsiasi altro piano stralcio dello stesso, ivi compresi quelli prescritti da leggi speciali dello Stato. Il Piano Generale concorre alla formazione del Piano di bacino distrettuale, di cui all'art. 65 del D.Lgs. 152/2006, e alla formazione del Piano di gestione per il distretto idrografico delle Alpi orientali, di cui all'art. 117 del D.Lgs. 152/2006. Il Piano Generale ottempera, a livello provinciale, agli obblighi derivanti dalla Direttiva 2000/60/CE.
4. Le specifiche forme di raccordo tra la Provincia autonoma di Bolzano, la Provincia autonoma di Trento, la Regione Veneto, l'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige e l'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione sono definite dal presente Piano Generale.

Art. 2

Effetti del piano

1. Ferme restando le competenze riservate alla Provincia autonoma di Bolzano dallo Statuto speciale di Autonomia e dalle relative norme di attuazione, il Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche ed il relativo Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico ai sensi del seguente art. 3, comma 2 determinano le direttive, gli indirizzi e i vincoli ai quali devono conformarsi i piani e i programmi provinciali, con riferimento alle materie indicate dall'articolo 65, del D.Lgs. 3 aprile 2006, n. 152.
2. I vincoli e le misure espressamente indicati dal Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche e dal Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico hanno in ogni caso effetto immediato, qualora siano più restrittivi rispetto ai corrispondenti vincoli e misure previsti dai vigenti piani o programmi provinciali ovvero qualora si configurino come vincoli e misure non previsti dai predetti piani o programmi.
3. Tali disposizioni si applicano anche in relazione al Piano provinciale di sviluppo e coordinamento territoriale e ai piani urbanistici comunali ad esso subordinati, nonché con riferimento ai piani e ai programmi degli enti locali.

4. Il presente Piano Generale e il Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico sostituiscono ogni altra disposizione e indicazione, anche cartografica, contenuta nei piani e nei provvedimenti adottati o approvati dalle Autorità di bacino di interesse nazionale, eventualmente applicabili sul territorio provinciale fino alla data di entrata in vigore del presente Piano.

Art. 3

Piani stralcio

1. Il Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche per la provincia di Bolzano, viene integrato da due piani stralcio relativi a settori funzionali interrelati rispetto ai contenuti del Piano, la cui redazione avviene ai sensi dell'art. 65, comma 8 del D.Lgs. 3 aprile 2006, n. 152.

2. Il Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico: Tale piano di settore individua e perimetra le aree di pericolo e di rischio idrogeologico e prescrive, per esse, le misure di salvaguardia ai sensi dell'art. 67 del D.Lgs. 3 aprile 2006, n. 152. Il Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico viene approvato ai sensi degli articoli 5 e 8 del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381.

3. Il Piano di Tutela delle Acque: Tale piano stralcio persegue la tutela dei corpi idrici nei loro aspetti qualitativi e quantitativi; i relativi contenuti sono definiti dall'art. 27 della Legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8. La Provincia autonoma di Bolzano approva il Piano di Tutela delle Acque, in coerenza con il Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche e con il Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico, ai sensi dell'articolo 27 della Legge provinciale 18 giugno 2002, n. 8, tenuto conto del parere delle Autorità di bacino di rilievo nazionale territorialmente interessate. Le Autorità di bacino si pronunciano entro novanta giorni dal ricevimento della richiesta della Provincia autonoma di Bolzano; decorso tale termine, la Provincia autonoma di Bolzano provvede in ogni caso alla conclusione del procedimento anche in assenza dei pareri richiesti.

Art. 4

Modifiche e integrazioni del Piano

1. Procedura ordinaria: Ai fini dell'introduzione di sostanziali modifiche nel Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche e nel Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico, anche qualora esse si rendano necessarie al fine di conformarne i contenuti alle indicazioni della legislazione statale e comunitaria, si osservano le indicazioni procedurali stabilite dal Protocollo d'intesa, sottoscritto dal Ministro dell'ambiente e della tutela del territorio e dai Presidenti delle Province autonome e Regioni interessate.

2. Procedura semplificata: La Provincia autonoma di Bolzano può apportare modificazioni e integrazioni al Piano Generale e al Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico, con procedura semplificata, qualora le suddette modificazioni e integrazioni non siano in contrasto con l'impianto e il disegno complessivi del Piano e non comportino variazioni significative al governo funzionalmente unitario o all'assetto dei bacini idrografici di rilievo nazionale.

Si distinguono, al proposito, due diversi tipi di procedure semplificate.

- a) Qualora dette modificazioni e integrazioni comportino importanti e chiaramente individuabili ripercussioni al di fuori del territorio provinciale, o riguardino le norme di Piano, la Provincia autonoma di Bolzano convoca preventivamente una conferenza di servizi, alla quale partecipano il rappresentante del Ministero dell'Ambiente e della Tutela del Territorio, dell'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige, dell'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione, della Regione Veneto e della Provincia autonoma di Trento. La conferenza valuta se ricorrono le condizioni che consentono l'applicazione della procedura semplificata ed esprime il proprio parere tecnico sulla proposta di modifica o integrazione del Piano. La Provincia

autonoma di Bolzano provvede quindi alla relativa approvazione dei provvedimenti, qualora la conferenza si esprima favorevolmente all'unanimità dei presenti.

- b) Qualora dette modificazioni e integrazioni non comportino importanti ripercussioni individuabili al di fuori del territorio provinciale, la Provincia autonoma di Bolzano trasmette le modificazioni e le integrazioni del Piano Generale o del Piano Stralcio per l'Assetto Idrogeologico alla Provincia autonoma di Trento, alla Regione Veneto e all'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige e all'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione. Qualora nessuna di esse esprima dissenso motivato entro i successivi trenta giorni la Provincia procede alla loro approvazione prescindendo dalle modalità procedurali previste alla lettera a).

3. Le deliberazioni della Giunta provinciale adottate nell'ambito della procedura semplificata sono pubblicate nella Gazzetta Ufficiale e nel Bollettino Ufficiale della Regione Trentino-Alto Adige ed entrano in vigore il quindicesimo giorno successivo a quello della loro pubblicazione nel Bollettino Ufficiale.

CAPO II

Bilancio idrico

Art. 5

Definizione del bilancio idrico

1. Per bilancio idrico si intende il bilancio fra le risorse idriche disponibili in una determinata area di riferimento, o comunque in essa reperibili, e i fabbisogni per i diversi usi esistenti o previsti per il futuro. Il bilancio idrico costituisce uno strumento di analisi, sulla base del quale è possibile sviluppare scenari di gestione delle risorse idriche compatibili con la loro tutela quantitativa e qualitativa. La conoscenza delle componenti del ciclo idrologico, e della conseguente disponibilità delle risorse idriche, risulta infatti necessaria a tutelare tali risorse non solo dal punto di vista quantitativo, promuovendone un utilizzo sostenibile nel lungo periodo, ma anche dal punto di vista qualitativo, garantendo che gli utilizzi previsti non pregiudichino il raggiungimento degli obiettivi di qualità ambientale.

Art. 6

Aree di riferimento

1. Nel presente Piano l'equilibrio del bilancio idrico viene verificato alla scala dei bacini idrografici del Fiume Adige, del Fiume Danubio e del Fiume Piave e dei loro rispettivi sottobacini.

Art. 7

Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Adige

1. In tabella 1 viene presentato lo schema del bilancio idrico elaborato per la porzione altoatesina del bacino idrografico del Fiume Adige. Il bacino imbrifero drenato dal Fiume Adige e dai suoi affluenti in provincia di Bolzano copre una superficie complessiva pari a 7375 km². Le acque di tale bacino idrografico lasciano il territorio provinciale e raggiungono la sottostante provincia di Trento. Il bilancio idrico si compone delle seguente voci.

- a) Alla voce "Portata attuale" è indicata la risorsa idrica attualmente disponibile, determinata con l'ausilio di modello idrologico. Il valore indicato rappresenta il deflusso medio complessivo, nei singoli mesi dell'anno, verso la confinante provincia di Trento.
- b) Alla voce "Prelievi attuali" vengono elencati i valori medi mensili dei consumi idrici dovuti agli utilizzi attualmente in essere, nonché le modifiche del regime idrologico riconducibili alla gestione dei bacini artificiali.
- c) Alla voce "Portata naturale" è indicata la risorsa idrica naturale, determinata a partire dalla risorsa disponibile, tenendo conto dei prelievi attuali. Essa rappresenta il volume d'acqua che, in assenza di alterazioni prodotte da usi antropici, attraverserebbe un'ipotetica sezione di chiusura della porzione del bacino idrografico del Fiume Adige in provincia di Bolzano.
- d) La voce "Prelievi futuri" indica l'evoluzione prevista, nei prossimi anni, dei consumi idrici a seguito degli usi antropici e delle modifiche al regime idrologico.
- e) La voce "Portata di bilancio" rappresenta, infine, la risorsa idrica disponibile in futuro, cioè i volumi idrici che verranno mediamente garantiti, nei singoli mesi dell'anno, alle province poste a sud del confine provinciale lungo l'asta del Fiume Adige.

2. Nelle tabelle 2-15 viene presentato lo schema del bilancio idrico elaborato per i singoli sottobacini della porzione altoatesina del bacino idrografico del Fiume Adige

Art. 8

Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Piave

1. In tabella 16 viene presentato lo schema del bilancio idrico elaborato per la porzione altoatesina del bacino idrografico del Fiume Piave. Il bacino imbrifero drenato dal Fiume Piave e dai suoi affluenti in provincia di Bolzano copre una superficie complessiva pari a 27 km². Tali acque lasciano il territorio provinciale e raggiungono la sottostante provincia di Belluno.

Art. 9

Schema di bilancio idrico per il bacino del Fiume Danubio

1. In tabella 17 viene presentato lo schema del bilancio idrico elaborato per la porzione altoatesina del bacino idrografico del Fiume Drava. Il bacino imbrifero drenato dal Fiume Drava e dai suoi affluenti in provincia di Bolzano copre una superficie complessiva pari a 160 km². Tali acque lasciano il territorio provinciale e raggiungono il territorio austriaco.

2. In tabella 18 viene presentato lo schema del bilancio idrico elaborato per la porzione altoatesina del bacino idrografico del Fiume Inn. Il bacino imbrifero drenato dal Fiume Inn in provincia di Bolzano copre una superficie complessiva pari a 21 km². Tali acque lasciano il territorio provinciale e raggiungono il territorio austriaco.

Bacino idrografico Fiume Adige in Provincia di Bolzano (7375 km ²)	Portate medie mensili (m ³ /s)												Q _{med} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	78,96	72,80	77,36	96,91	225,40	290,00	255,45	184,94	153,03	159,09	135,65	95,02	152,05
Prelievi attuali													
agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	4,51	6,96	13,83	13,39	9,64	5,53	2,68	0,00	0,00	4,71
altri usi m ³ /s	0,26	0,29	0,16	0,21	0,29	0,44	0,43	0,35	0,28	0,21	0,27	0,26	0,29
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-8,93	-13,75	-12,82	-4,34	9,22	28,78	10,96	10,88	-0,79	-4,11	-6,43	-9,44	
Portata naturale	70,29	59,35	64,71	97,29	241,87	333,06	280,23	205,82	158,06	157,87	129,49	85,85	157,05
Prelievi futuri													
agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	5,45	8,08	16,05	15,53	11,18	6,42	3,11	0,00	0,00	5,48
altri usi m ³ /s	0,36	0,40	0,17	0,22	0,31	0,47	0,45	0,37	0,30	0,22	0,37	0,36	0,33
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-8,93	-13,75	-12,82	-4,34	9,22	28,78	10,96	10,88	-0,79	-4,11	-6,43	-9,44	
Portata di bilancio	78,86	72,70	77,35	95,96	224,27	287,77	253,29	183,38	152,13	158,65	135,55	94,93	151,24
Differenza (sit. attuale e futura)	-0,09	-0,10	-0,01	-0,95	-1,13	-2,24	-2,16	-1,56	-0,90	-0,44	-0,10	-0,09	-0,81

Tab. 1

Schema di bilancio idrico per la porzione del bacino idrografico del Fiume Adige che ricade nel territorio dell'Alto Adige

Sottobacino Adige Alto (1680 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Q _{med} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	20,6	17,7	17,7	19,3	32,4	47,5	46,0	38,8	35,5	36,6	33,0	26,0	30,9
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,83	1,89	3,76	3,63	2,62	1,50	0,73	0,00	0,00	1,2
prelievo altri usi m ³ /s	0,03	0,03	0,02	0,04	0,09	0,17	0,16	0,12	0,08	0,05	0,03	0,03	0,1
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-6,6	-10,0	-9,7	-3,7	5,1	24,1	8,6	9,7	-1,1	-4,6	-5,0	-7,3	0,0
Portata naturale	14,0	7,8	8,0	16,5	39,5	75,5	58,4	51,2	36,0	32,7	28,0	18,7	32,2
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	1,29	2,11	4,20	4,06	2,93	1,68	0,81	0,00	0,00	1,4
prelievo altri usi m ³ /s	0,04	0,04	0,02	0,05	0,10	0,18	0,17	0,13	0,08	0,05	0,04	0,04	0,1
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-6,6	-10,0	-9,7	-3,7	5,1	24,1	8,6	9,7	-1,1	-4,6	-5,0	-7,3	0,0
Portata di bilancio m³/s	20,6	17,7	17,7	18,8	32,2	47,1	45,6	38,5	35,4	36,5	33,0	26,0	30,7

Tab. 2

Schema di bilancio idrico per il sottobacino Adige Alto

Sottobacino Valsura (282 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Q _{med} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	3,9	4,7	4,4	3,6	8,8	8,2	4,4	2,9	3,6	7,5	8,0	5,3	5,4
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,12	0,36	0,72	0,70	0,50	0,29	0,14	0,00	0,00	0,2
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,01	0,03	0,05	0,05	0,04	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-1,5	-2,7	-2,2	-0,4	2,6	3,1	1,4	1,1	0,4	0,5	-1,1	-1,6	0,0
Portata naturale	2,4	2,0	2,3	3,3	11,8	12,1	6,6	4,5	4,3	8,1	6,9	3,7	5,7
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,41	0,82	0,79	0,57	0,33	0,16	0,00	0,00	0,3
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,01	0,03	0,05	0,05	0,04	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-1,5	-2,7	-2,2	-0,4	2,6	3,1	1,4	1,1	0,4	0,5	-1,1	-1,6	0,0
Portata di bilancio m³/s	3,9	4,7	4,4	3,5	8,7	8,1	4,3	2,8	3,6	7,5	8,0	5,3	5,4

Tab. 3

Schema di bilancio idrico per il sottobacino Valsura

Sottobacino Passirio (414 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Q _{med} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	4,5	3,2	4,9	8,1	27,4	28,0	16,0	11,4	12,2	18,3	16,1	6,9	13,1
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,39	0,78	0,76	0,55	0,31	0,15	0,00	0,00	0,3
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Portata naturale	4,5	3,2	4,9	8,2	27,8	28,8	16,8	11,9	12,5	18,5	16,1	6,9	13,3
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,13	0,42	0,83	0,81	0,58	0,33	0,16	0,00	0,00	0,3
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,03	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,0
Portata di bilancio m³/s	4,5	3,2	4,9	8,1	27,4	27,9	15,9	11,3	12,2	18,3	16,1	6,9	13,1

Tab. 4

Schema di bilancio idrico per il sottobacino Passirio

Sottobacino Talvera (425 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Q _{med} [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	5,1	3,7	5,5	7,1	12,2	11,4	10,6	9,3	8,8	11,7	11,8	7,6	8,7
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,03	0,09	0,18	0,18	0,13	0,07	0,04	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata naturale	5,1	3,8	5,5	7,2	12,3	11,6	10,7	9,5	8,8	11,7	11,8	7,7	8,8
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,31	0,30	0,21	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Portata di bilancio m³/s	5,1	3,7	5,5	7,1	12,1	11,2	10,4	9,2	8,7	11,7	11,8	7,6	8,7

Tab. 5

Schema di bilancio idrico per il sottobacino Talvera

Sottobacino Alto Isarco (666 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	7,6	6,1	7,5	12,1	30,9	35,3	26,3	19,0	18,8	23,1	19,4	11,3	18,1
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,03	0,11	0,21	0,20	0,15	0,08	0,04	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,02	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Portata naturale	7,6	6,1	7,5	12,1	31,0	35,5	26,5	19,2	18,9	23,2	19,4	11,4	18,2
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,31	0,30	0,21	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,02	0,03	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	7,6	6,1	7,5	12,1	30,9	35,2	26,2	19,0	18,8	23,1	19,3	11,3	18,1

Tab. 6
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Adige
Isarco

Sottobacino Aurino (633 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	6,5	5,4	6,4	9,1	34,2	51,1	36,2	21,8	18,7	19,6	14,7	9,1	19,4
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,08	0,16	0,15	0,11	0,06	0,03	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-0,8	-1,1	-1,0	-0,2	1,4	1,5	1,0	0,1	-0,1	0,0	-0,4	-0,6	0,0
Portata naturale	5,7	4,3	5,4	8,9	35,7	52,9	37,3	22,0	18,7	19,7	14,3	8,6	19,5
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,04	0,13	0,25	0,25	0,18	0,10	0,05	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,02	0,02	0,01	0,01	0,01	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01	0,02	0,02	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	-0,8	-1,1	-1,0	-0,2	1,4	1,5	1,0	0,1	-0,1	0,0	-0,4	-0,6	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	6,5	5,4	6,4	9,1	34,1	51,0	36,1	21,7	18,6	19,6	14,7	9,1	19,4

Tab. 7
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Aurino

Sottobacino Rienza (1110 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	12,2	10,1	11,7	15,5	28,1	30,2	28,0	23,3	22,5	27,0	24,1	17,3	20,8
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,12	0,36	0,72	0,70	0,50	0,29	0,14	0,00	0,00	0,2
prelievo altri usi m ³ /s	0,03	0,03	0,01	0,01	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,01	0,03	0,03	0,0
Portata naturale	12,2	10,2	11,7	15,7	28,4	30,9	28,7	23,9	22,8	27,1	24,1	17,3	21,1
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,18	0,56	1,12	1,08	0,78	0,45	0,22	0,00	0,00	0,4
prelievo altri usi m ³ /s	0,04	0,04	0,01	0,01	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,01	0,04	0,04	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	12,2	10,1	11,7	15,5	27,9	29,8	27,6	23,1	22,4	26,9	24,1	17,3	20,7

Tab. 8
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Rienza

Sottobacino Gadera (394 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	4,8	4,3	5,2	6,6	11,2	11,2	10,4	8,8	9,1	10,6	8,9	6,3	8,1
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,02	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,03	0,02	0,0
Portata naturale	4,8	4,3	5,2	6,6	11,2	11,2	10,4	8,8	9,1	10,6	8,9	6,3	8,1
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,06	0,13	0,12	0,09	0,05	0,02	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,04	0,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	0,04	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	4,8	4,2	5,2	6,5	11,1	11,1	10,3	8,7	9,0	10,6	8,8	6,3	8,1

Tab. 9
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Gadera

Sottobacino Gardena (197 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	2,4	1,9	2,6	3,0	6,0	6,1	5,7	4,5	4,4	5,4	4,2	3,2	4,1
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,02	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,02	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,02	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,02	0,02	0,0
Portata naturale	2,4	2,0	2,6	3,0	6,0	6,2	5,7	4,5	4,4	5,4	4,3	3,2	4,1
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,02	0,06	0,11	0,11	0,08	0,04	0,02	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,03	0,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,04	0,03	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	2,4	1,9	2,6	3,0	6,0	6,0	5,6	4,4	4,3	5,4	4,2	3,2	4,1

Tab. 10
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Gardena

Sottobacino Basso Isarco (765 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	8,7	7,3	8,3	10,1	12,3	14,0	14,9	13,1	14,2	17,0	16,5	12,6	12,4
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,29	0,85	1,69	1,64	1,18	0,68	0,33	0,00	0,00	0,6
prelievo altri usi m ³ /s	0,03	0,03	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,0
Portata naturale	8,7	7,3	8,3	10,4	13,2	15,8	16,6	14,3	14,9	17,4	16,5	12,6	13,0
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,44	0,97	1,94	1,87	1,35	0,77	0,37	0,00	0,00	0,6
prelievo altri usi m ³ /s	0,04	0,04	0,02	0,02	0,02	0,03	0,03	0,03	0,02	0,02	0,04	0,04	0,0
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	8,7	7,2	8,3	9,9	12,2	13,8	14,7	12,9	14,1	17,0	16,4	12,5	12,3

Tab. 11
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Basso
Isarco

Sottobacino Adige Basso (614 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	5,4	4,5	5,9	6,5	5,3	5,5	5,5	4,0	4,3	10,1	13,4	8,1	6,5
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	2,18	2,19	4,36	4,22	3,04	1,74	0,84	0,00	0,00	1,5
prelievo altri usi m ³ /s	0,07	0,08	0,07	0,07	0,08	0,09	0,09	0,08	0,08	0,07	0,08	0,07	0,1
Portata naturale	5,5	4,6	5,9	8,7	7,5	9,9	9,8	7,2	6,1	11,0	13,4	8,2	8,2
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	2,29	2,37	4,71	4,55	3,28	1,88	0,91	0,00	0,00	1,7
prelievo altri usi m ³ /s	0,08	0,09	0,07	0,08	0,08	0,09	0,09	0,09	0,09	0,08	0,08	0,08	0,1
accumulo/rilascio invasi m ³ /s	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	5,4	4,5	5,9	6,3	5,1	5,1	5,1	3,8	4,1	10,0	13,4	8,1	6,4

Tab. 12
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Adige
Basso

Sottobacino Noce (61 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	0,5	0,4	0,5	0,7	2,4	2,3	1,1	0,8	0,8	1,7	1,5	0,8	1,1
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,05	0,15	0,29	0,28	0,20	0,12	0,06	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata naturale	0,5	0,4	0,5	0,7	2,5	2,6	1,4	1,0	0,9	1,8	1,5	0,8	1,2
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,06	0,18	0,37	0,35	0,26	0,15	0,07	0,00	0,00	0,1
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	0,5	0,4	0,5	0,7	2,4	2,2	1,1	0,7	0,8	1,7	1,5	0,8	1,1

Tab. 13
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Noce

Sottobacino Avisio (16 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata naturale	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3

Tab. 14
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Avisio

Sottobacino Fossa Caldaro (132 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	1,2	1,0	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	0,9	0,9	2,2	2,9	1,8	1,4
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,71	0,45	0,89	0,86	0,62	0,36	0,17	0,00	0,00	0,3
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Portata naturale	1,2	1,0	1,3	1,9	1,6	2,1	2,1	1,5	1,3	2,4	2,9	1,8	1,8
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,74	0,47	0,93	0,90	0,65	0,37	0,18	0,00	0,00	0,4
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	1,2	1,0	1,3	1,1	1,1	1,2	1,2	0,9	0,9	2,2	2,9	1,8	1,4

Tab. 15
Schema di bilancio
idrico per il
sottobacino Fossa di
Caldaro

Sottobacino Piave (27 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata naturale	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	0,3	0,3	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,4	0,6

Tab. 16
Schema di bilancio idrico per il bacino idrografico del Fiume Piave ricadente in provincia di Bolzano

Sottobacino Drava (160 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	4,9	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,7
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Portata naturale	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	5,0	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,7
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	2,3	2,0	2,2	2,7	4,3	5,2	4,9	3,9	3,8	4,9	4,5	3,0	3,6

Tab. 17
Schema di bilancio idrico per il bacino idrografico del Fiume Drava ricadente in provincia di Bolzano

Sottobacino Inn (21 km ²)	Portate medie mensili [m ³ /s]												Qmed [m ³ /s]
	Q ₁	Q ₂	Q ₃	Q ₄	Q ₅	Q ₆	Q ₇	Q ₈	Q ₉	Q ₁₀	Q ₁₁	Q ₁₂	
Portata attuale dato idrologico	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,4
Situazione attuale													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,02	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata naturale	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,2	0,4
Previsione													
prelievo agricoltura m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,02	0,02	0,01	0,01	0,00	0,00	0,00	0,0
prelievo altri usi m ³ /s	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,0
Portata di bilancio m ³ /s	0,2	0,1	0,1	0,2	0,5	0,9	0,7	0,6	0,4	0,4	0,3	0,2	0,4

Tab. 18
Schema di bilancio idrico per il bacino idrografico del Fiume Inn ricadente in provincia di Bolzano

Art. 10 Miglioramento ed equilibrio del bilancio idrico

1. La Provincia autonoma di Bolzano – in osservanza delle norme di attuazione dello Statuto – provvede al monitoraggio idrometeorologico, alle osservazioni climatologiche, alla gestione e aggiornamento del catasto dei ghiacciai e all'espletamento di tutti gli adempimenti connessi a tali attività. Provvede, inoltre, al controllo di qualità, all'archiviazione e all'analisi dei dati raccolti, nonché all'automazione dei sistemi di acquisizione e gestione degli stessi, garantendone l'interscambio con le istituzioni statali, regionali e interregionali, ivi comprese le Autorità di bacino di rilievo nazionale, secondo criteri di ottimizzazione che non pregiudichino l'efficienza del sistema e non diversifichino eccessivamente le fonti e i canali informativi.

2. Al fine del miglioramento delle conoscenze idrologiche alla scala dei bacini oggetto di Piano, la Provincia autonoma di Bolzano promuove l'installazione di stazioni di monitoraggio idrometrico, complete di misura dei deflussi, in posizioni idonee prossime alla loro chiusura e su eventuali altri corsi d'acqua, il cui monitoraggio sia utile alla definizione del regime idrologico dei singoli sottobacini.

3. Al fine della definizione del bilancio idrico complessivo per il rispettivo bacino idrografico, le strutture organizzative provinciali e le Autorità di bacino interessate assicurano reciprocamente la disponibilità, il trasferimento e il costante aggiornamento dei dati in loro possesso.

4. In base ai nuovi dati disponibili si procederà ad integrare il bilancio per i vari bacini con i grafici della variabilità media delle portate e le portate estreme di magra e morbida, come indicato nel grafico seguente

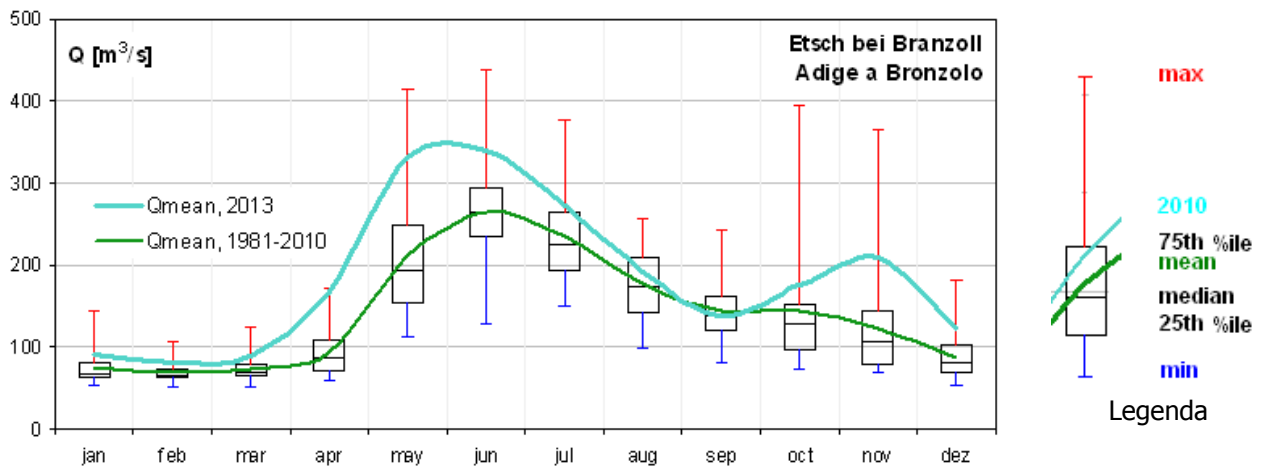


Grafico della variabilità media delle portate e le portate estreme di magra e morbida

Art. 11

Revisione ed adeguamento delle utilizzazioni

1. Sulla base del bilancio idrico, e comunque del censimento o del quadro conoscitivo generale delle utilizzazioni in atto nel medesimo corpo idrico, la Provincia autonoma di Bolzano può provvedere, ove necessario, al fine di assicurare l'equilibrio tra risorse e fabbisogni, alla revisione di tali utilizzazioni, disponendo prescrizioni o limitazioni temporali o quantitative, senza corresponsione di indennizzi da parte della Pubblica Amministrazione, fatta salva la riduzione del canone demaniale di concessione.

2. La concessione e l'autorizzazione a derivare acque pubbliche, ovvero il loro rinnovo, sono rilasciati nel rispetto dell'equilibrio del bilancio idrico e a condizione che non siano pregiudicati il mantenimento o il raggiungimento degli obiettivi di qualità definiti per il corso d'acqua interessato dal Piano provinciale di Tutela delle Acque e che sia garantito il previsto deflusso minimo vitale.

CAPO III

Utilizzazione delle acque

Art. 12

Principi gestionali

1. La gestione degli utilizzi idrici si ispira, in Alto Adige, ai seguenti principi:

- gestione integrata degli aspetti quantitativi e qualitativi, per un'efficace tutela delle risorse idriche, nel rispetto degli obiettivi di qualità previsti per i corpi idrici e della loro specifica destinazione;
- razionalizzazione degli utilizzi, incentivando le politiche di incremento del risparmio idrico e sostenendo gli investimenti di risorse pubbliche in progetti volti al raggiungimento di tale scopo;

- gestione secondo principi di economicità e di equità, tenendo conto dell'effettivo costo dei servizi forniti ma garantendo nel contempo tariffe socialmente sostenibili, in particolare per gli utilizzi prioritari;
- individuazione di zone a diversa sensibilità, ai fini della tutela delle rispettive risorse idriche, e determinazione della loro vocazione a differenziate destinazioni d'uso;
- tutela delle peculiarità ecologiche dei corpi idrici e mantenimento delle loro funzioni paesaggistiche e ricreative;
- ulteriore miglioramento della qualità dei dati circa gli utilizzi esistenti, quale supporto per le decisioni di carattere gestionale;
- esecuzione di un'attività di monitoraggio, a livello di bacino e sottobacino, finalizzata alla verifica dell'equilibrio del bilancio idrico e della sostenibilità della gestione e degli utilizzi.

Art. 13

Criteri generali per il rilascio di concessioni

1. In sede di rilascio delle concessioni viene osservato, in base al tipo di utilizzo, il seguente ordine di priorità.

- a. L'utilizzo per l'approvvigionamento idropotabile pubblico deve essere sempre garantito. Gli altri utilizzi sono ammessi solo se la disponibilità idrica per tale uso prioritario è sufficiente e se la qualità dell'acqua potabile non viene da essi pregiudicata;
- b. derivazioni private a scopo potabile ed antincendio laddove non sia possibile l'allacciamento alla rete pubblica;
- c. utilizzi per irrigazione e antibrina a scopo agricolo;
- d. utilizzi per innevamento programmato;
- e. utilizzi per i processi industriali e per i cicli di lavorazione di prodotti agricoli;
- f. utilizzi idroelettrici;
- g. utilizzi per scambio termico (riscaldamento e raffreddamento);
- h. utilizzi per piscicoltura e pesca sportiva;

2. Al fine di rispettare la priorità degli utilizzi potabile e agricolo, viene previsto, con l'entrata in vigore del presente Piano, per le concessioni di derivazioni idroelettriche esistenti e di nuovo rilascio, che esse mettano a disposizione, nel loro bacino imbrifero o nel tratto di acqua residua, previa manifesta necessità e senza onere di indennizzo a carico dei beneficiari, quantità d'acqua per il rilascio di concessioni per:

- nuove derivazioni a scopo idropotabile per le quantità unitarie stabilite nella regolamentazione di tale utilizzo;
- nuove derivazioni a scopo irriguo e antibrina per le quantità unitarie stabilite nella regolamentazione di tali utilizzi, nel periodo dell'anno di relativo utilizzo, per una quantità media, durante il periodo di concessione, fino a 0,5 l/s/km² di bacino imbrifero attinente alla derivazione idroelettrica interessata. Nelle individuate aree caratterizzate da siccità, tale quantità d'acqua può essere aumentata a 0,6 l/s/km². La quantità massima momentaneamente derivabile può superare tale valore medio.

I gestori degli impianti idroelettrici sono tenuti a garantire tali quantità d'acqua per gli usi prioritari potabile e agricolo, non solo dalle opere di presa, ma in alternativa anche dai rispettivi impianti di derivazione o adduzione, o dai serbatoi o lungo la condotta di derivazione. I costi sostenuti per eventuali provvedimenti tecnici o modifiche all'impianto necessari sono a carico dei beneficiari. I gestori degli impianti idroelettrici possono richiedere all'Amministrazione Provinciale una riduzione proporzionale del canone di concessione di uso dell'acqua.

I criteri, in base ai quali viene definita la manifesta necessità per il rilascio di una nuova concessione a scopo irriguo o a scopo potabile nel bacino imbrifero o nel tratto di acqua residua di una derivazione idroelettrica, vengono definiti con delibera della Giunta provinciale.

Art. 14**Utilizzo a scopo potabile**

1. Le concessioni per utilizzo idropotabile sono rilasciate sulla base di valori unitari di fabbisogno, che tengono conto anche dei possibili sviluppi per i prossimi 30 anni, quantificati come segue:
 - 300 litri al giorno per abitante e per posto letto di strutture turistiche e ospedaliere;
 - 100 litri al giorno per unità bovina adulta (UBA).
2. Nell'individuazione di nuove zone residenziali, artigianali e industriali e di aree destinate a infrastrutture turistiche, oppure nel caso di un loro ampliamento, deve essere preventivamente dimostrata la disponibilità delle necessarie risorse idriche. Il relativo approvvigionamento deve essere in tal caso predisposto, in linea di principio, tramite la rete pubblica idropotabile più vicina.
3. I gestori degli impianti di approvvigionamento idropotabile provvedono anche alla distribuzione nella relativa zona di competenza. Essi sono altresì competenti per l'approvvigionamento per utilizzo antincendio. Solo in casi eccezionali, è possibile demandare ad altri distributori tale competenza. I gestori provvedono, di norma, a garantire anche l'approvvigionamento di acqua a uso domestico e di acque per utilizzi industriali, per le quali sono di norma allestiti sistemi di approvvigionamento separati.
4. Tramite le condotte idropotabili pubbliche possono essere anche soddisfatti, a condizione che si tratti di quantità ridotte in relazione alla disponibilità idrica e alle capacità di immagazzinamento, anche altri utilizzi, quali irrigazione di impianti sportivi e spazi verdi pubblici, approvvigionamento di aziende industriali artigianali, per palazzi del ghiaccio e piste di pattinaggio, per piscine pubbliche, nonché per singole manifestazioni di durata temporale limitata. Le quantità d'acqua destinate a tali utilizzi vanno rilevate tramite contatori ed evidenziate nei registri d'esercizio in modo separato.
5. Per un utilizzo razionale delle risorse disponibili, ogni gestore cerca di garantire, per quanto è possibile dal punto di vista tecnico ed economico, un interscambio con gli impianti di approvvigionamento idropotabile di zone attigue.
6. Ai Comuni è riservata la facoltà di prescrivere in modo vincolante che, nelle zone con scarsità di acqua potabile, siano predisposti, in caso di costruzione di nuovi edifici o del completo risanamento di vecchie abitazioni, degli impianti di utilizzo delle acque piovane. In tali zone possono essere allestiti degli impianti di distribuzione di acqua non potabile, affidati al gestore della rete di distribuzione dell'acqua potabile.
7. Per le captazioni di acqua potabile da sorgenti, di norma, non viene prescritta una quantità d'acqua residua e il relativo prelievo viene eventualmente limitato tramite un regolatore di deflusso. Il sistema di immagazzinamento dell'acqua captata deve essere predisposto in modo tale che la quantità in esubero sia rilasciata direttamente alla sorgente.
8. È ammesso lo sfruttamento del potenziale idroelettrico nell'ambito delle reti di approvvigionamento adibite al consumo umano, solo se sono presenti favorevoli condizioni tecnico-economiche. Non possono comunque essere superate le portate concesionate per l'uso potabile e l'esercizio dell'impianto idroelettrico deve essere effettuato dal gestore della rete idropotabile. Per tale ulteriore utilizzo della risorsa idrica è necessaria apposita concessione.

Art. 15**Utilizzo a scopo agricolo**

1. Per l'irrigazione di terreni agricoli può essere concessa una quantità media unitaria non superiore a 0,5 l/s/ha. Il prelievo momentaneo deve essere il più possibile limitato, tramite

l'allestimento di serbatoi e turnazione; in ogni caso non può essere autorizzata una quantità massima derivabile superiore a 12 l/s/ha. Nelle zone con scarsa disponibilità idrica tali quantità vengono ridotte.

2. Le concessioni esistenti per l'irrigazione a scorrimento, con quantità media unitaria pari a 2 l/s/ha, possono essere rinnovate solo se il passaggio a tecniche che consentono un risparmio idrico non sia possibile o sostenibile dal punto di vista tecnico ed economico, o laddove motivi di carattere ecologico o paesaggistico ne rendano opportuno il loro mantenimento. Per il futuro è escluso il rilascio di nuove concessioni per l'utilizzo a scorrimento con quantità media unitaria pari a 2 l/s/ha.

3. Per l'irrigazione antibrina è concessa una quantità massima pari a 12 l/s/ha.

4. L'utilizzazione idrica a scopo irriguo è limitata esclusivamente ai terreni a destinazione agricola. Il titolare delle concessioni per l'utilizzo irriguo deve coincidere con l'ente gestore delle opere di raccolta, trasporto e distribuzione.

5. In zone con scarsa disponibilità idrica, gli impianti per utilizzo irriguo possono garantire, mediante convenzione con il Comune interessato, l'approvvigionamento per uso domestico, anche in zone poste al di fuori del verde agricolo.

6. Nel raggio di 100 metri da pozzi per l'utilizzo a scopo irriguo occorre garantire, qualora se ne dimostri la necessità, un allacciamento per altre utenze. L'acqua pompata da ogni pozzo dovrebbe irrigare un'area pari ad almeno 3 ettari di superficie. Il pompaggio dell'acqua dovrebbe avere luogo utilizzando la rete di distribuzione dell'energia elettrica, premesso che ciò sia possibile e sostenibile dal punto di vista tecnico-economico.

7. Nel caso del rilascio di concessioni per nuove derivazioni o del rinnovo di concessioni in atto, è possibile prescrivere l'adozione di sistemi di irrigazione che adottano tecniche che consentono il risparmio idrico, la costruzione di bacini di raccolta o la limitazione dell'utilizzo idrico nel corso della giornata, prevedendo l'obbligo di una turnazione. L'eventuale turnazione deve tenere conto del rapporto fra le superfici irrigate. Le turnazioni in atto devono essere adattate a tale rapporto entro due anni dall'entrata in vigore del presente Piano.

8. In caso di più richieste di derivazioni idriche a scopo irriguo, sono accolte, in via preferenziale, quelle per impianti comuni a più utenze. Un ulteriore criterio preferenziale riguarda l'uso di serbatoi e l'impiego di tecniche volte al risparmio idrico.

Art. 16

Utilizzo a scopo idroelettrico

1. Al fine di garantire un utilizzo sostenibile dal punto di vista ambientale della risorsa idrica, si decide, in linea di principio, di limitare nei prossimi anni la costruzione di nuovi impianti idroelettrici escludendo dallo sfruttamento a scopo idroelettrico i seguenti corsi d'acqua.

- a) I corsi d'acqua con bacino imbrifero di limitata estensione, cioè inferiore a 6 km² all'opera di presa. I corsi d'acqua minori presentano infatti equilibri ecologici delicati, che possono essere compromessi in modo sostanziale da derivazioni di una considerevole parte del deflusso per l'intero corso dell'anno. Al riguardo risulta anche necessario considerare, a fronte del loro notevole impatto ecologico, la scarsa importanza per la collettività della produzione idroelettrica che deriva da piccoli impianti.
- b) I tratti di corsi d'acqua a bassa pendenza che percorrono i grandi fondivalle e, in particolare, quelli soggetti a elevato impatto antropico, derivante soprattutto dalla presenza di grandi insediamenti e dall'intensivo utilizzo agricolo:

- il Fiume Adige a valle della confluenza con il Passirio;
 - il Fiume Isarco tra la confluenza con il Rio Vizze e la confluenza con il Rio Mules per lo sfruttamento a scopo idroelettrico sia per grandi che per piccole derivazioni d'acqua;
 - il Fiume Isarco tra la confluenza con il Rio Mules e il bacino artificiale di Fortezza per lo sfruttamento a scopo idroelettrico per grandi derivazioni d'acqua;
- e i tratti di corsi d'acqua di rilevante interesse naturalistico, quali ambiti ecologici di elevata valenza che risulta opportuno preservare:
- il Torrente Aurino a valle della confluenza con il Rio di Riva;
 - il Torrente Passirio a valle della confluenza con il Rio Valtina.
- c) I corsi d'acqua per i quali non è stato raggiunto l'obiettivo di qualità o per i quali la realizzazione di una derivazione d'acqua può compromettere il mantenimento di tali obiettivi di qualità. Al riguardo sono da considerare, in particolare, i tratti di corsi d'acqua ricettori di grandi impianti di depurazione, in quanto la diminuzione del deflusso, della superficie bagnata, della velocità della corrente e delle profondità medie dell'acqua, tutti elementi derivanti dall'eventuale realizzazione di una derivazione, avrebbero come conseguenza un peggioramento dello stato di qualità ambientale, come definito dal Piano di Tutela delle Acque, e un'insufficiente capacità autodepurativa o diluizione dell'inquinamento residuo.
- d) I tratti di corsi d'acqua con funzione di ricarica delle falde acquifere che risultano idonee, per quantità e qualità, all'approvvigionamento idropotabile. In tale contesto vanno considerati anche i tratti terminali di affluenti minori che rivestono anche un'importantissima funzione per la riproduzione della fauna ittica.
- e) Affluenti dei principali corsi d'acqua di fondovalle (Adige, Isarco, Rienza, Aurino, Gadera, Talvera, Passirio, Valsura, Rio Gardena e Drava), nel caso essi tramite prese sussidiarie vengano derivati congiuntamente al corso d'acqua principale.

2. In parziale deroga ai principi di esclusione di cui al punto 1, possono tuttavia venire rilasciate concessioni relative a nuove derivazioni idroelettriche, previa verifica della compatibilità con le esigenze di tutela dell'ambiente, anche nei seguenti casi:

- per l'approvvigionamento idroelettrico di rifugi o malghe;
- per strutture abitative per le quali l'allacciamento alla rete elettrica pubblica non sia ragionevolmente possibile dal punto di vista tecnico o economico;
- in caso di rinnovo di impianti che, tramite l'impiego di tecnologie più avanzate e modesti incrementi del dislivello sfruttato, migliorano il rendimento di centrali esistenti;
- in caso di impianti che accorpano due o più derivazioni già esistenti, migliorandone lo stato di qualità ambientale, e di impianti che riducono o eliminano gli effetti negativi delle oscillazioni di portata;
- in caso di nuovi impianti idroelettrici in bacini imbriferi inferiori a 6 km² all'opera di presa che, sfruttando un notevole salto, comportano una potenza nominale media dell'impianto superiore a 200 kW;
- in caso di nuovi impianti idroelettrici, dove l'acqua viene derivata e quindi sollevata per mezzo di pompe a uno o più invasi posti a quote superiori per essere accumulata e quindi utilizzata per la produzione di energia elettrica in periodi di maggiore fabbisogno.

3. L'utilizzo idroelettrico da impianti di nuova costruzione non deve comportare diversioni d'acqua tra i sottobacini, identificati nel capitolo 2 della prima parte del Piano. Non è consentita la realizzazione di un'ulteriore derivazione su un tratto già utilizzato a scopo idroelettrico (asta fluviale soggetta a regime di deflusso minimo vitale). Nell'ambito dell'autorizzazione alla realizzazione di nuovi impianti idroelettrici sono da privilegiare le richieste per impianti che accorpano due o più derivazioni già esistenti, migliorandone lo stato di qualità ambientale, e quelli che eliminano o riducono gli effetti negativi delle oscillazioni di portata.

Art. 17**Utilizzo a scopo industriale**

1. Per gli utilizzi a scopo industriale, la determinazione della quantità d'acqua concessionata ha luogo a partire dalle specifiche esigenze di processo o di raffreddamento e tenendo conto degli standard tecnologici attuali, che consentono la massima riduzione dei consumi. Laddove possibile, deve essere escluso l'utilizzo di acque pregiate.
2. In linea di principio deve essere impiegato il ciclo chiuso. Un'eccezione a tale principio può avere luogo solo se il passaggio al ciclo chiuso non sia possibile o sostenibile dal punto di vista tecnico-economico.
3. I processi di scambio termico devono avvenire, di preferenza, facendo ricorso a sonde geotermiche a ciclo chiuso. Solo in casi eccezionali sono autorizzati prelievi d'acqua a tale scopo; in ogni caso, tali prelievi devono essere registrati tramite contatore.

Art. 18**Utilizzo per innevamento programmato**

1. Per innevamento programmato può essere concessa una quantità media unitaria non superiore a 0,4 l/s/ha di pista. Tutti i prelievi devono essere registrati con apposito contatore.
2. Le nuove richieste per derivazioni per innevamento programmato devono considerare l'intero comprensorio sciistico da esse interessato e ricercare al suo interno la fonte più razionale per garantire la necessaria disponibilità idrica.
3. Per la produzione di neve programmata può essere utilizzata solo acqua per la quale sia stata certificata l'idoneità chimica e microbiologica.
4. Deve essere valutata la possibilità di allacciamento ad impianti di derivazione già esistenti e l'acqua, in linea di principio, deve essere prelevata dal maggiore corpo idrico del bacino idrografico interessato; occorre comunque considerare, al riguardo, anche i costi energetici del trasporto dell'acqua.
5. Ai fini di un uso razionale della risorsa idrica, è previsto, di norma e laddove l'orografia del terreno lo consenta, l'allestimento e l'impiego di serbatoi di capacità pari a circa 700 m³ d'acqua per ettaro di pista innevata. Può essere fatta eccezione per prelievi relativamente modesti da grandi corsi d'acqua.

Art. 19**Utilizzo per piscicoltura**

1. La quantità d'acqua che può essere concessionata per tale utilizzo è determinata considerando la quantità di pesci coltivati e il fabbisogno delle singole specie; in ogni caso, non può essere autorizzata una quantità massima superiore all'effettuazione di 15 ricambi giornalieri del volume d'acqua presente nelle vasche di allevamento.

Art. 20**Utilizzi per altri scopi**

1. La determinazione della quantità d'acqua concessionabile per finalità diverse da quelle indicate negli artt. 14-19 deve essere effettuata, tenuto conto delle specifiche esigenze, privilegiando l'uso di acque poco pregiate e le soluzioni tecniche che consentono la massima riduzione dei consumi.

Art. 21**Utilizzi da laghi e fasce lacuali**

1. Il rilascio di concessioni di derivazioni idriche da laghi, dai loro immissari o dalle acque di falda in diretto contatto con il lago, è ammesso solo se i prelievi non comportano un decremento dei livelli idrometrici tale da influenzare negativamente la qualità del lago e degli ecosistemi da esso alimentati. Può essere stabilito un livello idrometrico al di sotto del quale ogni derivazione è vietata.

Art. 22**Utilizzo di acque sotterranee e sorgenti**

1. Gli utilizzi di acque sotterranee vanno gestiti in modo tale da non pregiudicare l'equilibrio idrodinamico e lo stato di qualità ambientale di tali acque. I corpi idrici sotterranei e le sorgenti che presentano caratteristiche qualitative tali da renderli idonei per l'utilizzo idropotabile devono essere, per principio, riservati in modo esclusivo a questo tipo di utilizzo. Gli altri utilizzi sono consentiti solo a condizione che non pregiudichino dal punto di vista qualitativo e quantitativo l'approvvigionamento idropotabile, anche per il futuro.

2. Per il rilascio della concessione può essere richiesta la redazione di una specifica relazione idrogeologica.

3. La produzione di energia elettrica da acque sotterranee e di sorgente è ammessa solo se associata ad altri utilizzi già esistenti e limitatamente alle quantità già autorizzate per tali altri utilizzi.

Art. 23**Stato tecnico e gestione degli impianti**

1. Tutti gli impianti di derivazione, comprensivi di opere di accumulo, trasporto e distribuzione, devono essere costruiti e gestiti utilizzando le migliori tecniche disponibili, al fine di contenere le perdite e ridurre nella misura maggiore possibile i consumi.

2. Il rinnovo di concessioni per utilizzo idrico o l'ampliamento delle derivazioni esistenti può essere autorizzato solo se, previa presentazione di adeguata documentazione tecnica, le perdite dei relativi impianti risultano limitate a valori contenuti e comunque ritenuti ammissibili per tale tipo di impianto dalla Ripartizione competente per il rilascio delle concessioni.

3. Viene incentivata la razionalizzazione delle utenze, privilegiando la nascita di nuove forme consortili di utilizzo o il riassetto di quelle esistenti. Si richiede, in particolare, il miglioramento dell'efficienza delle reti di trasporto e dei metodi di irrigazione, sia per quanto riguarda le derivazioni da acque superficiali, sia per quanto riguarda quelle da acque sotterranee.

4. Nelle zone in cui sussiste la necessità di migliorare l'approvvigionamento idrico per soddisfare le diverse esigenze idriche, viene promossa la realizzazione di serbatoi, che garantiscano

congiuntamente più utilizzi e, al tempo stesso, l'approvvigionamento per le attività di protezione civile e antincendio.

Art. 24

Dati di disponibilità idrica per il rilascio delle concessioni

1. I progetti, che vengono presentati ai fini del rilascio di concessioni di utilizzo idrico, devono contenere una quantificazione attendibile delle portate medie mensili o comunque della disponibilità idrica del corpo idrico interessato dall'utilizzo richiesto. L'Autorità competente può richiedere l'effettuazione di specifiche misure di portata per un determinato periodo di tempo, al fine di disporre di dati attendibili.

Art. 25

Registrazione degli utilizzi

1. I prelievi idrici a scopo industriale, per innevamento programmato e per utilizzo idroelettrico, nonché l'erogazione di acqua potabile fornita dagli acquedotti pubblici, devono essere registrati tramite appositi contatori; deve essere inoltre tenuto un registro di esercizio. La relativa documentazione deve essere conservata per 5 anni dal concessionario ed essere esibita nel caso di controlli da parte delle competenti autorità.

2. Al fine di quantificare il consumo idrico annuo per l'utilizzo irriguo, l'Amministrazione provinciale si avvale di un'adeguata rete di monitoraggio, costituita da contatori distribuiti in modo rappresentativo all'interno della superficie irrigua provinciale.

3. Per impianti di derivazione particolarmente complessi situati in ecosistemi sensibili e per gli impianti idroelettrici potrà essere richiesta l'installazione di apparecchiature telematiche per la trasmissione dei dati significativi riguardanti la derivazione all'ufficio competente per il rilascio della concessione.

Art. 26

Applicazioni delle disposizioni

1. Per le concessioni in atto, le norme contenute nel presente Piano entrano in vigore, se non diversamente specificato nel Piano, alla scadenza della concessione stessa e sono prescritte nel relativo atto di rinnovo.

2. Il rinnovo della concessione di derivazioni esistenti può essere negato, qualora tali utilizzi contrastino con il "buon regime delle acque". A riguardo, non possono essere rinnovate concessioni di prelievi idrici che comportino uno spreco della risorsa o qualora l'utilizzo non sia conciliabile con il raggiungimento dell'obiettivo di qualità per il corpo idrico interessato dalla derivazione.

3. L'introduzione di nuovi valori di DMV (deflusso minimo vitale) non comporta alcun onere di indennizzo a carico della Pubblica Amministrazione, se non una riduzione proporzionale del canone di concessione di uso dell'acqua.

4. I criteri per il rilascio delle concessioni previsti dal presente Piano si applicano anche alle richieste di concessione inoltrate dopo il 23.07.2007 e per le quali alla data di entrata in vigore del presente Piano non sia stata ancora avviata l'istruttoria per la procedura di rilascio della concessione di utilizzo idrico.

Art. 27**Provvedimenti di mitigazione e compensazione**

1. Le nuove derivazioni idriche con captazioni di entità a partire da 100 l/s medi devono prevedere adeguate misure di mitigazione e compensazione, laddove con la loro messa in esercizio si preveda che vengano arrecati danni all'ambiente acquatico.

CAPO IV**Aree a pericolo e rischio idrogeologico****Art. 28****Piani comunali delle zone di pericolo**

1. I piani urbanistici comunali sono integrati, ai sensi dell'art 22/bis della L.P. 13/1997, da un Piano delle zone di pericolo. I Piani comunali delle zone di pericolo contengono l'individuazione, la perimetrazione e la classificazione delle aree a pericolo e rischio specifico.

2. La Provincia autonoma di Bolzano ha definito, tramite Delibera della Giunta Provinciale del 28 luglio 2008, n. 2741, le linee guida per la redazione dei piani comunali delle zone di pericolo e per la classificazione del rischio specifico.

3. L'insieme degli elaborati cartografici relativi ai piani comunali delle zone di pericolo già approvati confluisce nel Piano Stralcio per l'Assetto idrogeologico, di cui all'art. 3, comma 2.

Art. 29**Interventi consentiti nelle aree a pericolo e rischio idrogeologico**

1. Con regolamento di esecuzione dell'art. 22/bis della L.P. 13/1997, approvato con Decreto del Presidente della Provincia 5 agosto 2008, n.42, sono state determinate le norme relative agli interventi ammissibili e alle misure, differenziati a seconda del grado e del tipo di pericolo rilevato, per la prevenzione di pericoli o danni dovuti ad eventi naturali.

2. Eventuali modifiche o integrazioni al regolamento di esecuzione dell'art. 22/bis della L.P. 13/1997 sono apportate ai sensi delle procedure di cui all'art. 4.

CAPO V**Sistemazione dei corsi d'acqua e dei versanti****Art. 30****Finalità**

1. Le attività di sistemazione e di manutenzione dei corsi d'acqua e dei versanti sono finalizzate alla prevenzione degli effetti indotti dal dissesto idrogeologico e dalle esondazioni. Esse comprendono tutti gli interventi sia estensivi che intensivi volti al consolidamento ed alla

protezione dei suoli, al miglioramento delle funzioni protettive dei boschi e dei pascoli, nonché alla conformazione degli alvei e delle loro pertinenze.

2. La conformazione degli alvei deve assicurare adeguate condizioni di deflusso, laminazione e/o sedimentazione delle componenti liquide e solide delle piene, contemperando contestualmente le esigenze ecologiche e paesaggistiche.

3. Le opere di sistemazione dei corsi d'acqua sono realizzate con particolare attenzione a non incrementare il pericolo di esondazioni nelle porzioni di bacino idrografico poste a valle; si deve inoltre preservare, e laddove possibile incrementare, la capacità di invaso complessiva dei bacini idrografici.

4. La realizzazione delle opere di difesa idrogeologica è effettuata, fatto salvo quanto previsto dal successivo articolo 43, comma 4, sulla base di programmi triennali e annuali di intervento che sono trasmessi, su specifica richiesta, alle Autorità di bacino interessate.

Art. 31

Progettazione delle opere di sistemazione idraulico-forestale

1. La progettazione delle opere di sistemazione, dei ponti o di altri attraversamenti avviene in riferimento ad un evento di progetto definito in base alla probabilità statistica di accadimento, cioè in base al tempo di ritorno, ossia al tempo che in media trascorre tra due eventi di una determinata entità.

2. Il tempo di ritorno, in base al tipo di fenomeno che può verificarsi nel corso d'acqua, alla destinazione d'uso dei suoli ad esso circostanti e al tipo e alla funzione dell'opera, è individuato, per le opere di sistemazione in un intervallo compreso tra 30 e 200 o più anni, per ponti ed altri attraversamenti aerei in un intervallo compreso tra 100 e 200 o più anni. Tale disposizione è derogabile con riferimento agli attraversamenti leggeri che non provochino ostacolo al regolare deflusso delle portate di piena.

3. Il calcolo delle portate liquide e solide di progetto è eseguito in funzione della grandezza e delle caratteristiche del bacino e del tipo di fenomeno, utilizzando metodi basati su criteri geomorfologici, che assumano condizioni di variabilità spaziale e temporale delle precipitazioni. Fino a quando saranno disponibili studi sufficientemente affidabili in tal senso è comunque ammesso il ricorso a metodologie operanti su basi statistiche.

Art. 32

Gestione dei livelli di invaso dei serbatoi e degli impianti idrovori in situazioni particolari

1. Ferme restando le disposizioni in materia di deflusso minimo vitale, ai fini della laminazione delle piene dei corsi d'acqua, la Provincia autonoma di Bolzano può adottare misure, anche prescrittive, nei confronti dei titolari di diritti di derivazione e di utilizzazione, a qualsiasi titolo, di acque pubbliche, volte alla regolazione permanente, temporanea o periodica dei livelli d'invaso dei serbatoi di accumulo e della portata dei corsi d'acqua. Le eventuali operazioni di apertura degli scarichi devono iniziare, ove tecnicamente possibile, prima del completo riempimento del serbatoio, al fine di escludere onde di piena improvvise a valle degli sbarramenti.

2. Per quanto attiene la regolazione dei deflussi, la Provincia autonoma di Bolzano può agire, qualora gli eventi alluvionali lo rendano necessario, anche con manovre sugli scarichi delle dighe; può inoltre agire, ai fini della riduzione dei livelli idrometrici del Fiume Adige, sugli impianti idrovori dei consorzi di bonifica. Per i casi in cui le operazioni sugli invasi possano determinare significative variazioni idrometriche nei tratti di fiume esterni al territorio provinciale, la Provincia autonoma di

Bolzano dà tempestiva comunicazione delle operazioni previste o in atto alla Provincia autonoma di Trento, alla Regione Veneto e alla Autorità di bacino del Fiume Adige.

3. La provincia autonoma di Bolzano può disporre, sentiti i concessionari interessati, l'adozione di misure e prescrizioni finalizzate alla regolazione – permanente, temporanea o periodica – dei livelli di invaso dei serbatoi anche per motivate ragioni di salvaguardia e di ripristino ambientale o paesaggistico.

Art. 33

Estrazione di inerti dagli alvei

1. Le estrazioni di materiale inerte dagli alvei e dai bacini di deposito sono ammesse esclusivamente per finalità di sicurezza e di manutenzione idraulica e sono eseguite a cura o previa autorizzazione della competente Autorità idraulica provinciale.

Art. 34

Interventi sulla vegetazione in alveo

1. Gli interventi sulla vegetazione in alveo sono mirati ad assicurare un equilibrato rapporto tra la funzionalità idraulica e quella ecologica dei corsi d'acqua. Vengono attuate specifiche forme di trattamento della vegetazione arborea in alveo, considerando la natura e l'estensione delle portate ordinarie e di piena.

Art. 35

Tutela del demanio idrico

1. Nelle aree del demanio idrico che possono essere interessate, anche solo occasionalmente, dal deflusso dei corsi d'acqua, possono essere rilasciate concessioni d'uso solo per le colture e per le attività che non comportino la presenza di ostacoli di qualsiasi natura, fatte salve particolari iniziative che l'autorità idraulica può autorizzare con specifiche motivazioni.

2. In sede di rinnovo delle concessioni in atto, con l'entrata in vigore del presente Piano, la Provincia autonoma di Bolzano promuove la dismissione graduale delle attività che possano pregiudicare la sicurezza idraulica.

Art. 36

Smaltimento delle acque di pioggia

1. Al fine di contrastare la rapidità di conferimento delle acque di pioggia nel reticolo idrografico, è privilegiata un'adeguata dispersione delle stesse nel terreno, in tutti i casi in cui ciò risulti possibile per via diretta ovvero mediante l'apprestamento di apposite aree disperdenti. Deve essere inoltre evitata, ove possibile, l'impermeabilizzazione dei suoli, privilegiando le pavimentazioni ad elevata capacità drenante.

CAPO VI

Misure di tutela ambientale

Art. 37

Deflusso minimo vitale (DMV)

1. Per „deflusso minimo vitale“ (DMV) si intende il deflusso che deve essere mantenuto negli alvei dei corsi d'acqua interessati da riduzione della portata naturale a seguito di prelievi idrici. Il DMV deve essere di quantità tale da garantire la funzionalità ecologica dell'ambiente acquatico e le sue peculiarità ambientali, salvaguardando:

- le caratteristiche fisiche del corpo idrico, vale a dire le tendenze evolutive naturali morfologiche e idrologiche;
- le caratteristiche chimico-fisiche, cioè lo stato di qualità delle acque;
- le biocenosi tipiche presenti nelle condizioni naturali.

Art. 38

Determinazione del DMV per nuove derivazioni

1. Le derivazioni da corpi idrici superficiali sono soggette al rilascio del DMV nella misura minima di 2 l/s/km² di bacino imbrifero attinente la derivazione. Tale quantità minima deve essere aumentata laddove ciò si renda necessario per garantire gli equilibri degli ecosistemi interessati e per conservare le biocenosi tipiche e la funzionalità ecologica dell'ambiente acquatico, assicurando in tal modo il raggiungimento o il mantenimento degli obiettivi di qualità.

2. La determinazione del DMV per nuove derivazioni, ferma restando la quantità minima di 2 l/s/km², avviene nell'ambito delle procedure previste dalla legge provinciale, che regola la valutazione di impatto ambientale per piani e progetti.

3. L'elaborazione di uno studio limnologico, a supporto tecnico per la determinazione del DMV, è prescritta nel caso di captazioni di entità a partire da 100 l/s medi. Essa è a carico del richiedente la concessione. Può essere inoltre prescritta per derivazioni di portata inferiore afferenti a corsi d'acqua di elevata valenza naturalistica o con situazioni ecologiche particolarmente sensibili.

4. Le derivazioni da sorgenti a scopo idropotabile, per acqua minerale e termale possono essere esentate dal rilascio del DMV.

5. Il DMV, in tratti di corsi d'acqua oggetto di derivazioni a scopo idroelettrico, deve, in linea generale, comprendere:

- una quota fissa riferita alla superficie del bacino imbrifero attinente alla derivazione (l/s/km²). Tale quota fissa, espressa in tributo unitario per km² di bacino imbrifero attinente alla derivazione, aumenta progressivamente al diminuire della dimensione del bacino.
- una variabile idrologica, vale a dire una quota variabile in percentuale del deflusso naturale, affinché l'andamento del DMV garantisca dinamiche simili a quelle del deflusso naturale. La quota variabile del DMV deve essere rilasciata, in aggiunta alla quota fissa, durante tutto l'anno, o solo per una parte di esso, in base alle caratteristiche limnologiche del corso d'acqua. In situazioni particolari, per esempio laddove siano presenti difficoltà di carattere tecnico, tale quota variabile può venire commutata in quota fissa, la cui entità è scaglionata nel corso dell'anno, in modo tale da riprodurre, con buona approssimazione, la dinamica naturale del corso d'acqua.

I valori di riferimento di DMV per derivazioni a scopo idroelettrico riportati in tabella 19 sono valori minimi, da prevedere in situazioni ambientali favorevoli. Per estensioni di bacino imbrifero intermedie rispetto a quelle indicate in tabella 19, il valore, sia per la quota fissa che per la quota variabile, viene calcolato tramite interpolazione lineare.

Estensione bacino imbrifero (km ²)	Quota fissa minima (l/s*km ²)	Quota variabile minima (% del deflusso naturale)
≥ 1500	2.0	3%
1000	2.0	5%
500	2.3	7%
200	2.7	10%
50	3.0	15%
10	3.5	20%
≤ 5	4.0	25%

*Tab. 19
Valori di riferimento di
DMV per derivazioni
attinenti a utilizzi
idroelettrici*

6. Le derivazioni a scopo irriguo sono soggette al rilascio del DMV nella misura di 2 l/s/km² di bacino imbrifero attinente alla derivazione, salvo manifeste necessità di un aumento di tale quantità ai fini del raggiungimento degli obiettivi di qualità previsti per il corpo idrico oggetto di prelievo.

7. Per gli altri tipi di utilizzo con derivazioni da corsi d'acqua, le quantità di DMV vengono definite orientandosi ai valori minimi di riferimento riportati in tabella 20. Per estensioni di bacino imbrifero intermedie rispetto a quelle indicate in tabella, il valore viene calcolato tramite interpolazione lineare. Nel caso di corsi d'acqua di notevole valore ecologico può essere aggiunta, alla quota fissa, una quantità variabile, pari al massimo al 30% del deflusso naturale.

Estensione bacino imbrifero (km ²)	DMV - quota fissa l/s*km ²
≥ 10	2
5	3
≤ 1	4

*Tab. 20
Valori minimi di
riferimento di DMV
per derivazioni per
altri tipi di utilizzo*

8. In caso di impianti di derivazione con più punti di prelievo, può essere disposto il riparto del DMV complessivo su una sola opera di presa oppure su una parte di esse. In tale caso, per la determinazione del DMV, viene considerata la somma dell'estensione dei bacini imbriferi relativi alle singole opere di derivazione.

Art. 39

Determinazione del DMV per derivazioni già esistenti

1. Le derivazioni da corpi idrici superficiali già in essere sono soggette al rilascio del DMV nella misura minima di 2 l/s/km² di bacino imbrifero attinente la derivazione. Tale quantità minima deve essere aumentata laddove ciò si renda necessario per garantire gli equilibri degli ecosistemi interessati e per conservare le biocenosi tipiche e la funzionalità ecologica dell'ambiente acquatico, assicurando in tal modo il raggiungimento o il mantenimento degli obiettivi di.

2. Possono essere esentate dal rilascio del DMV le derivazioni da sorgenti a scopo idropotabile, per acqua minerale e termale.

3. Per il rinnovo di concessioni per utilizzo idroelettrico la determinazione del DMV ha luogo orientandosi ai valori di riferimento riportati in tabella 19 ed applicando le procedure e prescrizioni in conformità a quanto stabilito dalla l.p. 2/2015 e dalle relative linee guida. Per il rinnovo e la

messa in gara di concessioni per utilizzo idroelettrico per impianti con potenza nominale superiore a 3000 kW, l'amministrazione provinciale esegue preventivamente opportuni studi al fine di definire il valore di DMV necessario per il raggiungimento o mantenimento dell'obiettivo di qualità. Il valore di DMV potrà essere anche inferiore a quello indicato in tabella 19, ma potrà essere confermato come definitivo solo se il monitoraggio eseguito nei primi 2 anni dal rinnovo della concessione conferma il raggiungimento o mantenimento del buono stato ambientale, in caso contrario il DMV va aumentato.

4. In caso di impianti di derivazione con più punti di prelievo, può essere disposto il riparto del DMV complessivo su una sola opera di presa oppure su una parte di esse. In tale caso, per la determinazione del DMV, viene considerata la somma dell'estensione dei bacini imbriferi relativi alle singole opere di derivazione.

Art. 40

Regolamentazione del DMV in situazioni particolari

1. Il Presidente della Provincia può disporre – in via temporanea – la determinazione di valori di DMV superiori a quelli previsti negli atti di concessione, qualora ciò si renda necessario per migliorare o risanare situazioni di particolare inquinamento o di degrado idraulico, nonché per altre motivate esigenze di carattere ambientale o di approvvigionamento idrico a fini irrigui. In tali casi non è dovuto alcun indennizzo al concessionario.

2. Possono essere individuate nel Piano di Tutela delle Acque delle aree, caratterizzate da siccità o da ricorrenti situazioni di crisi di approvvigionamento idrico. All'interno di tali aree, può essere prevista per gli utilizzi agricoli una deroga al rilascio della quantità minima di deflusso vitale di 2 l/s/km², autorizzando quantità inferiori. Per tali ambiti territoriali, deve essere tuttavia elaborato entro i termini che verranno stabiliti con delibera della Giunta Provinciale, dai concessionari interessati in collaborazione con le Autorità provinciali competenti, uno specifico piano finalizzato a garantire un utilizzo idrico sostenibile e il raggiungimento dello stato di buona qualità. Tale piano deve essere elaborato e messo in atto, considerando strategie per il risparmio idrico, utilizzi di fonti alternative di approvvigionamento e l'impiego di bacini di accumulo. Fino all'approvazione di tali piani, per le derivazioni idriche a scopo agricolo esercitate in base a riconoscimento di utilizzo, la definizione della quantità massima di acqua derivabile sostituisce il DMV.

3. Ai sensi dell'art. 12 della L.P. 7/2005, per affrontare le situazioni di emergenza idrica in periodi estremamente siccitosi, dichiarate tali dal Presidente della Provincia, può essere disposta, tra le misure necessarie a garantire l'approvvigionamento potabile pubblico, l'uso potabile privato e l'uso irriguo, anche la riduzione temporanea delle portate residue, fino alla revoca dello stato d'emergenza, escludendo comunque il prosciugamento del corpo idrico interessato.

4. In caso di opere di presa site sul confine di Province o Provincia e Regione, il DMV è individuato di concerto fra le Province o fra la Provincia e la Regione confinanti.

Art. 41

Gestione degli ambiti fluviali di fondovalle

1. La Provincia autonoma di Bolzano provvede all'elaborazione di piani gestionali per gli ambiti fluviali di fondovalle, che considerino gli aspetti di sicurezza idraulica e della gestione delle risorse idriche, conciliandoli con gli ambiti di pianificazione territoriale, della tutela ambientale e della fruizione degli ambiente acquatici da parte della collettività.

2. Al fine di garantire la sostenibilità ambientale della gestione dei fossati di fondovalle e di raccorderla ai sopraccitati piani gestionali per gli ambiti fluviali di fondovalle e al Piano di bonifica provinciale, i Consorzi di Bonifica Integrale provvedono a redigere un piano di esercizio delle fosse di bonifica ricadenti nei propri comprensori consortili entro 3 anni dall'entrata in vigore del Piano Generale di Utilizzazione delle Acque Pubbliche. Tale piano deve essere redatto con la partecipazione di un esperto limnologo e viene approvato dalla Giunta Provinciale previo parere rilasciato da una conferenza dei servizi delle Ripartizioni provinciali competenti in materia di opere idrauliche, gestione delle risorse idriche, agricoltura, tutela delle acque e pesca.

Art. 42

Ripristino del continuum

1. Il ripristino del continuum richiede interventi di modifica delle opere di presa e di regimazione delle acque. Tali interventi sono considerati prioritari negli ambienti in cui le migrazioni dei pesci sono un fattore di primaria importanza per la conservazione dei popolamenti ittici autoctoni. Inoltre, nell'ambito del ripristino della continuità, devono essere considerati anche gli aspetti del trasporto di materiale solido, della vegetazione di sponda e degli spostamenti dei macroinvertebrati. Gli ambiti fluviali in cui è previsto il ripristino del continuum vengono definiti con delibera della Giunta provinciale.

2. Per quanto riguarda gli interventi prioritari di ripristino del continuum si stabilisce quanto segue.

- Il concessionario di una derivazione, la cui opera di presa rappresenta un'interruzione nel continuum in uno degli ambiti fluviali di cui al punto 1, deve presentare, ai fini del rinnovo della concessione, e comunque entro il 2012, un progetto di modifica dell'opera di derivazione che garantisca il passaggio per i pesci. Tale progetto è approvato in base alle procedure previste dalla legge provinciale che regola la valutazione d'impatto ambientale e deve essere realizzato entro il 2015.
- La Ripartizione provinciale competente per la sistemazione idraulica elabora, in collaborazione con gli uffici competenti in materia di pesca e tutela delle acque, un piano pluriennale di intervento per il ripristino del continuum nei fiumi e torrenti di fondovalle e dei tratti terminali dei loro affluenti, con il relativo ordine di priorità.

3. Il ripristino del continuum non viene richiesto laddove l'impegno tecnico ed economico necessario per la sua realizzazione non sia commisurabile al significato ecologico dell'intervento, come, per esempio, nel caso degli ostacoli rappresentati dalle dighe di Curon, Tel, Fortezza, Rio Pusteria e Monguelfo.

4. Ulteriori interventi di ripristino del continuum possono essere richiesti all'atto del rinnovo di concessioni di derivazioni idriche, laddove, attraverso l'eliminazione di un ostacolo insormontabile, venga garantito il passaggio dei pesci per un tratto significativo di corso d'acqua in un ambiente di elevata valenza per la fauna ittica. Qualora si tratti di opere di regimazione delle acque, gli interventi di ripristino del continuum sono previsti nell'ambito dei piani pluriennali di intervento elaborati dalla Ripartizione competente per la sistemazione idraulica dei corsi d'acqua.

5. Nell'ambito della realizzazione di nuove opere di derivazione o regimazione delle acque deve essere posta particolare attenzione a non creare ulteriori ostacoli insormontabili per la fauna ittica e bentonica, tali da potere provocare danni alle biocenosi presenti.

6. Al fine di assicurare una sicurezza al deflusso dei corsi d'acqua superficiali nonché per preservarne le funzioni in rapporto all'ambiente ed al territorio circostanti, deve essere assicurato lo scorrimento delle acque a cielo aperto negli stessi. Non sono ammesse nuove opere di intubazione o di copertura, fatta eccezione per quelle strettamente necessarie agli attraversamenti viari e ferroviari o alla realizzazione di opere pubbliche non delocalizzabili. La Provincia promuove, ove possibile, la graduale eliminazione delle intubazioni e delle coperture d'alveo esistenti.

CAPO VII

Norme finali

Art. 43

Misure di coordinamento interregionale

1. La Provincia autonoma di Bolzano esercita le funzioni di cui all'articolo 14 del D.P.R n. 381/1974 secondo il principio della leale collaborazione con la Provincia autonoma di Trento e la Regione Veneto, promuovendo con esse appositi accordi, ai sensi dell'articolo 15 della Legge 7 agosto 1990, n. 241, ovvero ai sensi delle altre norme vigenti, finalizzati alla regolazione di aspetti procedurali di coordinamento e di ogni altro aspetto gestionale afferente la derivazione. In particolare, le predette forme di collaborazione hanno ad oggetto la tutela dell'ambiente e del patrimonio idrico, nonché degli interessi e della sicurezza delle popolazioni coinvolte, con riferimento agli aspetti tecnico-gestionali, patrimoniali e finanziari nonché di vigilanza connessi con l'utilizzazione delle acque pubbliche e sono dirette a garantire l'unitarietà dell'azione amministrativa e l'armonizzazione degli interessi espressi dai territori sui quali incide la derivazione.

2. La Provincia autonoma di Bolzano esercita, in osservanza del principio della leale collaborazione tra pubbliche amministrazioni e delle modalità indicate al precedente comma, le funzioni a essa riservate in materia di concessioni di derivazioni di acque, qualora:

- le derivazioni incidano significativamente sul regime dei corpi idrici, dei bacini e dei laghi a carattere interregionale;
- i medesimi corpi idrici, bacini e laghi a carattere interregionale siano interessati da molteplici utilizzazioni, anche a scopo potabile, o richiedano speciali misure di regolazione dei livelli di invaso o di ricambio dei volumi idrici o altre particolari azioni di controllo e di salvaguardia, anche ambientali.

3. Gli accordi di collaborazione con la Provincia autonoma di Trento e la Regione Veneto possono prevedere il supporto tecnico, a favore della Regione e delle Province autonome interessate, dell'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige e dell'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione, nonché l'esercizio coordinato delle attività tecnico-scientifiche e di controllo delle rispettive agenzie provinciali e regionali per la protezione dell'ambiente.

4. Qualora siano approvati progetti di opere idrauliche che comportino importanti ripercussioni chiaramente individuabili sul regime dei corpi idrici al di fuori del proprio territorio provinciale o regionale, è acquisito il parere dell'Autorità di bacino nazionale competente e vengono sentite la Provincia o la Regione sui cui corpi idrici possono verificarsi tali ripercussioni. Esse si esprimono entro sessanta giorni dal ricevimento della proposta di progetto; decorso tale termine la Provincia autonoma di Bolzano procede in ogni caso alla conclusione del relativo procedimento anche in assenza del parere richiesto. Tali disposizioni non trovano applicazione nel caso di progetti approvati dalla Provincia autonoma di Bolzano prima della data di entrata in vigore del presente Piano.

5. Entro due anni dall'approvazione del presente piano, le Province autonome di Trento e di Bolzano e la Regione Veneto stipulano accordi, tenuto conto dei pareri delle Autorità di bacino competenti, per fronteggiare stati di emergenza dovuti a fenomeni di siccità, di piena o di inquinamento delle risorse idriche. Qualora ne ricorrano le condizioni, tali accordi sono definiti anche di concerto con le competenti autorità idrauliche e di protezione civile.

6. Qualora la messa in sicurezza delle aree a rischio idrogeologico nei territori non ricadenti nell'ambito della provincia di Bolzano richieda la realizzazione di interventi strutturali e non nel

territorio dell'Alto Adige, l'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige o l'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione propone, richiedendo la relativa modifica del Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche o del Piano Stralcio per l'assetto Idrogeologico, l'inserimento degli interventi nei programmi pluriennali e annuali della Provincia autonoma di Bolzano per la realizzazione di opere di difesa idrogeologica.

Art. 44

Entrata in vigore e attuazione del piano

1. Il presente Piano entra in vigore il quindicesimo giorno successivo dalla pubblicazione nella Gazzetta ufficiale del Decreto del Presidente della Repubblica che lo rende esecutivo, ai sensi dell'articolo 8, commi 5 e 6, del D.P.R. 22 marzo 1974, n. 381.
2. Con medesima data, cessa di applicarsi il Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche reso esecutivo con D.P.R. 11 aprile 1986, n. 748, fatti salvi gli effetti e gli atti da esso derivanti.
3. La Provincia autonoma di Bolzano svolge attività di monitoraggio sullo stato di attuazione del Piano Generale per l'Utilizzazione delle Acque Pubbliche.
4. All'attuazione del presente Piano la Provincia autonoma di Bolzano può inoltre provvedere, secondo quanto previsto dal proprio ordinamento, con l'emanazione apposite disposizioni legislative e amministrative che disciplinano, in particolare, le procedure amministrative e i profili sanzionatori eventualmente necessari nonché le misure di carattere organizzativo e finanziario. In particolare, nel quadro delle competenze a essa riconosciute dallo Statuto speciale e dalle relative norme di attuazione, la Provincia autonoma di Bolzano provvede, con proprie risorse finanziarie, alla realizzazione di opere e interventi attuativi del presente Piano. Resta inoltre fermo quanto stabilito dall'articolo 5, comma 5, del D.P.R. n. 381/1974.
5. Nel caso in cui le norme contenute nel presente piano facciano riferimento a specifici organi, enti o strumenti di pianificazione riconducibili alla potestà legislativa della Provincia autonoma di Bolzano, resta ferma la possibilità di modificare tali riferimenti con legge provinciale.
6. Al fine di garantire una considerazione sistemica del territorio, la Provincia autonoma di Bolzano collabora con l'Autorità di Bacino Nazionale del Fiume Adige e con l'Autorità di Bacino dei fiumi Isonzo, Tagliamento, Livenza, Piave e Brenta-Bacchiglione per:
 - la definizione di un quadro pianificatorio integrato e coordinato;
 - il monitoraggio sullo stato di attuazione degli strumenti di pianificazione di bacino e sulla loro efficacia complessiva;
 - l'interscambio delle conoscenze;
 - la condivisione delle strategie di aggiornamento o di adeguamento degli strumenti di pianificazione.